

Kathrin Amann

Sozialarbeitende in der Politik

Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren

Master-Thesis des Kooperationsstudiengangs Master of Science in Sozialer Arbeit
der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich
Januar 2017



Sozialwissenschaftlicher Fachverlag Edition Soziothek
des Fachbereichs Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule BFH

Schriftenreihe Master-Thesen des Kooperationsstudiengangs Master of Science in Sozialer Arbeit
der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich

In dieser Schriftenreihe werden Master-Thesen von Studierenden des Kooperationsstudiengangs Master
of Science in Sozialer Arbeit der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich publiziert, die mit
Bestnote beurteilt und zur Publikation empfohlen wurden.

Kathrin Amann: Sozialarbeitende in der Politik. Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse
von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren

© 2017 Edition Soziothek Bern
ISBN 978-3-03796-616-7

Edition Soziothek
c/o Berner Fachhochschule BFH
Fachbereich Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern
www.soziothek.ch

Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung des Verlags ist unzulässig.

Sozialarbeitende in der Politik

Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren

Master in Sozialer Arbeit, Bern | Luzern | St. Gallen | Zürich

Sozialarbeitende in der Politik

Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren

Verfasserin:	Kathrin Amann
Studienbeginn:	Frühlingssemester 2014
Fachbegleitung:	Prof. Sabine Makowka
Abgabedatum:	13. Januar 2017

Dank

An dieser Stelle gilt es Danke zu sagen, all jenen, die mich bei meiner Arbeit wesentlich unterstützt haben. Im Besonderen ...

... *meiner Fachbegleitung* Prof. Sabine Makowka, die meine Arbeit mit ihren wertvollen Anregungen vorangebracht und mich immer darin bestärkt hat, meinen Weg zu gehen.

... *meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern*, die auf ihre Art und Weise die politische Einmischung Sozialer Arbeit vorantreiben und stärken, und die sich trotz vollem Terminkalender die Zeit genommen haben, meine Arbeit mit ihren Erfahrungen und Sichtweisen zu bereichern.

... lic.phil. Fabrina Cerf und Hans Peter Amann für das professionelle Lektorat und ihre wertvollen Hinweise.

... *meinen Kommilitoninnen* Lena Maurer, Angelika Studer, Ursina Morell und Olivia Gnehm für den hilfreichen und aufmunternden fachlichen Austausch.

Abschliessend danke ich meinen Eltern, die mir mein Studium durch ihre Unterstützung ermöglicht haben.

Abstract

Die vorliegende Master-Thesis zielt darauf, einen theoretischen sowie empirischen Beitrag zum politischen Handeln von Sozialarbeitenden zu leisten. Im Zentrum steht die Fragestellung, wie es dazu kommt, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren. Im theoretischen Teil wird ausgehend von der Perspektive eines wechselseitig aktiven Verhältnisses zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik der politische Auftrag Sozialer Arbeit theoretisch abgestützt. Weiter werden Erklärungsansätze zu politischem Engagement aus der politischen Soziologie herangezogen. Zur Bearbeitung der forschungsleitenden Fragestellung wurden sieben leitfadengestützte biographisch-narrative Interviews mit parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden geführt und nach den Prinzipien der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass für die Herausbildung einer politischen Handlungsbereitschaft von Sozialarbeitenden primär politische Sozialisationsinstanzen sowie mobilisierende Netzwerke eine Rolle spielen. Aus den Ergebnissen lässt sich zudem die Erkenntnis ableiten, dass über die Ausbildung sowie die Berufspraxis der Sozialen Arbeit wichtige Kompetenzen für (partei-)politisches Handeln gewonnen werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Thema und Forschungsinteresse	1
1.2	Fragestellung und Ziele	2
1.3	Überblick über den Aufbau der Arbeit	3
2	Soziale Arbeit und politisches Handeln	4
2.1	Sozialpolitik und Soziale Arbeit – Versuch einer Verhältnisbestimmung	4
2.1.1	Ein vergleichender Blick auf die Definitionen	5
2.1.2	Soziale Probleme als gemeinsamer Bezugspunkt	7
2.1.3	Soziale Arbeit als „Pendant zur sonst generalisierenden Sozialpolitik“	8
2.1.4	Die „koproductive“ Dimension von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit	9
2.2	Der politische Auftrag Sozialer Arbeit	11
2.2.1	Beispiele von skeptisch-ablehnenden Positionen	12
2.2.2	Die „doppelte Aufgabenstellung“ Sozialer Arbeit	13
2.3	Politisierung von Sozialarbeitenden	16
2.3.1	Einordnung vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen – ein verkürzter Blick auf die Geschichte	16
2.3.2	Re-Politisierung Sozialer Arbeit (?)	17
2.4	Sozialarbeitende und (partei-)politisches Handeln: Zum Stand der Forschung	19
3	Politisches Engagement – Erklärungsansätze aus der politischen Soziologie ...	20
3.1	Aspekte der politischen Sozialisation	21
3.2	Das Civic Voluntarism Model	22
4	Politische Partizipationsmöglichkeiten in der Schweiz	25
5	Forschungsfrage und Unterfragestellungen	27
6	Methodisches Vorgehen	29
6.1	Datenerhebung	29
6.1.1	Das narrativ-biographische Leitfadeninterview	30
6.1.2	Sampling und Feldzugang	31
6.1.3	Durchführung der Interviews und Datenaufbereitung	32
6.2	Datenauswertung	33
6.2.1	Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse	34

6.2.2	Kategorienbildung und Analyseprozess	34
6.3	Grenzen der Untersuchung.....	37
6.3.1	Samplestruktur und Generalisierung	37
6.3.2	Rekonstruktive Ereignisse und Erfahrungen als Datenmaterial	37
6.3.3	Grenzen der Kategorienbildung durch die qualitative Inhaltsanalyse.....	38
6.4	Gütekriterien	39
7	Empirische Ergebnisse	41
7.1	Überblick Interviewpartnerinnen und Interviewpartner.....	42
7.2	Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen	45
7.2.1	„Einerseits bin ich genetisch vorbelastet, mein Vater war in der Politik“ – politisches Interesse und Engagement in der Herkunftsfamilie	45
7.2.2	„Sie war eine Power-Frau“ – politisches Interesse im Kontext von Bildungsinstitutionen.....	46
7.3	„Es war eine sehr politische Zeit“ – politisierende Ereignisse	47
7.4	„Es hat mich immer irgendwie gezogen, mich zu engagieren“ – mobilisierende Netzwerke	47
7.5	Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement.....	49
7.5.1	„Komm, das wäre doch etwas“ – Motive für einen Parteibeitritt	49
7.5.2	„Es ging um ein Engagement für die Sozialpolitik“ – Wahl der Partei	50
7.5.3	Schlüsselergebnisse in der Sozialen Arbeit – Motive zur Übernahme eines politischen Amtes.....	51
7.5.4	„Ich konnte mich gar nicht beteiligen“ – Hindernisse auf dem Weg zum aktiven parteipolitischen Engagement	54
7.6	Persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln	54
7.6.1	„Es sind eigentlich sehr ähnliche Fähigkeiten wie in der Sozialen Arbeit“ – Kompetenzen aus der Ausbildung und Berufspraxis.....	55
7.6.2	„Ich bin eine Gruppenfrau“ – Offenheit und Teamfähigkeit.....	56
7.6.3	Durchhaltevermögen und professionelle Distanz	57
7.6.4	Selbstbewusstsein und politisches Interesse	57
7.7	Vereinbarkeit Parteipolitik und Soziale Arbeit	58
7.7.1	„Es hat sich gegenseitig immer sehr reichhaltig beeinflusst“ – Parteipolitik und Soziale Arbeit als ideale Kombination	58

7.7.2	„In der Stadt politisieren und in der Stadt arbeiten ist heikel“ – Parteipolitik und Soziale Arbeit als Gratwanderung	60
7.7.3	„Verschiedene Dinge unter einen Hut packen“ – zeitliche Vereinbarkeit.....	62
7.8	Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden	62
7.8.1	„Sie haben dann aber so eine ‚Opferhaltung‘“	63
7.8.2	„Ich sage nicht, dass alle eine parteipolitische Karriere starten müssen“	64
8	Diskussion der Ergebnisse	66
8.1	Begünstigende und unterstützende Faktoren – politische Sozialisationsinstanzen und mobilisierende Netzwerke	66
8.2	Politisierungsimpulse aus der Berufspraxis	69
8.3	Zum Nutzen von Kompetenzen aus der Sozialen Arbeit auf politischer Ebene....	71
8.4	Parteipolitik und Soziale Arbeit als „ideale Kombination“ und „Gratwanderung“ ..	72
8.5	Viele politische Einflussmöglichkeiten – wenig politisches Engagement.....	73
8.6	Kritische Reflexion des Untersuchungsansatzes	73
9	Schlussbetrachtungen.....	76
9.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	76
9.2	Ausblick auf weitere Forschungsfragen	77
9.3	Fazit und Anregungen für die Soziale Arbeit	78
	Literaturverzeichnis	80
	Anhang	89

1 Einleitung

1.1 Thema und Forschungsinteresse

Wer Soziale Arbeit¹ leistet, steht mitten im gesellschaftlichen und damit auch im gesellschaftspolitischen Geschehen. Politische Entscheidungen auf allen drei Staatsebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – beeinflussen unmittelbar die Soziale Arbeit in ihrer Ausgestaltung und ihren Möglichkeiten. Obwohl Soziale Arbeit auch hierzulande eine elementare Funktion in der Implementation von Sozialpolitik einnimmt, ist unklar, welche Rolle sie im ‚politischen Spiel‘ übernimmt, beziehungsweise übernehmen kann und soll: „Ist Soziale Arbeit lediglich eine Handlangerin zur Umsetzung politischer Entscheidungen oder soll sie sich auch einmischen, also ‚Politik machen‘, eigene Interessen vertreten, die Interessen ihrer Klientinnen und Klienten in der politischen Diskussion stark machen und sich für Menschen in Problemlagen einsetzen?“ (Güntner & Langer, 2014, S. 238²). Falls dem so ist, wer sind die politischen Akteure in der Sozialen Arbeit? Und gehört die politische Intervention überhaupt zum Methoden-Repertoire der Sozialarbeitenden? Anders gefragt: Ist politisches Handeln Bestandteil des professionellen Handelns oder masst sich die Soziale Arbeit damit Kompetenzen und Aufgaben an, die sie gar nicht hat?

Die Frage nach dem politischen Handeln von Sozialarbeitenden wird im Fachdiskurs der Sozialen Arbeit seit Jahren immer wieder kontrovers diskutiert. Wenig hat in den letzten zwei Jahrzehnten die Fachwelt der Sozialen Arbeit so polarisiert wie die Kontroverse um ein politisches Mandat (Merten, 2001) (Kapitel 2.2). Obgleich die Positionen auseinandergehen, bestritt niemand den engen Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik. Eine (daraus resultierende) politische Dimension Sozialer Arbeit blieb aber auch nach Abschwellen der Diskussion weiterhin umstritten und ungeklärt. Heute, 15 Jahre danach, fällt bei der Durchsicht der aktuellen Fachliteratur auf, dass sich gegenwärtig wieder ein besonderes Interesse an dieser Frage zu artikulieren scheint. Verschiedene Sammelbände bringen die politische Dimension Sozialer Arbeit zurück auf das fachwissenschaftliche Tableau (etwa Benz, Rieger, Schönig & Többe-Schukalla, 2013; Benz et al., 2014; Bütow, Chassé & Lindner, 2014; Lallinger & Rieger, 2007; Stender & Kröger, 2013). Schliesslich werden Politik und Soziale Arbeit auch im Rahmen von Bachelorarbeiten durch Studierende mehrfach zusammenhängend thematisiert (z. B. Helfer & Saxer, 2014; Wegmüller,

¹ Die Master-Thesis hält sich an die in der Deutschschweiz geltende Terminologie, wonach Soziale Arbeit als Oberbegriff die Sozialpädagogik und die Sozialarbeit sowie die Soziokulturelle Animation umfasst (Schmocker, 2011, S. 55).

² Es werden die Zitierregeln nach APA (2016) angewendet.

2015). Es scheint dabei vermehrt Konsens darüber zu bestehen, die Soziale Arbeit als aktive Politikgestalterin zu begreifen. So schreiben Lallinger und Rieger (2007) im Vorwort ihres Sammelbandes, dass Appelle, die Mut zur politischen Einmischung und somit politisches Engagement einfordern, wieder häufiger zu hören sind (S. 7). Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Voraussetzung einer aktive(re)n Teilnahme der Sozialen Arbeit am politischen Diskurs in erster Linie Professionelle sind, die sich der politischen Dimension ihrer Tätigkeit bewusst und darüber hinaus bereit dazu sind, sich aktiv am politischen Diskurs zu beteiligen (Kapitel 2.3), gründet das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Master-Thesis hauptsächlich darauf zu erschliessen, wie es dazu kommt, dass sich Sozialarbeitende politisch engagieren.

1.2 Fragestellung und Ziele

Politisierungshintergründe von Sozialarbeitenden sind ein noch unbearbeitetes Forschungsfeld (Kapitel 2.4). Mittels einer empirischen Untersuchung soll diese Forschungslücke bearbeitet und somit ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Diskussion um ein politisches Engagement von Sozialarbeitenden geleistet werden. Angesichts der gegenwärtig häufig kritisierten ‚Politikabstinenz‘ Sozialer Arbeit (etwa Lindenau, 2016, S. 32 – 33; Rieger, 2010, S. 10; Seithe, 2012, S. 402; Schönig, 2014, S. 60; Wigger, 2010, S. 15) sind Erkenntnisse zur Politisierung von Sozialarbeitenden und zur politischen Interessensvertretung gemäss Benz (2013) erwünscht, um ebendieser entgegenzuwirken (S. 83). An diesem Punkt setzt die Autorin der vorliegenden Master-Thesis an. Sie stellt Sozialarbeitende in den Mittelpunkt, bei denen eine Politisierung offensichtlich stattgefunden hat: Mittels einer qualitativen Befragung werden Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden aus der Deutschschweiz analysiert, die sich *parteilpolitisch* engagieren. Da der Erwerb einer Parteimitgliedschaft nicht zwingend auch ein aktives politisches Handeln nach sich zieht (Passiv-Mitgliedschaft), werden ausschliesslich Sozialarbeitende befragt, die sich *aktiv* parteipolitisch engagieren, das heisst, auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene ein politisches Amt in der Legislative oder Exekutive ausüben. Die empirisch zu untersuchende Fragestellung der vorliegenden Master-Thesis lautet: *Wie kommt es dazu, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren?* Die explorative Frageperspektive ist notwendig, da es sich bei Politisierungsprozessen von Sozialarbeitenden, wie erwähnt, um ein empirisch noch weitgehend unerforschtes Feld handelt. Ziel der Untersuchung ist die Gewinnung von Erkenntnissen über Prozesse, Beweggründe und begünstigende Faktoren, die politisches Engagement bei Sozialarbeitenden hervorbringen. Erfahrungen aus dem politischen Alltag der Befragten werden, je nach Relevanz für die zugrundeliegende Thematik, ebenfalls in den Ergebnisteil einfließen. Die Frage nach der Wirkung des jeweiligen parteipolitischen Engagements der Interviewten steht jedoch bewusst nicht im Zentrum des

Forschungsinteresses. Im Zusammenhang mit der politischen Dimension Sozialer Arbeit wird im theoretischen Fachdiskurs häufig die Vereinbarkeit von Professionalisierung und Politisierung (kontrovers) diskutiert (Dischler, 2014, S. 107). Der Professionsdiskurs wird im Rahmen der vorliegenden Master-Thesis ebenfalls nicht geführt.

1.3 Überblick über den Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Master-Thesis gliedert sich in einen theoretischen und einen empirischen Teil. Das Forschungsinteresse bzw. die forschungsleitende Fragestellung impliziert eine spezifische Perspektive der Autorin zum Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und (Sozial-)Politik und damit zusammenhängend zum politischen Handeln von Sozialarbeitenden, die als Grundlage für die empirische Untersuchung dient. Daher gilt es diese Perspektive in einem ersten theoretischen Block herzuleiten und offenzulegen (Kapitel 2). Mit der Frage wie politisches Engagement entsteht, befasst sich primär die politische Soziologie. Daher werden in einem zweiten theoretischen Teil ausgewählte Erklärungsansätze aus der politischen Partizipations- sowie aus der politische Sozialisationsforschung herangezogen, um aufzuzeigen, welche Faktoren bei der Entstehung von politischem Engagement eine zentrale Rolle spielen (Kapitel 3). Zur Einordnung in das politische Umfeld und die Rahmenbedingungen, unter denen politisches Handeln (von Sozialarbeitenden) stattfindet, werden im letzten Teil der theoretischen Einbettung die politischen Partizipationsmöglichkeiten in der Schweiz beschrieben (Kapitel 4). Im Anschluss an die theoretischen Ausführungen folgt die Präzisierung der forschungsleitenden Fragestellung – vor dem Hintergrund der theoretischen Ausführungen wird sie in drei Unterfragestellungen aufgegliedert (Kapitel 5). Nach der Ausformulierung der konkreten Forschungsfragen wird das Untersuchungsdesign beschrieben, indem die einzelnen Schritte der Erhebungs- und Auswertungsmethodik schrittweise dargelegt werden (Kapitel 6). Im Anschluss daran wird die Entstehung des parteipolitischen Engagements der befragten Sozialarbeitenden im Ergebnisteil aus einer biografischen Perspektive heraus nachgezeichnet (Kapitel 7). Die Einordnung der Ergebnisse, ihre Interpretation und Diskussion, schlägt den Bogen zurück zum theoretischen Rahmen der Arbeit. Es werden mögliche Erklärungen für bestimmte Ergebnisse und Zusammenhänge aufgezeigt sowie auch kritische Punkte und offene Fragen angesprochen (Kapitel 8). Zum Schluss werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt, ein Ausblick auf weitere Forschungsfragen gegeben sowie Anregungen für die Soziale Arbeit abgeleitet (Kapitel 9).

2 Soziale Arbeit und politisches Handeln

Die forschungsleitende Fragestellung der vorliegenden Master-Thesis lässt bereits darauf schliessen, dass Politik³ und Soziale Arbeit in einem engen und spannungsreichen Verhältnis stehen. Es stellt sich daher zu Beginn die grundlegende Frage, welche Verbindung(en) zwischen Politik und Sozialer Arbeit besteht(en) und wie das Verhältnis näher zu bestimmen ist. Bei der Betrachtung des Begriffs der Politik aus dem Kontext der Sozialen Arbeit bezieht sich die Fachliteratur meist auf den Zusammenhang zwischen dem spezifischen Politikfeld *Sozialpolitik* und Sozialer Arbeit (etwa Benz, 2010, S. 317 – 336; Lorenz, 2006, S. 261 – 271; Olk, 2008, S. 287 – 298). Besonders in der Schweiz und ähnlich organisierten Sozialstaaten scheint zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik eine beachtliche Schnittmenge zu existieren. Mit Blick auf die verschiedenen Handlungsfelder der Sozialen Arbeit wird deutlich, dass auch andere Politikfelder, wie zum Beispiel Strafrechts-, Migrations-, oder Städtebaupolitik, von zentraler Bedeutung sind. Dennoch ist Sozialpolitik unter allen Politikfeldern von besonderer Relevanz für die Soziale Arbeit (Engelke, Spatscheck & Borrmann, 2009, S. 306). Bevor zum generellen Zusammenhang von Politik und Sozialer Arbeit unter Gliederungspunkt 2.2 die Diskussion um einen politischen Auftrag Sozialer Arbeit aufgegriffen wird, soll an dieser Stelle daher zuerst das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik genauer betrachtet werden.

2.1 Sozialpolitik und Soziale Arbeit – Versuch einer Verhältnisbestimmung

Dass Soziale Arbeit als Profession ein ganz spezifisches Verhältnis zur Sozialpolitik aufweist, drängt sich jeder theoretischen und praktischen Reflexion geradezu auf. Schliesslich vollzieht sich Soziale Arbeit in erster Linie innerhalb der durch die Sozialpolitik determinierten Rahmenbedingungen und die Mehrheit der Fachkräfte setzt als Teil des sozialstaatlichen Dienstleistungsangebots sozialpolitische Massnahmen um (Schmid, 2011, S. 19). Lorenz (2006) bezeichnet Soziale Arbeit vor diesem Hintergrund auch als „angewandte Sozialpolitik“ (S. 261). Ihre Aufgabenschwerpunkte, Handlungsmöglichkeiten sowie -grenzen werden primär durch gesellschaftliche Veränderungen und sozialpolitische Entscheidungen geprägt, denn die Ressourcenzuteilung erfolgt in einer Demokratie notwendigerweise über die Politik. In politischen Gremien (und allenfalls durch nachfolgende Volksabstimmungen) wird grösstenteils festgelegt, welche finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen in Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit zur Verfügung stehen und wie Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien den Handlungsspielraum definieren (Benz & Rieger, 2015, S. 9). Dies hat wiederum einen direkten Einfluss auf die Lebenslage der

³ Auf eine generelle Einführung zum Politikbegriff wird verzichtet, da primär auf den Handlungsbegriff fokussiert wird. Grundlegende Einführungen zum Politikbegriff bieten z. B. Patzelt (2013) oder Meyer (2010).

Klientinnen und Klienten; auch sie sind unmittelbar von politischen Entscheidungen betroffen. Ihr Handlungsspielraum wird, weil sie in unterschiedlicher Weise auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, wesentlich politisch bestimmt: Leistungskürzungen und -ausbau, neue (sozial-)gesetzliche Regelungen, aber auch Paradigmenwechsel in Bereichen der Sozialpolitik (Kapitel 2.3) wirken sich auf die Formen der Hilfeleistung und somit auf den Alltag der Klientel aus (ebd.). So haben beispielsweise Kürzungen in der wirtschaftlichen Sozialhilfe einen direkten Einfluss auf die Lebensgestaltung von Betroffenen und deren Inklusion in die Gesellschaft. Ausschlaggebend für Umfang und Art des Einsatzes Sozialer Arbeit ist folglich nicht der objektive Bedarf (das heisst quantitative oder qualitative Veränderungen von Notlagen), sondern primär politische Meinungs- und Willensbildung sowie Entscheidungsprozesse. Zu Recht wird im Fachdiskurs von der „Politikimmanenz Sozialer Arbeit“ (Olk, Siegfried & Otto, 2000, S. 64) gesprochen. Zweifellos ist Soziale Arbeit vor dem Hintergrund dieser Annahmen massgeblich auf die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen durch die Sozialpolitik angewiesen und somit von dieser abhängig (Lorenz, 2006, S. 262; Rieger, 2012, S. 24). Der Sozialen Arbeit daraus eine einseitige Abhängigkeit von Sozialpolitik zu unterstellen (etwa Schaarschuch, 2003, S. 58) greift jedoch zu kurz. Dass auch Sozialpolitik in gewisser Hinsicht von Sozialer Arbeit abhängig ist und von ihr profitieren kann, gilt es im Folgenden aufzuzeigen.

2.1.1 Ein vergleichender Blick auf die Definitionen

Angesichts der hochgradigen Relevanz der Sozialpolitik für die Soziale Arbeit wäre zu vermuten, dass das Verhältnis in der Fachliteratur intensiv diskutiert und reflektiert wird. Die Literatur zeigt sich jedoch überraschend sprachlos: „Es ist so erstaunlich wie unangemessen, dass sich die wissenschaftlichen Diskurse der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit bislang wenig aufeinander beziehen“ (Benz, 2010, S. 317). Um sich einer genaueren Betrachtung des Verhältnisses anzunähern, bietet es sich in einem ersten Schritt an, einen vergleichenden Blick auf die Definitionen und Funktionen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik zu werfen.

In der politikwissenschaftlichen Literatur besteht kein Konsens über eine allgemeine Definition von Sozialpolitik – unter anderem deshalb, weil bis heute sowohl die Mittel und Ziele als auch die Wirkungen von Sozialpolitik umstritten sind (Althammer & Lampert, 2014, S. 3)⁴. Einig sind sich verschiedene Autorinnen und Autoren jedoch darin, dass Sozialpoli-

⁴ Das Verständnis wird auch zukünftig umstritten und wandelbar bleiben, einerseits aus normativen und andererseits aus praktischen Gründen, weil die Gruppen, an die sich praktische Sozialpolitik richtet, und weil die Ziele, Instrumente und Träger der Sozialpolitik sich durch den sozialen Wandel immer wieder ändern (Althammer & Lampert, 2014, S. 3).

tik primär auf soziale Risiken und soziale Probleme reagiert (etwa Bäcker, Naegele, Bispnick, Hofemann & Neubauer, 2010, S. 43; Boeck, Huster, Benz & Schütte, 2017, S. 5 – 6; Lampert & Althammer, 2014, S. 8). So subsumieren Bäcker et al. (2010) unter den Begriff all jene Massnahmen, die darauf abzielen, die Entstehung sozialer Risiken und Probleme zu verhindern, Voraussetzungen zu schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, soziale Probleme zu bewältigen sowie auch Massnahmen, welche zum Ziel haben, die Lebenslage einzelner Personen oder Personengruppen zu sichern und zu verbessern (S. 43). Die schweizerische Sozialpolitik umfasst gemäss der Definition des Bundesamtes für Sozialversicherungen [BSV] (2011) „Bestrebungen und Massnahmen, welche darauf angelegt sind, die Nöte und Schwierigkeiten von Einzelnen oder Gruppen zu verhüten, zu mildern oder zu beheben oder gezielt sozial benachteiligte Personengruppen zu unterstützen“ (Sozialpolitik). Dabei geht es dem Staat darum, allgemeingültige Grundwerte wie Solidarität und Gleichwertigkeit der Menschen in einem Umfeld möglichst grosser individueller Freiheit zu verwirklichen (Carigiet, 2003, S. 301). Eigenverantwortung und Solidarität können gemäss Schmid (2013) als „Leitplanken“ für die schweizerische Sozialpolitik bezeichnet werden (S. 426). Die Ziele der schweizerischen Sozialpolitik umfassen soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, sozialen Frieden sowie die Hebung des Wohlstands und Ausweitung der Teilhabe daran (BSV, 2011, Sozialpolitik). Im engeren Sinne wird der Begriff der Sozialpolitik für jene Massnahmen verwendet, die der direkten Armutsbekämpfung und -verhinderung dienen: In der Schweiz sind dies vor allem die Sozialversicherungen, die Sozialhilfe und weitere kantonale Bedarfsleistungen. Die rechtlichen Grundlagen für die Sozialpolitik in der Schweiz finden sich in erster Linie in der Bundesverfassung. So steht in der Präambel geschrieben, dass „die Stärke des Volkes sich ... am Wohl der Schwachen“ misst, womit ein soziales Engagement der Gemeinschaft angekündigt wird.

Um sich der Definition Sozialer Arbeit zuzuwenden, bietet es sich an, einen Blick auf die weltweit anerkannte Definition der International Federation of Social Workers [IFSW] zu werfen, die Beat Schmocker im Jahr 2006 für die Schweiz übersetzt hat. Folgt man Schmocker fördert Soziale Arbeit sozialen Wandel und somit grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene (Definition Soziale Arbeit). Sie unterstützt Problemlösungen in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen, zum Beispiel von Diskriminierung, um ihr Wohlbefinden anzuheben. Ihre Aufgabe ist es, allen Menschen Wege für die Chance zu erschliessen, ihr gesamtes Potenzial zu entwickeln, damit sie ihre freie Handlungsfähigkeit zur Verbesserung ihres Wohlbefindens wiedererlangen können. Unter Nutzung von Theorien menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme (Gesellschaften und Subsysteme) vermit-

telt Soziale Arbeit folglich am Punkt, wo Menschen und ihre sozialen Umfeldler aufeinander einwirken: „In ihren unterschiedlichen Formen richtet sich Soziale Arbeit immer auf die mehrfachen, verflochtenen Wechselbeziehungen der Menschen untereinander und den sie umgebenden sozialen Umfeldern“ (Schmocker, 2006, Definition Soziale Arbeit). Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit fundamental (ebd.). Folgt man Engelke et al. (2009), ergeben die Kernaussagen der IFSW-Definition die mittlerweile weit verbreitete Kurzformel für den Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit „das Verhindern und Bewältigen sozialer Probleme“ (S. 266).

2.1.2 Soziale Probleme als gemeinsamer Bezugspunkt

Die obigen Ausführungen deuten auf eine verbindende Gegenstandsbestimmung Sozialer Arbeit und Sozialpolitik hin, die Albert Mühlum bereits 1982 festgehalten hat: „Bei Sozialpolitik [geht es] wie in keinem zweiten Politikfeld um die gleichen Fragen, wie in der Sozialen Arbeit, um Fragen sozialer Probleme“ (S. 334). Dies sieht Groenemeyer (2012) dreissig Jahre später genauso, wenn er soziale Probleme sowohl als Grundlage für sozialpolitische Interventionen als auch für die Interventionen Sozialer Arbeit bezeichnet (S. 117). Heiner (2010), die das Gegenstandsprofil Sozialer Arbeit mit anderen Berufen vergleicht, stellt fest: „Der berufliche Auftrag der Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft und die Zuständigkeit für die kollektiven und gesellschaftlichen Probleme, ... ergibt eine gewisse Nähe der Sozialen Arbeit zum Beruf des Sozialpolitikers – zumal die Soziale Arbeit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist“ (S. 190). An dieser Stelle rückt die Frage in den Fokus, was unter diesem gemeinsamen Bezugspunkt Sozialer Arbeit und Sozialpolitik – soziale Probleme – genau zu verstehen ist? In der vorliegenden Master-Thesis wird von der Definition sozialer Probleme nach Groenemeyer (2012) ausgegangen. Groenemeyer betrachtet verschiedene Definitionen und kommt zum Schluss, dass es im Wesentlichen drei Elemente sind, die soziale Probleme kennzeichnen. Sie beziehen sich (1) auf bestimmte konkrete soziale Bedingungen, Strukturen oder Situationen, die als Störung, Widerspruch oder Funktionsproblem einer Gesellschaft analysiert werden können und die mit Leid und Schaden verbunden sind. Die Wahrnehmung eines sozialen Problems ist (2) immer gesellschaftlich, das heisst soziale Probleme basieren auf einer gesellschaftlichen Definition (z. B. Armut, Kriminalität, Sucht, Gewalt). Die Bestimmung sozialer Probleme beinhaltet schliesslich (3) die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Veränderung der Situation und Entwicklung von Gegenmassnahmen (S. 27 – 31). Zentrale Gemeinsamkeit von sozialen Problemen ist folglich, dass sie gesellschaftlich als problematisch und veränderbar interpretiert werden und somit zum Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten geworden sind.

2.1.3 Soziale Arbeit als „Pendant zur sonst generalisierenden Sozialpolitik“

Vergleicht man nun in einem weiteren Schritt die *Herangehensweise* Sozialer Arbeit und Sozialpolitik an den gemeinsamen Gegenstand, zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden: Sozialpolitik richtet ihren Fokus bzw. ihre sozialpolitischen Massnahmen in erster Linie auf soziale Risiken und Notlagen, die sich auf „Personenmehrheiten“ beziehen (Lampert & Althammer, 2014, S. 15). Das heisst, Sozialpolitik abstrahiert vom Einzelfall, bezieht sich in der Regel auf Personengruppen und versucht, soziale Probleme mithilfe von Gesetzen, Verordnungen und Programmen zu bearbeiten und somit *allgemeinverbindlich* zu regeln (Schönig, 2013, S. 37). Im Wesentlichen sind sozialpolitische Massnahmen materiell orientiert; in der Schweiz beispielsweise die Leistungen der Sozialversicherungen (S. 6). In der Sozialen Arbeit, die in ihrer fallbezogenen Intervention in der Regel auf den materiellen Unterstützungsleistungen der Sozialpolitik aufbaut und Zugänge zu diesen Leistungen eröffnet, steht die individuelle, passgenaue Unterstützung ihrer Klientel im Fokus. Gemäss Olk (2008) handelt sie in erster Linie (*einzel-*)fallbezogen und ist auch immateriell orientiert (S. 288). Es wird also auch versucht, psychische, milieubezogene, zwischenmenschliche und ähnliche Aspekte des Einzelfalls zu bearbeiten (ebd.). Schönig (2013) bezeichnet Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang als „Pendant zur sonst generalisierenden Sozialpolitik“ (S. 35). Bis an die Wurzeln der Professionsgeschichte reichend geht es der Sozialen Arbeit dabei um Menschen, die trotz oder wegen fehlender sozialpolitischer Massnahmen Hilfe suchen. Um es mit den Worten von Alice Salomon (1908), einer bedeutenden Pionierin der Sozialen Arbeit, zusammenzufassen: „Mögen Sozialpolitiker das Recht und die Pflicht haben, weitausschauende Reformpläne auszuarbeiten und vorzubereiten, der Armenpfleger hat zu untersuchen, wie er – neben den Bemühungen zur Besserung des Loses ganzer Klassen – die gegenwärtige Lage des einzelnen Hilfebedürftigen verbessern kann“ (zitiert nach Benz & Rieger, 2015, S. 21). Diese Unterscheidung darf allerdings keinesfalls zu dem gemäss Rieger (2014) nicht wenig verbreiteten Missverständnis führen, Soziale Arbeit sei in ihrem Auftrag und methodischen Handeln auf die direkte Hilfe für und am Klienten festgelegt⁵ (S. 329).

Ein weiterer Unterschied zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik lässt sich im Potential des Umgangs mit sozialen Problemen entdecken. Gemäss Benz (2010) kann die Sozialpolitik die Lebenslagen von Menschen mittels ihrer grossen Sach- und Geldleistungssysteme, etwa der Renten- und Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe, viel extensiver (breite Bevölkerungsgruppen betreffend) und intensiver (lebensstandardsichernd versus notver-

⁵ Mit dem politischen Auftrag Sozialer Arbeit setzt sich das nachfolgende Kapitel unter Gliederungspunkt 2.2 auseinander.

sorgend) beeinflussen als viele Massnahmen der Sozialen Arbeit (S. 321). Olk (2008) ist jedoch der Meinung, dass eine Bereitstellung von Geldleistungen oder die Gewährung von Rechtsansprüchen und Informationsvermittlung nicht immer ausreicht, damit der Sozialstaat seine Ziele erreichen kann: „Vielmehr bedarf es der komplexen personenbezogenen Unterstützungs-, Beratungs- und Qualifizierungsleistungen, für deren Realisierung die Soziale Arbeit eine besondere Kompetenz und einen langjährigen Erfahrungshintergrund mitbringt“ (S. 291). In Anbetracht der Tatsache, dass Bewältigungsprobleme zunehmend komplexer, individuell und somit nicht standardisierbar sind, sondern biographisch verschieden auftreten, sind auch Böhnisch und Schröer (2012) überzeugt, dass Sozialpolitik die lebensweltlich verankerten sowie am Einzelfall ausgerichteten Hilfe- und Unterstützungssysteme, mehr denn je benötigt (S. 55). Soziale Arbeit leistet gemäss Schönig (2013) dort einen Beitrag zur Lebensbewältigung, „wo es der generalisierenden Sozialpolitik nicht gelingt ...“ (S. 39).

2.1.4 Die „koproductive“ Dimension von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit

Sozialpolitik setzt sich nicht ausschliesslich aus dem Zusammenwirken von Interessensgruppen in der Phase der politischen Meinungsbildung und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Phase der Entscheidungsfindung zusammen. Auch die Soziale Arbeit ist, wie oben beschrieben (S. 4), wesentlich an der Umsetzung sozialpolitischer Massnahmen beteiligt. Dabei gilt es zu beachten, dass die Professionellen ihre Tätigkeit gemäss Hiltrud von Spiegel (2011) immer in „Koproduktion“ mit ihren Adressatinnen und Adressaten erbringen (S. 44). Das gewünschte Ergebnis erfordert also die Mitwirkung der Adressatinnen und Adressaten und ist folglich ein „gemeinsames Produkt“ (ebd.). Dadurch ‚bestimmen‘ auch die Klientel das Ergebnis sozialpolitischer Regelungen und Programme zum einem grossen Teil mit. Daraus folgern Benz und Rieger (2015), dass die Ergebnisse sozialpolitischer Bemühungen in der Regel „koproductiver Natur“ sind (S. 34). Die Professionellen der Sozialen Arbeit, die täglich mit den Problemlagen ihrer Klientel konfrontiert sind, haben durch ihre Arbeit am Einzelfall vielfältige Einblicke in deren soziale Alltagsrealitäten. Daher verfügen sie nebst einem differenzierten und professionellen Wissens- auch über einen reichen Erfahrungsschatz, wie sich sozialpolitische Regelungen und Programme, die auf Personengruppen hin konzipiert wurden, im Einzelfall tatsächlich auswirken (Benz, 2010, S. 322). Wie verhalten sich zum Beispiel Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe, denen als Sanktionsmassnahme das Sozialhilfegeld gekürzt wird? Passen sie sich der Intention des Gesetzgebers an und ändern folglich ihr Verhalten oder entwickeln sie widerständige Strategien und machen damit deutlich, dass die mit der betreffenden sozialpolitischen Massnahme verfolgten Ziele so nicht, besser anders oder gar nicht verfolgt werden sollen? (Haller, Jäggi & Beiser, 2014, S. 14 – 19). Da dieses Wissen politischen

Entscheidungsträgern zunächst nicht zugänglich ist, ist die (Sozial-)Politik folglich auch auf einzelfallbezogene Erkenntnisse aus der Praxis der Sozialen Arbeit angewiesen, wenn es darum geht zu überprüfen, wie bestimmte Programme und Regelungen wirken (Benz, 2010, S. 322). Dabei gilt es zu beachten, dass sich Sozialpolitik, wie oben ausgeführt (S. 8), im Grunde nicht näher mit Einzelfällen befasst. Für die Sozialpolitik dient der Einzelfall lediglich zur Veranschaulichung eines Problems (Schönig, 2013, S. 35). Daher ist für die politische Argumentation insbesondere der Verweis auf Quantitäten entscheidend, um damit an die *generalisierende* Sozialpolitik anschlussfähig zu sein – also zu betonen, dass es sich eben nicht um einen Einzelfall handelt und es demzufolge eine sozialpolitische, das heisst generalisierende Reaktion braucht.

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen kann Soziale Arbeit auch als Vorhut soziale Probleme und Defizite aufgreifen und in politische Diskurse einbringen, bevor es zu sozialpolitischen Regelungen kommt: „Sozialarbeitende, deren Arbeit sich an den Rändern der Gesellschaft abspielt, merken meist frühzeitig, wie sich gesellschaftspolitische Tendenzen auf ihre Klientel auswirken und können im Sinne eines Frühwarnsystems darauf reagieren“ (Duff, 2014, S. 22). Wie oben erläutert, müssen soziale Probleme als „public issue“ in die öffentliche und politische Arena gebracht werden, damit sie als soziale Probleme anerkannt werden. Entscheidend daran beteiligt, ob ein problematischer Zustand zu einem sozialen Problem wird, sind gemäss Schetsche (2014) kollektive Akteure⁶, durch die soziale Probleme im medialen und politischen Diskurs thematisiert und konstruiert werden (S. 92). In seiner Aufzählung von „typischen Experten“ für soziale Probleme nennt Schetsche unter anderem explizit Sozialarbeitende (ebd.). Wenn Soziale Arbeit also, wie oben beschrieben, auf notwendige Veränderungen aufmerksam macht und zur Thematisierung dieser beiträgt oder anders formuliert, private Probleme ihrer Klientinnen und Klienten zu öffentlichen Angelegenheiten macht und somit ihre Erfahrung mit Einzelfällen nutzt, um die strukturellen Ursachen hinter den Einzelschicksalen zu thematisieren, kann sie Einfluss nehmen auf die Prozesse der Entstehung sozialer Probleme. Staub-Bernasconi (2007) bezeichnet diese bewusste Einmischung Sozialer Arbeit in sozialpolitische Entscheidungsprozesse als „transforming private troubles in public issues“ (S. 243).

Zwischenfazit

Es ging bei den vorangehenden Ausführungen nicht um eine vollständige, erschöpfende Analyse und Erörterung der Verflochtenheit Sozialer Arbeit mit (Sozial-)Politik. Festhalten

⁶ Schetsche (2014) definiert kollektive Akteure als Gruppen von Personen (aktiv Betroffene, Advokaten, Parteien, Soziale Bewegungen, Expertinnen und Experten) mit gemeinsamen Motiven, Zielen und Handlungsstrategien, die ein Problemmuster formulieren oder sich an der Thematisierung von Problemen beteiligen (S. 52).

lässt sich jedoch, dass Soziale Arbeit ein aussergewöhnlich enges Verhältnis zur Sozialpolitik aufweist, denn sie ist hinsichtlich ihres Gegenstandes, ihrer Aufträge und der Formen der Intervention sowie ihrer Rahmenbedingungen politisch bestimmt. Die praktische Sozialpolitik demzufolge schlicht als determinierender Rahmen und Voraussetzung für Soziale Arbeit zu begreifen und damit eine hierarchisch-instrumentelle Beziehung zwischen der legislativen Sozialpolitik und der exekutiven Sozialen Arbeit zu unterstellen, wäre jedoch eine verkürzte Sichtweise und würde die Profession mit ihren breitgefächerten Aufgaben und Funktionen abwerten. Die in der vorliegenden Master-Thesis vertretene Perspektive versteht das wechselseitig aktive Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik als eine komplexe gegenseitige Beeinflussung, die auf gegenseitigem Bedarf fusst. Die enge Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik sollte folglich nicht als Fessel, sondern als Chance begriffen werden, denn sie bietet der Sozialen Arbeit eine Fülle an Möglichkeiten für den politischen und professionellen Auftrag. Eine selbstbewusste Profession und sich als politische Akteurin begreifende Soziale Arbeit ist in der Lage, sich entsprechend einzumischen und Sozialpolitik in ihrem Sinne mitzugestalten. Basierend auf der Perspektive eines aktiven Wechselverhältnisses stellt sich an dieser Stelle nun die berechnigte Frage, ob und wie sich politisches Handeln bzw. politische Einflussnahme der Sozialen Arbeit aus deren Theorie begründen lässt.

2.2 Der politische Auftrag Sozialer Arbeit

Ist das Verständnis einer Sozialen Arbeit, die aufgrund ihrer engen Verstrickung mit der (Sozial-)Politik auch einen politischen Auftrag innehat sowie in ihrem Handeln politisch ist, im angelsächsischen Raum weitgehend unbestritten (Abramovitz, 1993, S. 6; Powell, 2001, S. 2) zeigt sich im deutschsprachigen Fachdiskurs eine andere Situation. Die auf dem als wechselseitig bestimmten Verhältnis basierenden Forderungen nach einer bewussten politischen Einmischung Sozialer Arbeit geben immer wieder Anlass zu kontroversen Diskussionen. So wurde der Ruf nach einer politische(re)n Sozialen Arbeit zuletzt Anfang des neuen Jahrtausends an der Frage „Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?“ intensiv und hitzig diskutiert. Nachzulesen sind die Positionen in Merten's (2001) gleichnamigem Sammelband. Es zeigt sich dabei, dass aufgrund der Schwierigkeit des Mandatsbegriffs⁷ die eigentliche Frage, inwieweit aus der politischen Dimension Sozialer Arbeit auch ein Handlungsauftrag resultiert und wie dieser ausgestaltet werden könnte, letztendlich kaum diskutiert und damit auch nicht beantwortet wird. Unter dem Titel seines Essays „Die Politik der Sozialen Arbeit. Überlegungen zur politischen Produktivität Sozialer Arbeit jenseits des

⁷ Politisches Mandat bezeichnet in den Politikwissenschaften ein demokratisch legitimes Mandat (Holtmann, 2000, S. 546).

Mandatsbegriffs“ erläutert Thomas Wagner (2008) ausführlich die Schwächen der Kontroverse, klärt die grundlegenden Begrifflichkeiten, geht den unterschiedlichen Diskussionsbeiträgen mit weiterführenden Überlegungen nach und kommt dabei zu folgendem Schluss: „Ob die ‚Mandatssemantik‘ für diese und andere politische Kämpfe der sozialen Arbeit brauchbar ist, soll an dieser Stelle offen in Zweifel gezogen werden“ (S. 642). Folgt man Kurmann (2014) herrscht im aktuellen Fachdiskurs zunehmend Einigkeit darüber, das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Politik statt über die Mandatsfrage aus der Perspektive ihres professionellen Auftrages zu betrachten (S. 152). In Anlehnung an Kurmann und Wagner wird nachfolgend vom Begriff des politischen Mandats Abstand genommen und als Alternative der Begriff des politischen Auftrags verwendet.

2.2.1 Beispiele von skeptisch-ablehnenden Positionen

Im aktuellen Fachdiskurs der Sozialen Arbeit lassen sich nach wie vor Stellungnahmen finden, die einer aktiven politischen Einflussnahme Sozialer Arbeit skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. So zum Beispiel von Merten (2007), der schreibt: „In der immer wieder aufflammenden Diskussion um eine (Re-)Politisierung leuchtet der schwache Schein auf bessere Lebenschancen derer auf, mit denen sie [die Soziale Arbeit] es beruflich zu tun hat“ (S. 65). Merten rät den Professionellen Sozialer Arbeit in diesem Zusammenhang, sich auf „professionelles Handeln mit und für die KlientInnen“ (ebd.) zu konzentrieren statt auf eine Politisierung Sozialer Arbeit zu hoffen: „Diese ... individualisierte Hilfe ist m. E. nutzbringender“ (ebd., S. 66). Lüssi (2001) spricht der Sozialen Arbeit im Grunde politische Funktionen zu, begrenzt diese aber eng auf Politikberatung – alle darüberhinausgehenden politischen Ansprüche an das politische Handeln Sozialer Arbeit hält er für eine Überforderung (S. 130). Lüssi geht in seiner „Sozialarbeitslehre“ davon aus, dass sozialpolitische Aktivitäten „von den Zentren sowohl der Sozialarbeit wie der Sozialpädagogik ziemlich weit entfernt liegen“, die sozialpolitische Tätigkeit gehört in „periphere Bereiche“ der Sozialen Arbeit. Er weist darauf hin, dass Politik zu jenen Bereichen zählt, die nur „zufällig an den Sozialarbeiter herankommt“, daher wird sie in der Sozialarbeitslehre auch nicht weiter behandelt. Die „eigentliche Berufsaufgabe Sozialer Arbeit ... ist die Problemlösung im einzelnen sozialen Problemfall“ (ebd., S. 52). Noch einmal weist Lüssi darauf hin „Politische Parteinahme und Polemik ist für den Sozialarbeiter ... unangemessen und kontraproduktiv“ (S. 130). Böhnisch und Schröer (2012) plädieren für eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit, die sozialpolitische Strukturen zwar mitdenkt, jedoch leiten sie daraus kein weiterer Handlungsauftrag ab – sozialstrukturelles Wissen ist ihrer Meinung nach primär als Hintergrundwissen nötig (S. 105). Sie bezeichnen die Soziale Arbeit in ihren Ausführungen als „verlängerter Arm der Sozialpolitik“, in dem diese die „biografischen Ausformungen“ sozialer Probleme bearbeitet. Ihrer Ansicht nach kann Soziale Arbeit zentrale Spielräume wie

Einkommen, Arbeit und Beruf oder Gesetze jedoch nicht oder kaum verändern (ebd.). Daraus folgern Böhnisch und Schröer: „Die Sozialpolitik ist an sozialen Strukturen, die Soziale Arbeit an Personen orientiert“ (ebd., S. 98).

2.2.2 Die „doppelte Aufgabenstellung“ Sozialer Arbeit

Entgegen dieser beispielhaften Einschätzungen von Merten, Lüssi, Böhnisch und Schröer wird mit den nachfolgenden Ausführungen der Versuch unternommen aufzuzeigen, dass politisches Handeln nicht im „peripheren“, sondern im Kernbereich Sozialer Arbeit zu verorten ist. Soziale Arbeit kann allerdings nur dann einen politischen Auftrag für sich in Anspruch nehmen und somit politisch agieren, wenn sich dieser Auftrag auch entsprechend theoretisch begründen lässt. Dazu existieren durchaus prominente Theorien Sozialer Arbeit, die bemerkenswerte politische Potenziale enthalten. So lässt sich der politische Anspruch zum Beispiel systemisch (Staub-Bernasconi) oder lebensweltorientiert (Thiersch) herleiten⁸. Es besteht an dieser Stelle nicht der Anspruch, den jeweiligen Begründungszusammenhang im Detail zu beschreiben, jedoch werden zentrale Aspekte, die im Zusammenhang mit einer politischen Dimension stehen, zur besseren Nachvollziehbarkeit verkürzt aufgegriffen. Für Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi, 1998) gilt, dass eine Soziale Arbeit, die in allen Belangen auf das Individuum fokussiert ist, ihre gesellschaftsbezogene Funktion vernachlässigt und somit nur eine „halbierte Profession“ ist (Staub-Bernasconi, 2007, S. 201). Soziale Arbeit hat im systemischen Paradigma sowohl eine individuums- als auch eine gesellschaftsbezogene Funktion. Zum professionellen Auftrag gehören folglich auch eine Einflussnahme auf Sozialpolitik und die Mitarbeit an Sozialgesetzen: „Soziale Arbeit hat überdies die zusätzliche Aufgabe, ihr Wissen über soziale Probleme für die öffentlichen Entscheidungsträger zugänglich zu machen und sich in den (sozial-)politischen ... Entscheidungsprozess über Problemlösungen einzumischen“ (ebd., S. 198). Ähnlich positioniert sich die lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Gemäss Grunwald und Thiersch (2004) können lebensweltliche Verhältnisse nicht nur „aus sich selbst“ bewältigt und verändert werden, sondern sind immer auch geprägt durch strukturelle, politische Rahmenbedingungen (S. 23). So macht lebensweltorientierte Soziale Arbeit ihre Expertise aus spezifischen Praxiserfahrungen in der politischen Auseinandersetzung geltend und setzt sich für gute und gerechte Lebensverhältnisse ihrer Adressatinnen und Adressaten ein sowie auch für Arbeitsbedingungen, innerhalb derer sie ihren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen kann (Thiersch, 2014, S. 332): „Angesichts der gesellschaftlichen Bedingtheit von Lebensverhältnissen ist sie verpflichtet zur Einmischung in die Poli-

⁸ Neben diesen Theorien existieren weitere Ansätze, mit denen sich ein politischer Auftrag Sozialer Arbeit begründen lässt. So kann zum Beispiel die gesellschaftliche Funktion Sozialer Arbeit im Sozialstaat (Bommes & Scherr, 2012, S. 144) als Grundlage dienen, um einen politischen Auftrag herzuleiten (Rieger, 2006, S. 91).

tikbereiche, welche die Strukturen von Lebenswelten prägen“ (Thiersch, 2000, S. 533). Das Prinzip der Einmischung als parteiliche Vertretung lebensweltlicher Erfahrungen und Probleme der Klientel auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen stellt ein konstitutives Merkmal des Konzepts der Lebensweltorientierung dar⁹ (Grunwald & Thiersch, 2004, S. 23).

Beide Theorien machen explizit deutlich, dass Soziale Arbeit sowohl in ihrer wissenschaftlichen Fundierung als auch in der praktischen Umsetzung eine politische Dimension hat: „Als Handlungstheorien ist ihnen [diesen Theorien] der politische Bezug quasi eingebaut“ (Benz & Rieger, 2015, S. 39). Aus dem gemeinsamen Grundtheorem beider Theorien, „Person-In-Environment“, das die Person immer in ihrer Umwelt verortet, resultiert „die doppelte Aufgabenstellung Sozialer Arbeit: Fallbezogene und fallübergreifende Arbeit mit dem Klientensystem und dem Leistungssystem“ (Heiner, 2010, S. 121). Sie zielt auf die Veränderung des Verhaltens von Personen (Einzelfall-Dimension) ebenso wie auf eine Veränderung der Verhältnisse, in denen sie leben (Gesellschaftsdimension) (ebd., S. 124). Dieses Verständnis einer doppelten Ausrichtung der Aufgabenstellung, die eine politische Funktion impliziert, entspricht auch der weltweit anerkannten Definition des internationalen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit [IFSW] (S. 6). Danach schliesst die Praxis der Sozialen Arbeit verschiedene Arbeitsweisen ein, unter anderem auch die Beteiligung an sozialpolitischen Diskursen sowie politische Interventionen (Schmocker, 2006, Definition Soziale Arbeit). Schliesslich bezieht auch der schweizerische Berufsverband „AvenirSocial“ (2010), in Anlehnung an die internationale Definition, klar Position und ruft die Professionellen der Sozialen Arbeit im Berufskodex explizit dazu auf, sich auf der Grundlage von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit politisch zu engagieren und zu vernetzen und sich für sozialpolitische Verbesserungen einzusetzen (S. 13). Die Professionellen werden dazu aufgefordert, der Politik ihr Wissen über soziale Probleme sowie deren Ursachen und Wirkungen auf individueller und struktureller Ebene zu vermitteln, sodass ihre Expertise nutzbar wird: „Soziale Arbeit initiiert ... sozialpolitische Interventionen und beteiligt sich ... an der Lösung struktureller Probleme“ (S. 6). Nicht zuletzt sollen sich Sozialarbeitende auch mit ihren staatsbürgerlichen Mitteln für eine demokratische Gesellschaft einsetzen (ebd., S. 13).

Neben theoretischen Begründungen existieren auch konkrete Fallbeispiele für eine aktive politische Einmischung der Sozialen Arbeit. Ein Blick auf die Geschichte der Sozialen

⁹ Eine kritische Auseinandersetzung mit der politischen Dimension der Lebensweltorientierung findet sich bei Kröger (2013). Er fordert eine Radikalisierung der Lebensweltorientierung und wirft Thiersch vor, dass dieser die politische Einmischung nur oberflächlich beschreibt (ebd., S. 232).

Arbeit zeigt, dass die Dualität der Bearbeitung sozialer Probleme einerseits auf der individuellen und andererseits auf der gesellschaftlichen Ebene bereits in den Anfangszeiten der Profession angelegt ist. So waren die Aktivitäten von Pionierinnen, wie zum Beispiel der Friedensnobelpreisträgerin und Sozialpolitikerin Jane Addams¹⁰ oder Alice Salomon teilweise stark durch politisches Engagement geprägt. Sie zeigten politischen Gestaltungswillen in einem politischen Engagement, „das keinen Vergleich zu scheuen braucht, beispielsweise in der internationalen Sozialpolitik, der Frauenbewegung und der Friedenspolitik“ (Mühlum, 2007, S. 16 – 17). Auch wenn individuelle Hilfe meist im Vordergrund stand, bilden Konzepte und Methoden von der Settlement-Bewegung¹¹ bis zur kritischen Sozialen Arbeit, den in einem strukturellen Reformbedarf gründenden, „unverzichtbaren zweiten Traditionsstrang“ Sozialer Arbeit (Benz & Rieger, 2015, S. 38). Auch in der Gegenwart lassen sich Beispiele finden, die aufzeigen, dass Soziale Arbeit nicht nur individuell durch einzelne Berufsangehörige (Kapitel 7), sondern zum Beispiel auch über ihre Berufsverbände Politik macht, um die Rahmenbedingungen ihres Handelns für sich und ihre Klienten mitzugestalten. So finden sich auf der Webseite¹² des Berufsverbandes „AvenirSocial“ unter anderem diverse Beispiele von Vernehmlassungsantworten sowie Hinweise auf Lobbying-Aktivitäten.

Zwischenfazit

Deutlich geworden sein sollte in den obigen Ausführungen, dass Skeptikerinnen und Skeptikern nicht nur gewichtige theoretische, sondern auch konkrete Fallbeispiele aus der Praxis zugunsten eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit entgegengehalten werden können. Bei einer Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und (Sozial-)Politik bzw. zur Begründung einer politischen Dimension Sozialer Arbeit lässt sich offenkundig feststellen: Soziale Arbeit ist politisch konstituiert und hat (auch) einen politischen Auftrag, den es professionell zu erfüllen gilt. Sie kann folglich aus dieser Perspektive nicht sinnvoll begriffen und nicht angemessen praktiziert werden, ohne den politischen Kontext zu berücksichtigen, von dem ihre Arbeitsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten abhängen.

¹⁰ Jane Addams wirkte zwar nicht im deutschsprachigen Raum, jedoch prägte sie mit ihrem Ansatz die Soziale Arbeit weltweit (Staub-Bernasconi, 2007, S. 49 – 99). Sie gründete 1889 eines der bekanntesten Settlements der USA, das „Hull House“, in einem Slum von Chicago. Eine Beschreibung der Internationalen Beziehungen Schweizerischer Sozialarbeit findet sich z. B. bei Sonja Matter (2011, S. 49 – 66).

¹¹ Zur Settlement-Bewegung in den USA siehe Wendt (2017a, S. 335) und in der Schweiz Epple und Schär (2015, S. 25 – 68). Angaben zum Transfer der Settlement-Ansätze in die Schweiz finden sich z. B. bei Sonja Matter (2011, S. 59 – 65).

¹² www.avenirsocial.ch

2.3 Politisierung von Sozialarbeitenden

Da war es wieder einmal, dieses Bild Sozialer Arbeit, das selbstverständlich davon ausgeht, Soziale Arbeit beschränke sich auf direkte Hilfe an Individuen. Es hat sich fest in die Köpfe der Bevölkerung ... und oft auch in diejenigen der SozialarbeiterInnen eingegraben.

(Staub-Bernasconi, 1995, S. 413)

Aus den theoretischen Begründungen des politischen Auftrags Sozialer Arbeit folgt nicht zwangsläufig eine praktische Verwirklichung. Dem aktuellen Fachdiskurs folgend sind sich Sozialarbeitende der politischen Dimension ihrer Tätigkeit zu wenig bewusst (etwa Benz & Rieger, 2015, S. 191; Dahme, Trube & Wohlfahrt, 2008, S. 269; Eberli & Müller, 2014, S. 11 – 13; Lallinger & Rieger, 2007, S. 85; Lorenz, 2006, S. 261; Maus, 2016, S. 88). Gemäss Lorenz (2006) tendieren sie dazu, ihre eigene Verstrickung in die Sozialpolitik nicht wahrzunehmen und sich eher auf die „zwischenmenschliche“ Dimension ihrer Arbeit zu konzentrieren (S. 261). Auch Dahme et al. (2008) kritisieren, dass sich Soziale Arbeit oft als „selbstreferentielles Geschehen“ betrachtet (S. 269). Damit meinen sie, dass der Sozialen Arbeit häufig die Einsicht fehlt, dass sie selbst und damit auch das methodische Handeln der Professionellen letztlich in hohem Masse (sozial-)politisch bestimmt ist (ebd.). Gemäss Seithe (2012) waren Sozialarbeitende jedoch nicht immer „in diesem Sinne unpolitisch“ (S. 397).

2.3.1 Einordnung vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen – ein verkürzter Blick auf die Geschichte

Blickt man auf die Geschichte der Sozialen Arbeit, so erkennt man tatsächlich Phasen einer mehr oder weniger stark wahrgenommenen Relevanz des Themas: Phasen der „Politikversessenheit“ und Phasen der „Politikvergessenheit“ (Benz et al., 2013, S. 9). Vermutlich denken beim Stichwort Politisierung in Verbindung mit der Sozialen Arbeit einige zuerst an die 68-er-Jahre. Das hat gute Gründe: Tatsächlich erreichte die Soziale Arbeit damals ihren politischen Höhepunkt, sowohl was die theoretische als auch die praktische Auseinandersetzung betrifft. Wie kaum je zuvor (und danach) bestand der Anspruch, mittels Sozialer Arbeit einen entscheidenden Einfluss auf die (sozial-)politische Entwicklung zu nehmen (Wendt, 2017b, S. 261 – 300). Im Zuge der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre riefen Studierende sowie Praktikerinnen und Praktiker der Sozialen Arbeit zu einer autonomen und politischeren Sozialen Arbeit auf¹³ (Stark, 2007, S. 73 – 75). Der

¹³ Im Fachdiskurs der Sozialen Arbeit ist die 68-er Bewegung umstritten. So unterstellt ihr Staub-Bernasconi (2013) eine „Ideologiefälligkeit“ aufgrund der teilweise stark sozialistischen Ausrichtung der Bewegung und der damit einhergehenden Instrumentalisierung von Klientinnen und Klienten (S. 42 – 46). Mühlum (2007) hält sie aus denselben Gründen gar für „fatal“ (S. 18).

Höhepunkt der politischen Sozialen Arbeit war, wie es scheint, auch ihr vorläufiges Ende. Auf die politische Phase der 1970er Jahre folgte in den 1980er Jahre eine „Therapeutsierungswelle“, die eine Vielzahl an Therapieformen hervorbrachte und auch die Theorieentwicklung Sozialer Arbeit stark geprägt hat (Wendt, 2017b, S. 301 – 317). Damit stand primär das Private im Fokus von Analyse und Bearbeitung sozialer Probleme und die politische Dimension Sozialer Arbeit geriet (auch) im Fachdiskurs zunehmend in den Hintergrund: „Politische Sozialarbeit wurde mehr und mehr durch Nichtthematizierung ausgegrenzt“ (Stark, 2007, S. 75). Nach einer kurzen aber umso hitzigeren Kontroverse um ein „politisches Mandat“ Sozialer Arbeit im Jahr 2001 (Kapitel 2.2), wird die Thematik im gegenwärtigen Fachdiskurs wieder vermehrt aufgegriffen.

2.3.2 Re-Politisierung Sozialer Arbeit (?)

Häufig genannte Ausgangspunkte der aktuellen Beiträge zur politischen Dimension Sozialer Arbeit markieren die seit einigen Jahren wahrnehmbaren Transformationsdynamiken (primär) in der gesellschaftlichen Teilsphäre der Politik: die zunehmende Neoliberalisierung und Ökonomisierung weiter Bereiche der Gesellschaft und damit zusammenhängend der Wandel vom „klassischen“ zum „aktivierenden“ Sozialstaat (Galuske & Rietzke, 2008, S. 400 – 401; Olk, 2009, S. 23). Seit den 1990er Jahren vollzieht sich dieser Wandel gemäss dem Soziologen Ueli Mäder (2009) auch in der Schweiz¹⁴ (S. 35). Weil Sozialpolitik und Soziale Arbeit, wie in Kapitel 2.1 beschrieben, immer aufeinander verweisen, bleiben konzeptionelle Veränderung der Sozialpolitik bzw. sozialpolitische Programme nicht ohne Auswirkungen auf die Praxis (und Disziplin) Sozialer Arbeit und schlussendlich auf die Klientel. Die gegenwärtigen Transformationsprozesse sind gemäss Bakic, Diebäcker und Hammer (2008) von einer ökonomisierenden Logik gekennzeichnet, die Ungleichheiten und Ausgrenzungsprozesse verschärfen und die Lebenslage der Adressatinnen und Adressaten sowie auch die Arbeitsbedingungen der Professionellen (negativ) beeinflussen (S. 7)¹⁵. Im Zuge dieser gesellschaftspolitischen Entwicklungen wird mit einer auffallenden Konjunktur eine aktive(re) Einmischung und Beteiligung der Professionellen am politischen Diskurs eingefordert: „Politische SozialarbeiterInnen' [sind] SozialarbeiterInnen, die sich nicht zum Objekt herrschender Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekte versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mitbedin-

¹⁴ Ein Ziel dieser Neuausrichtung des Sozialstaates ist die Aktivierung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger durch eine Politik des „Fördern und Fordern“. Das zeigt sich vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wer in eine Krisensituation gerät ist primär selberschuld, bedarf einer „Aktivierung“ und hat für die bezogenen sozialstaatlichen Leistungen eine Gegenleistung zu erbringen (Wyss, 2011, S. 10).

¹⁵ In den sich häufenden Stellungnahmen und Analysen von wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern werden (vor allem problematische) Folgen und Konsequenzen der Ökonomisierung auf die Profession beschrieben (etwa Bakic et. al, 2008; Müller, Mührel & Birgmeier, 2016; Seithe, 2012).

gen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten“ (Stark, 2007, S. 70). Auch Seithe (2014) schreibt: „Die MitarbeiterInnen der Sozialen Arbeit ... sind m.E. für eine Politisierung Sozialer Arbeit unverzichtbar und von ihrer Politisierung oder Nichtpolitisierung wird es letztlich abhängen, ob die Profession immer wieder vereinnahmt wird und ein fremdbestimmtes Marktgeschehen bleibt“ (S. 41). Häufig werden diese Forderungen unter dem Stichwort „(Re-)Politisierung“ Sozialer Arbeit diskutiert¹⁶(etwa Lallinger & Rieger, 2007; Stender & Kröger, 2013). Die Forderung einer (Re-)Politisierung *Sozialer Arbeit* übersieht jedoch die Erkenntnis, dass Soziale Arbeit immer politisch ist: Indem Sozialarbeitende an der Umsetzung politischer Vorgaben in Form von Gesetzen und Programmen mitwirken, können sie *nicht* nicht politisch handeln. Gemäss Mühlum (2009) tragen sie entweder dazu bei, den Status quo gesellschaftlicher Verhältnisse zu reproduzieren bzw. zu stabilisieren oder sie arbeiten an der Veränderung der Rahmenbedingungen ihres Handelns (S. 326). In der Folge handeln sie bewusst oder unbewusst politisch – dort, wo sie ihren Gestaltungsspielraum aktiv nutzen, aber auch dort, wo sie sozialpolitische Vorgaben ohne Bewusstsein ihrer sozialpolitischen Implikationen umsetzen: „Eine unpolitische Soziale Arbeit ist demnach nicht denkbar“ (Güntner & Langer, 2014, S. 241).

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen braucht es vielmehr eine (Re-)Politisierung der *Professionellen* Sozialer Arbeit, denn es hängt in erster Linie vom Engagement der einzelnen Akteurinnen und Akteure Sozialer Arbeit ab, ob, und in welchem Umfang sowie in welcher Form der politische Auftrag Sozialer Arbeit umgesetzt wird (Eberli & Müller, 2014, S. 13; Rieger, 2007, S. 91). Als Basis für politisches Handeln gilt es gemäss Seithe (2012) in einem ersten Schritt, Zusammenhänge zu begreifen und kritisch zu hinterfragen, sowie sich selbst als Faktor im Spiel der gesellschaftlichen Kräfte zu erkennen (S. 405). Politisches Handeln setzt ein politisches Bewusstsein hinsichtlich der Möglichkeit voraus, dass gesellschaftliche Verhältnisse über eine Einflussnahme auf kollektive Entscheidungsprozesse verändert (bzw. auch erhalten) werden können (Gil, 2006, S. 75; Wagner, 2008, S. 65). So schreibt Dischler (2014): „Voraussetzung für politisches Handeln sind Sozialarbeiter_innen mit politischem Bewusstsein“ (S. 114). Seithe (2012) kommt zum Schluss: „Wir brauchen politisch reflektierte und politisch aktive Menschen in unserer Profession“ (S. 440). Dazu ist es ihrer Meinung nach erforderlich „... sich über die notwendigen inneren Politisierungsprozesse Gedanken zu machen“ (Seithe, 2014, S. 45). Vor dem Hintergrund

¹⁶ Die Diagnose einer veränderten sozialstaatlichen Programmatik im aktivierend Staat sowie die damit verbundene Forderung nach einer politischen Einmischung Sozialer Arbeit sind auch Ausgangspunkt zahlreicher Veröffentlichungen unter der Überschrift „kritische Soziale Arbeit“ (z. B. Anhorn, Bettinger, Horlacher & Rathgeb, 2012; Epple & Schär, 2015; Panitzsch-Wiebe, Becker & Kunstreich, 2014; Seithe, 2012; Stender & Kröger 2013). Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Gruppe homogener Akteure; die Positionen der Autorinnen und Autoren variieren genauso wie die Reichweite der politischen Forderungen.

dieser Annahmen stellt sich die Frage, wie es bei Sozialarbeitenden zu solch „inneren Politisierungsprozessen“, um bei Seithe's Wortwahl zu bleiben, kommt. Damit rückt die der vorliegenden Master-Thesis zugrundeliegende und in der Einleitung vorgestellte Fragestellung (zurück) in den Fokus.

2.4 Sozialarbeitende und (partei-)politisches Handeln: Zum Stand der Forschung

Obwohl eine aktive politische Einflussnahme von Sozialarbeitenden im gegenwärtigen Fachdiskurs grösstenteils bejaht und auch eingefordert wird, bleiben Ausführungen zur Gestalt und zur praktischen Umsetzung dieser geforderten Einmischung eher diffus. Generell scheint Soziale Arbeit in Verbindung mit Politik ein Thema zu sein, welchem bislang in der Forschung kaum Interesse entgegengebracht wurde und das entsprechend wenig erforscht ist. Diese Einschätzung vertreten auch Benz und Rieger, wenn sie in der Einleitung ihrer 2015 neu erschienenen Publikation „Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit“ schreiben: „Zur Aufklärung und Weiterentwicklung politischer Praxis der Sozialen Arbeit tragen die Disziplinen der Politikwissenschaft und der Sozialen Arbeit bisher zu wenig bei“ (S. 10). Die Anzahl Veröffentlichungen, welche Politik und politisches Handeln aus der Perspektive der Handlungswissenschaft Sozialer Arbeit untersucht, ist beschränkt und es werden lediglich Teilaspekte thematisiert (ebd.). Sozialarbeitende, die sich parteipolitisch engagieren bzw. ein politisches Amt bekleiden, scheinen in der Schweiz¹⁷ bislang keine wissenschaftliche Neugierde zu erwecken bzw. nicht Gegenstand der Forschung zu sein. So konnte im Rahmen der erfolgten Rechercharbeiten keine empirische Untersuchung ausfindig gemacht werden, welche sich dieser Zielgruppe zuwendet und deren Politisierungsprozesse analysiert. Weder die ausführliche Recherche in zahlreichen Hochschulbibliotheken innerhalb der Schweiz, noch Onlinerecherchen in relevanten Datenbanken (z.B. WISO) ergaben verwertbare Treffer. Auch Rieger (2007) kommt zum Schluss, dass bisher kaum empirische Erkenntnisse zur Politisierung von Sozialarbeitenden existieren: „Hier eröffnet sich ein weites, unbeackertes Feld für sozialarbeitspolitische Forschung“ (S. 85). Einzig in Biografien von Pionierinnen Sozialer Arbeit, die parallel zur ihrer beruflichen Tätigkeit in der Sozialen Arbeit auch politisch engagiert waren (S. 15), lassen sich Anhaltspunkte und Hinweise auf Motive und Hintergründe finden, die dem je spezifischen (partei-)politischen Engagement zugrunde liegen¹⁸.

¹⁷ Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt: In den USA wird parteipolitisches Engagement von Sozialarbeitenden gezielt erforscht und gefördert (National Association of Social Workers [NASW], 2016, Advocacy).

¹⁸ So z. B. in der Biografie der Schweizer Pionierin Mentona Moser (1874 – 1971). Moser war in der sozialdemokratischen Partei (SPS) und später in der kommunistischen Partei engagiert (Matter, 2011, S. 54 – 66; Moser, 1986, S. 84). Fündig wird man auch in der Biografie von Jane Addams (Eberhardt, 1995, S. 38, 149).

3 Politisches Engagement – Erklärungsansätze aus der politischen Soziologie

Wer sich auf die Suche nach generellen wissenschaftlichen Erklärungsansätzen für die Entstehung von politischem Engagement begibt, also nach wissenschaftlichen Antworten sucht, warum sich Menschen politisch beteiligen, wird in der politischen Soziologie¹⁹ fündig. Dort wird politisches Engagement bzw. politische Partizipation²⁰ als eine spezifische Form des politischen Handelns²¹ bereits seit längerer Zeit empirisch untersucht. In der politikwissenschaftlichen Literatur existieren zahlreiche Definitionen politischer Partizipation. Wiederholt Bezug genommen wird auf die Definition von Kaase (2000), der darunter eine Reihe von Handlungen versteht, die Bürgerinnen und Bürger „einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen und/oder selbst zu treffen“ (S. 466). Folgt man dieser Definition, beinhaltet politische Partizipation alle freiwilligen Aktivitäten, die auf politische Entscheidungen gerichtet sind. Dabei lassen sich *konventionelle* (institutionelle), und *unkonventionelle* (nicht-institutionelle) Formen der politischen Partizipation unterscheiden (Pickel, 2012, S. 41). Die *konventionellen* Formen beinhalten traditionelle Partizipationsformen wie zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen, die aktive Mitarbeit in einer politischen Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes in der Legislative oder Exekutive. Für die Schweiz kommen die Beteiligung an Abstimmungen und das Sammeln von Unterschriften für eine Initiative oder ein Referendum hinzu (Kapitel 4). Unter die *unkonventionellen* Formen, welche nicht durch gesetzliche Regelmäßigkeit gestaltet sind, werden zum Beispiel die Teilnahme an (legalen / illegalen) Demonstrationen, Boykotts und soziale Bewegungen subsumiert²² (ebd., S. 41 – 43). In der vorliegenden Master-Thesis liegt der Fokus primär auf der *konventionellen* politischen Beteiligung: Es interessiert die Frage, welche Faktoren bei Sozialarbeitenden für ein *parteiliches* politisches Engagement bzw. für die Übernahme eines politischen Amtes ausschlaggebend sind.

In der Politikwissenschaft existieren verschiedene Forschungsstränge, die sich mit der Frage auseinandersetzen, warum sich Menschen politisch beteiligen bzw. wie partizipatives politisches Handeln entsteht (Priller, 2010, S. 203 – 208). Als besonders wichtig für die

¹⁹ Der Standort der Politischen Soziologie zwischen den beiden Disziplinen, die sie bereits im Namen trägt, ist nach wie vor ungeklärt (Kissler, 2007, S. 3; Kaina & Römmele, 2009, S. 12). Gemäss Kissler (2007) bildet die Politische Soziologie „das Scharnier“ zwischen Soziologie und Politikwissenschaft (S. 14).

²⁰ Die Begriffe politische Partizipation, politisches Engagement und politische Beteiligung werden in der politikwissenschaftlichen Literatur in der Regel synonym verwendet (Kaase, 2002, S. 350; Schmidt, 2010, S. 614).

²¹ Zu weiteren Formen politischen Handelns siehe z. B. Niedermayer (2005, S. 156 – 250).

²² Dabei enthält der Begriff „unkonventionell“ immer einen dynamischen Aspekt: Was heute als unkonventionell gilt, kann schon morgen zu den Standardformen politischer Partizipation gehören (Kaase, 2002, S. 352).

nachfolgende empirische Untersuchung erscheinen die politische Partizipationsforschung sowie die politische Sozialisationsforschung – als Teilgebiete der politischen Soziologie –, die den Gegenstand aus je unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Zur Partizipationsforschung gehört einerseits die deskriptive Beschreibung des politischen Partizipationsverhaltens (z. B. Wahlbeteiligung). Daneben ist jedoch auch von Interesse, welche Faktoren (Ursachen und Motive) die politische Beteiligung beeinflussen (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 55). Die politische Sozialisationsforschung untersucht unter anderem, welche Faktoren während der Sozialisation²³ ausschlaggebend sind, damit ein Individuum (auch) politisch sozialisiert wird und wer die zentralen Sozialisationsinstanzen während dieser Phasen darstellen (Rippl, 2015, S. 733). Im Folgenden werden ausgewählte, für die vorliegende Untersuchung als relevant erachtete Erklärungsansätze der beiden Forschungsstränge dargelegt.

3.1 Aspekte der politischen Sozialisation

Greiffenhagen (2002) bringt verschiedene politische und theoretische Positionen auf die beiden kürzesten und ihrer Meinung nach von allen Disziplinen akzeptierte Definitionen. Politische Sozialisation bezeichnet dann „entweder den *Lernprozess* innerhalb dessen ein Individuum sich jene Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Fähigkeiten und Werte *aneignet*, welche politisches Bewusstsein und politisches Verhalten strukturieren und lenken ... ; oder den *Lernprozess* innerhalb dessen einem Individuum jene Persönlichkeitsmerkmale *vermittelt* werden“ (S. 408). Aus sozialisationstheoretischer Sicht kann politische Partizipation folglich als Ergebnis von Sozialisationseinflüssen verstanden werden, die eigene Beteiligung des Individuums ist jedoch mit zu bedenken. Als zentrale politische Sozialisationsinstanzen gelten die Familie, die (Hoch-)Schule, Gleichaltrige (Peers) und in zunehmenden Masse auch die Medien (Rippl, 2015, S. 741). Da der Familie für Sozialisationsprozesse im Allgemeinen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird, „weil Familien in der Regel die früheste und nachhaltigste Prägung der Persönlichkeit ... vornehmen“ (Hurrelmann, 2006, S. 127), spielt sie auch bei der politischen Sozialisation eine zentrale Rolle. Obwohl politische Sozialisation nicht auf eine spezifische Lebensphase beschränkt ist, sind sich verschiedene Autorinnen und Autoren einig, dass das spätere politische Verhalten in der Kindheit und Jugend wesentlich vorgeprägt wird. Ein umfassendes Sammelwerk zur politischen Sozialisation haben Claussen und Geissler (1996) mit ihrem Handbuch „Die Politisierung des Menschen“ verfasst. Geissler analysiert darin verschiedene Studienergebnisse und gelangt zum Schluss, dass die Familie das spätere politische Partizipationsverhalten der Kinder massgeblich beeinflusst (S. 58). So können insbesondere Eltern, die selbst

²³ Es wird von der Definition des Sozialisationsbegriffs nach Hurrelmann (2006) ausgegangen (S. 7).

politisch interessiert und aktiv sind, als Verhaltensvorbilder für die Kinder wirken (Hopf & Hopf, 1997, S. 133). Insgesamt haben sich jedoch auch politische Diskussionen im Elternhaus als bedeutender Einflussfaktor auf das Partizipationsverhalten Jugendlicher herausgestellt: In Familien, in denen häufig über Politik gesprochen wird, besteht eine höhere politische Aktivitätsbereitschaft, da sich politische Diskussionen positiv auf das politische Interesse auswirken bzw. das politische Interesse erhöhen (Kuhn, 2000, S. 55; Rippl, 2015, S. 742). Nachfolgend wird *politisches Interesse* als Begriff aus den Politikwissenschaften entlehnt. Diese definiert es als eine generell der Politik zugewandte Aufmerksamkeit (Neller, 2002, S. 489). Gemäss Krapp (1992) kann sich *individuelles Interesse* nur dann entwickeln, wenn ein Individuum mit einem Interessengegenstand in Kontakt kommt (S. 323). Dieser Kontakt kann durch zufällig auftretende oder auch gezielt ausgelöste Anreize aus der Umwelt resultieren, wie zum Beispiel fremdbestimmte Forderungen an das Individuum, sich mit einem bestimmten Thema auseinanderzusetzen (ebd.). Diese Zusammenhänge verdeutlichen, dass eine Auseinandersetzung mit politischen Themen erfolgen muss, bevor ein *politisches Interesse* überhaupt entstehen kann.

3.2 Das Civic Voluntarism Model

In der politischen Partizipationsforschung existieren zahlreiche Ansätze zur Erklärung politischer Partizipation²⁴. Bereits 1972 entwickelten die amerikanischen Autoren Verba & Nie das in der Partizipationsforschung prominente „sozioökonomische Standardmodell politischer Partizipation“ (SES-Modell), demzufolge die Chance, sich konventionell politisch zu engagieren, positiv vom individuellen sozioökonomischen Status (Bildung, Einkommen und gesellschaftliche Position) beeinflusst wird (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 75 – 76). Die Relevanz sozioökonomischer Ressourcen für konventionelle Aktivitäten konnte in diversen Studien empirisch belegt werden: „Es sind eindeutig die höher gebildeten, zu den höheren Einkommensgruppen und Schichten gehörenden männlichen Bürger²⁵, die überdurchschnittlich partizipieren“ (van Deth, 2009, S. 153). Unklar blieb jedoch, weshalb dies der Fall ist. 1995 wurde das SES-Modell deshalb kritisch überprüft und von Verba, Scholzman & Brady zum so genannten „Civic Voluntarism Model“ (CVM) weiterentwickelt, das gemäss Vetter und Remer-Bollow (2017) inzwischen als das Standardmodell zur Erklärung politischer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gilt (S. 82). Das Modell identi-

²⁴ Die Partizipationsforschung befasst sich dabei primär unter Verwendung *quantitativer* Methoden mit der Frage, wie und warum sich Bürgerinnen und Bürger politisch auf konventionelle (und unkonventionelle) Weise beteiligen (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 60).

²⁵ Das Geschlecht als Einflussgrösse politischer Partizipation steht in der vorliegenden Untersuchung nicht im Fokus. Bisherige Forschungsbefunde deuten jedoch darauf hin, dass Frauen vor allem bei als konventionell eingestuften Aktivitäten deutlich weniger partizipieren als Männer (Westle, 2001, S. 131). Westle (2001) kommt zum Schluss, dass die geringere Partizipation von Frauen primär sozialisations- und situationsbedingt ist (S. 161).

fiziert drei Erklärungsfaktoren politischer Beteiligung: *Ressourcen*, *individuelle Motive* und *mobilisierende Netzwerke*²⁶ (ebd., S. 82). Die Unterscheidung in die drei Bereiche findet mittlerweile auch in vielen deutschsprachigen empirischen Untersuchungen zur politischen Partizipation Anwendung (z. B. Lüdemann, 2001, S. 43 – 72; Rohrbach, 2012). Nachfolgend werden die drei Erklärungsfaktoren genauer betrachtet.

Der Faktor *Ressourcen* setzt sich zusammen aus den drei Aspekten Zeit, Geld und Fähigkeiten. Diese werden hauptsächlich über den sozialen Status sowie das Bildungsniveau bestimmt (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 82). Konkret gelten dabei vor allem kommunikative und organisatorische Fähigkeiten als wichtige Voraussetzung, um politisch effektiv für die eigenen Belange eintreten zu können. Um sich politisch beteiligen zu können, muss ausserdem ausreichend Zeit vorhanden sein: Insbesondere institutionalisierte Beteiligungsformen, wie die Übernahme von politischen Ämtern, benötigen dauerhaft grosse zeitliche Ressourcen. Nicht zuletzt sind gemäss dem CVM finanzielle Ressourcen eine zentrale Voraussetzung für eine politische Beteiligung; Einerseits muss man es sich leisten können, Zeit für die politische Beteiligung aufzuwenden, und andererseits ist zum Beispiel eine Mitgliedschaft in einer Partei mit Mitgliederbeiträgen verbunden. Das CVM geht davon aus, dass die politische Beteiligung mit steigender Ressourcenausstattung zunimmt (ebd., S. 82 – 84). Unter dem Erklärungsfaktor *mobilisierende Netzwerke* wird das soziale, ehrenamtliche Engagement (Mitgliedschaft sowie aktive Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Gruppen) berücksichtigt (ebd., S. 85). Der positive Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Engagement wurde dabei in diversen Studien immer wieder bestätigt²⁷ (etwa Kunz & Gabriel 2000, S. 47; Rohrbach, 2012, S. 254; Steinbrecher, 2009, S. 290). Die Analysen zeigen, dass insbesondere Beteiligung an konventionellen Formen politischer Partizipation durch soziales Engagement der Bürgerinnen und Bürger gefördert werden. Dies wird einerseits damit begründet, dass Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Gruppen einer Person die Möglichkeit eröffnen, bestimmte Kompetenzen bzw. Fähigkeiten zu erwerben, die sich auch im politischen Leben einsetzen lassen. Andererseits bietet soziales Engagement die Möglichkeit, politisch aktive Personen kennenzulernen, die stimu-

²⁶ In einer umfassend angelegten Untersuchung gingen die amerikanische Autorinnen und Autoren Fragen der politischen Partizipation in der amerikanischen Gesellschaft nach. Die Frage warum Menschen sich nicht politisch beteiligen, führte sie dabei zu folgenden Antworten: „Because they can't; because they don't want to; or because nobody asked“ (Verba et al., 2001, S. 269). Im Umkehrschluss folgern sie, dass für politische Partizipation drei Faktoren zentral sind: Ressourcen, individuelle Motive und mobilisierende Netzwerke.

²⁷ Ein Problem bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen sozialem und politischem Engagement ergibt sich durch die Schwierigkeit, politische Partizipation klar von sozialer Partizipation zu trennen. Aufgrund der für moderne Gesellschaften typisch engen Verflechtung zwischen gesellschaftlichem und politischem Bereich kann fast jedes Handeln politische Bedeutsamkeit annehmen (Steinbrecher, 2009, S. 71). Üblicherweise wird in Untersuchungen zur politischen Partizipation (analytisch) zwischen politischer und sozialer Partizipation unterschieden, um damit auch deren Beziehungsstruktur untersuchen zu können (ebd.).

lierend auf die eigene politische Beteiligung wirken können. Insbesondere betreffend den „akuten Entscheidungsmoment“ für einen Parteibeitritt können Ermunterungen aus dem sozialen Umfeld häufig den ausschlaggebenden Anstoss geben (Laux, 2011, S. 74 – 75). Dabei haben Studien gezeigt, dass auch die Art sowie der Intensitätsgrad des jeweiligen sozialen Engagements berücksichtigt werden müssen: Wer in Vereinen und Verbänden mit einer ausgeprägten politischen Zielsetzung (wie zum Beispiel in einer Gewerkschaft, die genuin politisch ausgerichtet ist) sowie *intensiv* sozial engagiert ist (das heisst über eine passive Mitgliedschaft hinaus *aktiv* mitarbeitet), wird sich stärker politisch beteiligen (Steinbrecher, 2009, S. 70).

Neben der Ressourcenausstattung sowie der Bedeutung der Eingebundenheit in mobilisierende Netzwerke spielt schliesslich auch der dritte Erklärungsfaktor, die *individuellen Motive*, bei der Erklärung politischer Partizipation gemäss dem CVM eine zentrale Rolle. Politisches Handeln erfordert, wie Handeln überhaupt, eine Motivation: „Motive sind ... die Antriebsenergie des Handelns“ (Massing, 2012, S. 260). Sie geben keine Antwort darauf, *wie* jemand handelt, sondern versuchen zu erklären, *ob* jemand überhaupt handelt (ebd.). Zu den wichtigsten Indikatoren der politischen Motivation zählt gemäss dem CVM das politische Interesse, welches in der politischen Partizipationsforschung generell als „Vorstufe“ für politische Beteiligung gewertet wird (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 85). Es gibt einige empirische Evidenz dafür, dass subjektives politisches Interesse, als Teilaspekt von politischem Bewusstsein²⁸, Handlungsrelevanz besitzt, also direkt zu einer grösseren politischen Handlungsbereitschaft führt (Neller, 2002, S. 489). Politisches Interesse als Voraussetzung ist jedoch kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal, sondern eher ein subjektiver Aktivierungszustand, der mit biografischen Phasen variiert und situationsspezifisch im Zusammenhang mit äusseren Ereignissen steht (Massing, 2012, S. 265). So haben Studien gezeigt, dass sich zum Beispiel persönliche Betroffenheit durch bestimmte politische Ereignisse auf das Niveau des politischen Interessens auswirken (Neller, 2002, S. 490). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Frage, warum sich Menschen politisch beteiligen nach dem „Civic Voluntarism Modell“ folgendermassen beantwortet werden kann: Sie müssen sich beteiligen *wollen* (Motive), beteiligen *können* (Ressourcen) sowie zum Engagement *angeregt werden* (mobilisierende Netzwerke) (Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 86).

²⁸ Politisches Bewusstsein wird in den Politikwissenschaften als „die Summe aller Orientierungen“, die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das gesellschaftliche Teilsystem der Politik besitzen definiert (Kaase, 2002, S. 484).

4 Politische Partizipationsmöglichkeiten in der Schweiz

Politisches Engagement wird nicht nur durch individuelle Motive beeinflusst, sondern auch durch verschiedene strukturelle Charakteristika des politischen Systems, in dem Personen leben. Damit es zu einer politischen Beteiligung kommt, müssen gemäss Pickel (2012) sowohl der Wille als auch die strukturellen Möglichkeiten zu dieser Beteiligung gegeben sein (S. 40). Mit Blick auf die forschungsleitende Fragestellung stellt sich folglich die grundlegende Frage, welche politischen Partizipationsmöglichkeiten und damit verbunden, welche politischen Einflussmöglichkeiten, in der Schweiz überhaupt bestehen. Welche Formen der politischen Partizipation in einem Land möglich sind, darüber gibt die jeweilige Herrschafts- bzw. Staatsform Aufschluss. Die ihr zugrundeliegenden Werte und ihre Ordnung bestimmen, inwieweit sich wer am Politischen beteiligen kann (Massing, 2012, S. 260).

In einer direkten Demokratie wie der Schweiz spielt die politische Partizipation eine zentrale Rolle: Eine möglichst weitreichende und breite politische Partizipation gilt als konstitutives Merkmal einer Demokratie, da diese auf der Idee der Selbstregulierung der Bürgerinnen und Bürger basiert (van Deth, 2009, S. 141). Die Schweiz verfügt gemäss Vatter (2014) über weltweit einmalig ausgebaute direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten (S. 552). Es bieten sich folglich zahlreiche Möglichkeiten zur Mitgestaltung in politischen Prozessen. Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die volljährig und urteilsfähig sind, dürfen einerseits Personen wählen (aktives Wahlrecht) und an Volksabstimmungen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene teilnehmen (Stimmrecht). Andererseits haben sie die Möglichkeit, selbst für ein politisches Amt auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene zu kandidieren (passives Wahlrecht). Neben dem Wahlrecht besteht die Möglichkeit, Unterschriften für eine Volksinitiative oder ein Referendum zu sammeln. Für Ausländerinnen und Ausländer, deren Anteil gegenwärtig ein Viertel (25 Prozent) der Bevölkerung in der Schweiz ausmacht (Bundesamt für Statistik [BFS], 2016, S. 8), bestehen eingeschränkte Möglichkeiten politischer Partizipation. Auf Bundesebene sind sie von den eben genannten Formen der politischen Beteiligung ausgeschlossen²⁹ (Eidgenössische Migrationskommission [EKM], 2015, politische Partizipation). Für eine umfassende politische Teilnahme und Teilhabe ist jedoch in der Schweiz nicht nur das Stimm- und Wahlrecht bedeutsam. So können Personen ihre Meinung in politische Diskussionen einbringen, indem sie beispielsweise ihre Ansichten schriftlich veröffentlichen oder sich Vereinen und/oder Ver-

²⁹ Laut Bundesverfassung können die Kantone entscheiden, ob und inwiefern sie die ausländische Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse miteinbeziehen. Wer an Abstimmungen oder an Wahlen teilnehmen darf, ist daher, aufgrund des Föderalismus in der Schweiz, je nach Kanton und Gemeinde unterschiedlich (EKM, 2015, Politische Partizipation).

bänden anschliessen, die politisch ausgerichtet sind. Diese Formen politischer Beteiligung gelten für die gesamte Bevölkerung. Freiheitsrechte, wie Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, und allgemeine Meinungsäusserungsfreiheit werden durch die Bundesverfassung, die europäische Menschenrechtskonvention und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakt II) gestützt und sichern diese Formen der politischen Teilhabe (ebd.).

5 Forschungsfrage und Unterfragestellungen

Im Anschluss an die theoretische Einbettung der Untersuchung wird in diesem Kapitel die Herleitung bzw. Präzisierung der forschungsleitenden Fragestellung aufgezeigt. Vorwegzunehmen ist, dass das Forschungsvorhaben der vorliegenden Master-Thesis stark explorativ ausgerichtet ist – es werden demnach keine Hypothesen gebildet und überprüft. Damit geht eine grundlegend andere Einbindung theoretischer Kenntnisse einher. Bei einer explorativ angelegten Untersuchung dienen sie primär dazu, die Forschungsfrage zu präzisieren und die jeweiligen Ergebnisse entsprechend einzuordnen (Kelle & Kluge, 2010, S. 28 – 30).

Dass (Sozial-)Politik die Kontextbedingungen Sozialer Arbeit wesentlich prägt, scheint im aktuellen Fachdiskurs Sozialer Arbeit unbestritten. Die Frage, ob sich Sozialarbeitende ihrerseits aktiv am politischen Diskurs beteiligen sollen, wird jedoch immer wieder kontrovers diskutiert. Obwohl sich nach wie vor skeptisch bis ablehnende Positionen finden lassen (Kapitel 2.2), überwiegen im aktuellen Fachdiskurs Stellungnahmen, die einen politischen Auftrag Sozialer Arbeit befürworten bzw. politisches Engagement von Sozialarbeitenden explizit einfordern (Kapitel 2.3). Damit wird deutlich, dass die in der vorliegenden Master-Thesis vertretene Perspektive eines wechselseitig aktiven Verhältnisses zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik (Kapitel 2.1) an den gegenwärtigen Fachdiskurs betreffend die politische Dimension Sozialer Arbeit anschliesst. Voraussetzung einer aktiveren politischen Einflussnahme Sozialer Arbeit sind, folgt man dem aktuellen Fachdiskurs, Professionelle, die sich der politischen Dimension ihrer Tätigkeit bewusst und darüber hinaus bereit dazu sind, (auch) ihren politischen Auftrag wahrzunehmen und sich somit aktiv am politischen Diskurs zu beteiligen (Kapitel 2.3). Obwohl der politische Auftrag gegenwärtig grösstenteils bejaht wird, existieren bisher kaum empirische Untersuchungen zum politischen Handeln von Sozialarbeitenden (Kapitel 2.4). Diese Ausgangslage hat zur Bildung der forschungsleitenden Fragestellung geführt, die bereits in der Einleitung vorgestellt wurde: *Wie kommt es dazu, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren?* Am Beispiel von *parteipolitisch* aktiven Sozialarbeitenden wird untersucht, wie politisches Engagement bei Sozialarbeitenden entsteht.

Da zu Politisierungsprozessen von Sozialarbeitenden keine empirischen Ergebnisse auffindig gemacht werden konnten, wurden ausgewählte Theorien bzw. empirische Erkenntnisse aus der politischen Soziologie herangezogen, die wissenschaftliche Antworten auf die Frage liefern, warum sich Menschen (generell) politisch beteiligen (Kapitel 3). Aus den Erklärungsansätzen der politischen Sozialisations- und Partizipationsforschung kann abge-

leitet werden, dass es verschiedene Aspekte bzw. Faktoren gibt, die politisches Engagement anregen bzw. begünstigen und unterstützen. So scheinen, folgt man Greiffenhagen (2002), aus sozialisationstheoretischer Sicht primär politische Sozialisationsinstanzen an der Herausbildung einer Engagementbereitschaft beteiligt. Verba et al. (2001) nennen in ihrem in der politischen Partizipationsforschung prominenten CVM die drei Faktoren *Resources*, *individuelle Motive* sowie *mobilisierende Netzwerke*, die partizipatives politisches Handeln erklären. Vor dem Hintergrund dieser Annahme kann die forschungsleitende Fragestellung im Hinblick auf die nachfolgende empirische Untersuchung präzisiert bzw. in Unterfragestellungen aufgegliedert werden. Im Sinne einer explorativen Untersuchung, wie der vorliegenden, werden jedoch (auch) die Unterfragestellungen möglichst offen formuliert, damit auch weitere bzw. ‚neue‘ Aspekte und Faktoren in die Analyse miteinbezogen werden können. Der Vollständigkeit halber wird im Zusammenhang mit begünstigenden Faktoren für politisches Engagement zudem auch nach Hindernissen gefragt. Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen werden die folgenden Unterfragestellungen formuliert:

- *Welches sind begünstigende, unterstützende Faktoren und Motive, die dazu führen, dass sich Sozialarbeitende aktiv in der Parteipolitik engagieren? Gilt es dabei auch Hindernisse zu überwinden, und welche sind diese?*
- *Welches sind, aus Sicht von parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden, wichtige Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln?*

Um schliesslich den Kontext erfassen zu können, vor dem das jeweilige politische Engagement entsteht, werden zusätzlich Angaben zum beruflichen und politischen Werdegang erhoben. Daraus lässt sich eine dritte Unterfragestellung formulieren:

- *Welcher berufliche und politische Werdegang liegt dem aktiven parteipolitischen Engagement von Sozialarbeitenden zugrunde?*

6 Methodisches Vorgehen

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Master-Thesis gründet hauptsächlich darauf zu erschliessen, wie es dazu kommt, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren. Zu dieser spezifischen Fragestellung liegen, wie erwähnt (Kapitel 2.4), bisher weder empirischen Ergebnisse noch theoretische Konzepte vor. Es geht demnach um die Exploration eines wenig erforschten Gegenstandes. Die Untersuchung eines empirisch und theoretisch wenig durchdrungenen Forschungsfelds kann gemäss Rosenthal (2014) mit qualitativen Forschungsmethoden am besten geleistet werden, da diese eine offene Datenerhebung und Auswertung ermöglichen (S. 18). Nachfolgend wird dargelegt, welche Methoden der Datenerhebung, des Samplings, der Datenaufbereitung sowie der Datenauswertung angewendet wurden und warum diese Methoden im konkreten Forschungskontext als besonders geeignet und im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse als besonders aussagekräftig erachtet werden. Im Anschluss werden die Grenzen des Forschungsansatzes erläutert.

6.1 Datenerhebung

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden. Eine Möglichkeit, die Prozesse der Aneignung von Erfahrungen zu analysieren, die für Politisierungsprozesse relevant sind, stellt das theoretische Konzept der Biografie dar (Dausien, 2002, S. 78). Biografie knüpft nach Dausien an eine alltagsweltliche Konstruktion an, mit der Subjekte in "je historisch-konkreten und kulturell spezifischen Formen" ihr Handeln orientieren und durch die dieses Handeln strukturiert wird: „Als Kategorie der Selbsteutung [wird sie] von den Teilnehmern der Lebenswelt zu einem je individuellen Sinnzusammenhang verarbeitet" (ebd.). Die biografische Perspektive kann folglich dabei helfen zu verstehen, wie sich politisches Engagement entwickelt, da die Eigenperspektive der handelnden Subjekte thematisiert wird. Eine besonders geeignete Methode der qualitativen Sozialforschung zur Erfassung von (biografischen) Prozessen ist das narrativ-biographische Interview³⁰. Es eignet sich zur Erschliessung von wenig erforschten Prozessen und erlaubt einen detaillierten Einblick in die Dynamik von Entwicklungsverläufen. Narrativ-biographische Interviews basieren auf Erzählungen selbst erlebter Ereignisse, die im Rahmen eines Interviews erzählend dargeboten werden. Dabei muss nicht notwendig die ganze Lebensgeschichte erzählt werden – es sind Eingrenzungen auf bestimmte thematische Aspekte möglich, an denen die Erzählerin oder der Erzähler selbst beteiligt war

³⁰ Das narrative Interview wurde von Fritz Schütze eingeführt, der die Erhebungsmethode in den 1970er-Jahren als Methode der Sozialforschung entwickelt hat (Rosenthal, 2014, S. 151). Das narrative Interview ist häufig zugleich biografisches Interview, weil eine Biografie „gut erzählbar“ ist (Helfferich, 2011, S. 39).

(Misoch, 2015, S. 37 – 41; Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 81 – 82). Der zu erforschende Gegenstand hat eine Prozessstruktur, die aus der persönlichen Perspektive der Befragten rekonstruiert werden kann; im Zentrum steht deren politische Biografie.

6.1.1 Das narrativ-biographische Leitfadeninterview

Die Besonderheit der Datenerhebung der vorliegenden Untersuchung besteht in der Verknüpfung von zwei qualitativen Interviewformen; die narrativ-biografische Datenerhebungstechnik wurde mit der Technik des Leitfadeninterviews kombiniert³¹. Die Triangulierung der zwei unterschiedlichen Interviewverfahren war zur Bearbeitung der forschungsleitenden Fragestellung deshalb geeignet, da für die Konzipierung der Interviews zwei wichtige Anforderungen berücksichtigt werden mussten: Die Befragten sollten ihre eigene Sichtweise einerseits möglichst offen, das heisst mit wenigen thematischen Einschränkungen, darstellen können, gleichzeitig war es erforderlich, theoretisch relevante Themen in den Gesprächen gezielt zu erfragen. Als Datenerhebungsmittel wurden deshalb *leitfadengestützte, biographisch-narrative* Interviews eingesetzt. Die Befragung wurde dazu in zwei Stufen gegliedert. Im ersten Teil des Interviews, dem biografisch-narrativen, wurden die Interviewten mit einem sogenannten offenen Erzählimpuls, dem „narrativen Impuls“³², zum freien Erzählen ihrer politischen Biografie aufgefordert. Gemäss Rosenthal (2014) gewährleisten narrative Elemente, dass nicht nur die Themen angesprochen werden, welche aufgrund der Theorie sowie des Vorwissens als wichtig erachtet werden, sondern, dass die Interviewten auch entlang ihrer Relevanzen zu einem Thema sprechen oder erzählen können (S. 52). Für den zweiten Interviewteil wurde ein thematischer Leitfaden eingesetzt; anhand der zugrundeliegenden Untersuchungsfragen (Kapitel 5) sowie der theoretischen Zugänge aus der politischen Soziologie wurden verschiedene Themenbereiche ausgearbeitet³³. Gemäss Misoch (2015) stellt der Interviewleitfaden sicher, dass die interessierenden Aspekte und relevanten Themenkomplexe angesprochen werden und gleichzeitig ermöglicht er eine Vergleichbarkeit der Interviewergebnisse (S. 66). Daneben sorgt der Leitfaden für eine Eingrenzung der Erzählungen im Interview und gewährleistet damit die Fokussierung auf das Forschungsthema. In einem rein narrativen Interview besteht die Möglichkeit, dass die Interviewten durch ihre Erzählung in eine Eigendynamik geraten und sich von den angezielten Forschungsfragen distanzieren (ebd.). Wichtig ist, folgt man Misoch, dass der

³¹ Für bestimmte Fragestellungen kann eine Kombination von offener Befragung mit Leitfaden und Erzählung durchaus sinnvoll sein sowie auch eher realisiert werden (Flick, 2011, S. 273). Gemäss Helfferich (2009) haben sich Mischformen zwischen narrativen und Leitfadeninterviews in der Praxis bereits mehrfach bewährt (S. 13).

³² Der Erzählimpuls für die Untersuchung wurde in Anlehnung an Küsters (2009, S. 44) formuliert und ist im Interviewleitfaden ersichtlich (Anhang 3, S. 92 – 93).

³³ Der Interviewleitfaden befindet sich im Anhang (Anhang 3, S. 92 – 93).

Leitfaden flexibel gehandhabt und die Fragen möglichst offen formuliert werden, um unerwartete Themenfestlegungen durch den Interviewten zuzulassen und somit genügend Raum für neue Erkenntnisse zu geben (S. 67). Im Unterschied zu einem standardisierten Fragebogen übernimmt der Leitfaden im Interview somit die Funktion einer Gedächtnisstütze und dient als Orientierungsrahmen. Für die vorliegende Untersuchung wurde in Anlehnung an Rosenthal (2014) auf die Ausformulierung konkreter Fragen verzichtet (S. 143) – es wurden lediglich Themenbereiche mit einigen Stichworten vorbereitet.

6.1.2 Sampling und Feldzugang

Für die vorliegende Untersuchung fand eine bewusste (nicht zufällige), kriteriengeleitete Fallauswahl statt; das Sample wurde mittels eines qualitativen Stichprobenplans, auch *selektives Sampling* genannt, gezogen. Gemäss Kelle & Kluge (2010) werden hierbei im Unterschied zum *theoretical sampling* Stichprobenumfang und Ziehungskriterien vor der Erhebung festgelegt und die Daten erst nach der Erhebung analysiert. Damit wird sichergestellt, dass für die Fragestellung relevante Fälle berücksichtigt werden und das Sample eine Grösse erreicht, bei welchem die Datenauswertung noch zu bewältigen bleibt, denn die sorgfältige Auswertung grosser Mengen von Textdaten ist mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand verbunden (S. 50 – 53). Die für die Fallauswahl relevanten Merkmale werden in der Regel anhand der Untersuchungsfragestellung(en), anhand theoretischer Vorüberlegungen sowie anhand des Vorwissens über das Forschungsfeld bestimmt (ebd., S. 50). In der vorliegenden Untersuchung wurden Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden rekonstruiert und analysiert, die sich (1) aktiv parteipolitisch engagieren, das heisst ein politisches Amt³⁴ ausüben, die (2) eine anerkannte Ausbildung in Sozialer Arbeit (Studienrichtung: Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation) absolviert haben und (3) mehrjährige Praxiserfahrung in einem Handlungsfeld der Sozialen Arbeit aufweisen. Schliesslich wurden (4) lediglich Sozialarbeitende aus der Deutschschweiz befragt. Die Personen mussten zum Zeitpunkt des Interviews nicht zwingend aktives Mitglied ihrer jeweiligen Partei sein. Auch die Parteizugehörigkeit spielte für die Stichprobenauswahl keine Rolle.

In der qualitativen Forschung steht gemäss Przyborski & Wohlrab-Sahr (2014) keine konkrete Fallzahl im Vordergrund, sondern primär die Relevanz der Stichprobe in Bezug auf die Fragestellung(en) (S. 186). Ziel qualitativer Stichprobenziehung ist nicht statistische Repräsentativität, wohl aber die Abbildung der Heterogenität im Untersuchungsfeld. Das

³⁴ Wie in Kapitel 4 beschrieben, existieren verschiedene Formen der politischen Partizipation. Um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherzustellen, wurden ausschliesslich Sozialarbeitende befragt, die sich aktiv *parteipolitisch* engagieren.

Sample soll folglich gross genug sein (mindestens zwei Fälle), um kontrastierende Fälle zu finden (ebd.). Misoch (2015) spricht in diesem Zusammenhang auch von „inhaltlicher Repräsentativität“ (S. 188). Für die vorliegende Untersuchung wurden insgesamt sieben Interviews durchgeführt. Um eine vielschichtige Samplestruktur zu erreichen, wurden dabei bewusst Sozialarbeitende unterschiedlichen Geschlechts sowie Alters befragt. Ebenfalls wurde darauf geachtet, dass die Befragten auf unterschiedlichen Staatsebenen (kommunal, kanton, national) parteipolitisch aktiv sind bzw. waren. Es wurden ausserdem sowohl Personen aus der Legislative als auch aus der Exekutive befragt. Um Zugang zum Feld zu gewinnen wurden einerseits Kontakte genutzt, die über Dritte vermittelt wurden, andererseits wurde das Schneeballprinzip³⁵ angewendet. Zur Erfüllung der oben genannten Auswahlkriterien wurde das Sample durch parteipolitisch aktive Sozialarbeitende ergänzt, die über eine Online Recherche ausfindig gemacht wurden. Die Kontaktaufnahme mit den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern erfolgte durch schriftliche und telefonische Anfragen. Die Stichprobe für die vorliegende Untersuchung besteht aus sieben Personen, fünf Frauen und zwei Männern im Alter zwischen 35 und 65 Jahren.

6.1.3 Durchführung der Interviews und Datenaufbereitung

Die Interviews wurden zwischen April und August des Jahres 2016 durchgeführt. Die Bereitschaft am Forschungsvorhaben teilzunehmen war, trotz stark ausgebuchten Terminkalendern, gross – alle angefragten Personen haben für ein Gespräch zugesagt. Jeweils zeitnah wurde im Vorfeld der mündlichen Interviews die Einverständniserklärung zur Verwendung und Auswertung der erhobenen Daten sowie ein thematischer Leitfaden³⁶ zur vorherigen Einsicht versendet. Alle Interviews wurden von der Autorin geführt. Sie dauerten zwischen 70 und 105 Minuten und wurden je nach Wunsch der Befragten am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Einrichtungen durchgeführt. Das erste Interview diente gleichzeitig als Pretest. Da keine grundlegenden Modifikationen nötig waren, wurde auch dieses Gespräch in die spätere Auswertung einbezogen. Im Einverständnis mit den Interviewten wurden die Gespräche mit einem digitalen Aufnahmegerät aufgenommen und im Anschluss mit Unterstützung der Software „f5“ wörtlich transkribiert. Die Transkription erfolgte in Anlehnung an die Regeln von Kuckartz (2016), dessen Transkriptionssystem eine ausgewogene Mischung aus Kommentierung und Lesbarkeit darstellt und sich für eine Auswertung mit der qualitativen Inhaltsanalyse anbietet (S. 167 – 168)³⁷.

Eine Schwierigkeit bereitete die Anonymisierung der Daten. Da es sich bei den Interview-

³⁵ Bedeutet, dass die befragte Person eine oder mehrere Personen nennt, die nach Ansicht der befragten Person ebenfalls für die Untersuchung relevant sein könnten (Misoch, 2015, S. 193).

³⁶ Der thematische Leitfaden, der im Vorfeld verschickt wurde, befindet sich im Anhang (Anhang 2, S. 91)

³⁷ Die Transkriptionsregeln sind im Anhang ersichtlich (Anhang 4, S. 94).

ten um prominente Akteure des öffentlichen Lebens handelt, lassen sich aus den Interviewaussagen unter Umständen Rückschlüsse auf die Identität der Interviewten ziehen. Die üblichen Regeln der Anonymisierung greifen bei diesen Interviewpartnerinnen und Interviewpartner nicht und eine vollständige Anonymisierung aller Interviewpersonen ist aufgrund der spezifischen Forschungsfrage nicht zielführend. Zur Lösung des Anonymisierungsproblems wurden die Interviewpartnerinnen und -partner mittels einer Einverständniserklärung³⁸ darum gebeten, freiwillig auf die Anonymisierung der Person zu verzichten, bzw. einer eingeschränkten Form der Anonymisierung zuzustimmen. Um die Ergebnisse einheitlich darzustellen, wurden Namen von Personen und Organisationen, Altersangaben sowie Ortsangaben bei allen Befragten verändert. Weitere wichtige Anonymisierungsmethoden, wie beispielsweise die Veränderung von Angaben zum beruflichen und politischen Werdegang, machen aufgrund des expliziten Forschungsinteresses keinen Sinn und hätten eine vollständige Darstellung der Ergebnisse verunmöglicht. Vor der Auswertung des Datenmaterials wurden die Interviewpersonen ersucht, die jeweiligen anonymisierten Transkripte zu überprüfen und für die weitere Analyse zu genehmigen. Mit diesen Massnahmen wurde versucht, eine möglichst gute Balance zwischen einem hohen Grad an Anonymisierung einerseits und der Berücksichtigung des forschungsspezifischen Interesses andererseits zu erreichen.

6.2 Datenauswertung

Eine zentrale Aufgabe der qualitativen Datenanalyse besteht darin, einen interpretativen Zugang zu den gewonnenen Datenmaterialien zu schaffen (Flick, 2014, S. 386). Die Fülle des Materials – es liegen sieben vollständig transkribierte Interviews vor (140 Seiten) – verlangte eine systematische Vorgehensweise mit dem Ziel der Datenreduktion, die gleichzeitig qualitativ-interpretativ blieb und so auch latente Sinngehalte erfassen konnte. Dies leistet die qualitative Inhaltsanalyse (Mayring, 2015, S. 47). Mayring versteht die qualitative Inhaltsanalyse als ein systematisches, regelgeleitetes Verfahren zur Analyse fixierter Kommunikation, mit dem Ziel, „Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen“ (ebd., S. 13). Dennoch ist die Inhaltsanalyse „... kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht; sie muss an den konkreten Gegenstand, das Material, angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden“ (Mayring, 2015, S. 51). In der Literatur existieren zahlreiche Verfahren und Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse (Schreier, 2014, S. 1). Im Zentrum des Auswertungsprozesses steht die Verwendung von analytischen Kategorien (ebd.). Die Kategorienbildung kann gemäss Mayring (2015) grundsätzlich durch zwei unterschiedliche Vorgehensweisen erfolgen: Durch eine *dedukti-*

³⁸ Die Vorlage der Einverständniserklärung befindet sich im Anhang (Anhang 1, S. 90).

ve Kategorienbildung entstehen Kategorien aus theoretischen Überlegungen und werden darauf aufbauend auf das Material hin entwickelt – sie werden folglich bereits vor dem Auswertungsprozess festgelegt. Bei einer *induktiven* Kategorienbildung werden die Kategorien direkt aus dem empirischen Material abgeleitet, ohne sich auf vorgängig betrachtete Theorien zu beziehen (S. 85). In der Forschungspraxis werden deduktive und induktive Verfahren zur Kategorienbildung häufig kombiniert (Kuckartz, 2016, S. 95). Die Vorgehensweise einer „deduktiv-induktiven“ Kategorienbildung ist auch für die vorliegende Auswertung geeignet, da insbesondere der induktiven Kategorienbildung aufgrund der zugrundeliegenden explorativen Fragestellung eine zentrale Bedeutung zukommt. Eine typische Anwendung deduktiv-induktiver Kategorienbildung ist die *inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse* nach Kuckartz (2016, S. 97 – 122).

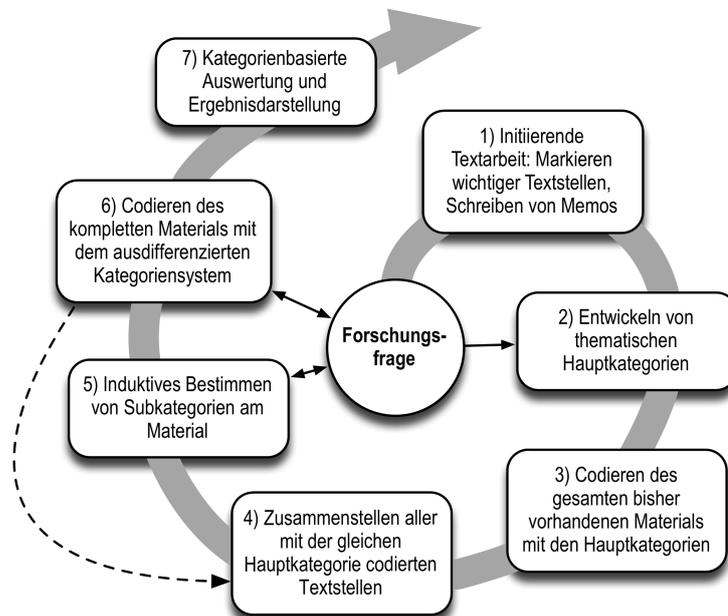
6.2.1 Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

„Kern der inhaltlich-strukturierenden Vorgehensweise ist es, am Material ausgewählte inhaltliche Aspekte zu identifizieren, zu konzeptualisieren und das Material im Hinblick auf solche Aspekte systematisch zu beschreiben“ (Schreier, 2014, S. 4). Auch Mayring (2015) beschreibt die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse, betont dabei jedoch stärker als Kuckartz (2016) die Notwendigkeit einer theoretischen Fundierung der Strukturierungsdimensionen bzw. der Kategorien und beschreibt das Vorgehen als deduktiven Zugang (S. 68). Da Kuckartz, der auf Mayring aufbaut, 1) eine sehr detaillierte Auswertungsstrategie anbietet, sein Verfahren 2) insbesondere für Untersuchungen mit explorativem Charakter geeignet ist sowie 3) sich gut mit einer praktikablen Software umsetzen lässt, orientierte sich die Auswertung der empirischen Daten an der Verfahrensidee nach Kuckartz. Im Sinne eines einheitlichen Vorgehens wurden sowohl die leitfadengestützten als auch die narrativen Teile der Interviews mittels der inhaltlich strukturierenden Vorgehensweise ausgewertet. Gemäss Kuckartz, (2016) ist das Auswertungsverfahren sowohl bei leitfadengestützten als auch bei narrativen Interviews anwendbar (S. 98).

6.2.2 Kategorienbildung und Analyseprozess

Kuckartz (2016) schlägt für die *inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse* ein Vorgehen in sieben Phasen vor (Abbildung 1, S. 35). Das nachfolgende Ablaufschema diente für das Auswertungsverfahren der vorliegenden Untersuchung als Orientierungsrahmen:

Abbildung 1: Ablaufschema einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse



Quelle: Kuckartz (2016, S. 100)

Vor der Kategorienbildung wurden in einem ersten Schritt aus der Perspektive der Forschungsfragen kurze Fallzusammenfassungen geschrieben und für jede interviewte Person deren wichtigste Stationen im jeweiligen Engagementverlauf auf Flipcharts visualisiert. Gemäss Kuckartz (2016) kann durch Fallzusammenfassungen ein erster Überblick über die in der Forschung einbezogenen Fälle gewonnen werden, da die Charakteristika des Einzelfalls sowie erste Ähnlichkeiten und Unterschiede ersichtlich werden (S. 101). In einem zweiten Schritt wurden thematische Hauptkategorien sowie einzelne Subkategorien entwickelt. Für die systematische Textverarbeitung (Kodierung) bot sich die QDA-Software MAXQDA an. Gemäss Kuckartz lassen sich die gebildeten Kategorien computergestützt leicht(er) organisieren, gruppieren und systematisieren. Kategorien können deduktiv oder induktiv direkt am Material gebildet werden und es lassen sich alle einer Kategorie angehörigen Textpassagen zusammenstellen. Die computergestützte Arbeitsweise hat auch den Vorteil, dass jederzeit die Verbindung zwischen Kategorien und Originaltext erhalten bleibt³⁹ (ebd., S. 178). Kuckartz (2016) schlägt vor, bei Datenerhebungen, die mithilfe von strukturierenden Mitteln (Interviewleitfaden) durchgeführt werden, die (Haupt-)Kategorien mehrheitlich zuerst deduktiv aus dem Interviewleitfaden abzuleiten (S. 101). Der Leitfaden

³⁹ Um die Präzision der Inhaltsanalyse zu erhöhen, wurden vor der Kategorienbildung Analyseeinheiten festgelegt. In Anlehnung an Kuckartz (2016) wurden Sinneinheiten codiert, die bei der späteren Analyse auch ausserhalb des Kontextes noch verständlich waren (S. 84).

beeinflusst in hohem Masse die Themen, zu denen sich die Befragten überhaupt äussern (ebd.). Die Kategorien dienen bei einer deduktiv-induktiven Vorgehensweise – anders als bei einer rein mit deduktiven Kategorien arbeitenden Inhaltsanalyse – jedoch nur als Ausgangspunkt der Analyse. Sie fungieren als eine Art Suchraster, mit dessen Hilfe das Material auf das Vorkommen des entsprechenden Inhalts durchsucht und grob kategorisiert wird (ebd., S. 72). Auch für die vorliegende Untersuchung wurden in einem ersten Schritt, abgestützt auf die im Leitfaden des Interviews enthaltenen Themenkomplexe, die folgenden sechs Hauptkategorien gebildet:

- Ausbildung, beruflicher und politischer Werdegang
- Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen
- Mobilisierende Netzwerke
- Politisierende Ereignisse
- Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement
- Persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln

Im Anschluss wurde das gesamte Datenmaterial in einem ersten Durchgang Zeile für Zeile durchgegangen und grob codiert. Die Ausdifferenzierung und Präzisierung der Kategorien sowie die Bildung von weiteren Subkategorien erfolgte anschliessend in einem weiteren Durchgang induktiv, also direkt am Material. Besonders prägnante Begriffe wurden dabei als „In-vivo-Codes“⁴⁰ kategorisiert. Es wurden auch Hauptkategorien induktiv ergänzt. Dies ist gemäss Kuckartz dann erforderlich, wenn sich bei der Auswertung des Datenmaterials zeigt, dass Aspekte des Themas angesprochen werden, welche die forschende Person im Vorfeld nicht bedacht hat (ebd., S. 101). Wie erwähnt, baut die in Abbildung 1 (S. 35) dargestellte Verfahrensidee von Kuckartz auf dem Verfahren nach Mayring (2015) auf, wonach das regelgeleitete, deduktiv sowie induktiv zu entwickelnde Kategoriensystem, das im Zentrum der Datenauswertung steht, zunächst teilweise am Material überprüft und dann vollständig in geschlossener Form auf dieses angewendet wird (Kuckartz, 2016, S. 110; Mayring, 2015, S. 62). Auch für die vorliegende Analyse wurde das endgültige Kategoriensystem⁴¹ erst nach mehreren Probedurchgängen (Zuweisung von Textstellen zu vorläufig-

⁴⁰ Dabei handelt es sich um Begriffe, die von den Interviewten selbst verwendet werden. Der Begriff des „In-vivo-Code“ stammt ursprünglich aus der „Grounded Theory“. „In-vivo-Codes“ können gemäss Kuckartz (2016) jedoch auch im Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse verwendet werden (S. 35).

⁴¹ Eine Übersicht über die ermittelten Kategorien befindet sich im Anhang (Anhang 5, S. 95 – 96)

gen Kategorien) festgelegt und entsprechend geordnet. Das im Kategorienleitfaden⁴² ausdifferenzierte Kategoriensystem mit Haupt- und Subkategorien diente schliesslich als Ausgangspunkt für die Interpretation des Datenmaterials.

6.3 Grenzen der Untersuchung

Wie in den vorangegangenen Abschnitten ausgeführt, eignet sich die Methoden-Triangulation des leitfadengestützten Interviews mit biographisch-narrativen Anteilen in besonderem Masse dazu, individuelle politische Engagementverläufe zu erfassen. Allerdings gehen mit dem gewählten Forschungsdesign auch einige Schwierigkeiten und Begrenzungen einher, die bei der Analyse der Daten berücksichtigt werden mussten.

6.3.1 Samplestruktur und Generalisierung

Mit der relativ kleinen Fallzahl von sieben Interviews wurde nur ein bestimmter Ausschnitt innerhalb der parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden erfasst, der nicht als repräsentativ für alle parteipolitisch aktiven und keinesfalls für die gesamte Bandbreite politischer Handlungsbereitschaften und Engagementformen von Sozialarbeitenden angesehen werden kann. Die folgenden Analysen können daher nicht für sich in Anspruch nehmen, verallgemeinerbare Aussagen über (partei-)politisch aktive Sozialarbeitende zu treffen. Dies ist jedoch auch nicht erklärtes Ziel der Untersuchung. Qualitative Untersuchungen streben in der Regel keine Generalisierung einer repräsentativen Stichprobe auf eine Grundgesamtheit an (Helfferich, 2011, S. 172 – 173; Misoch, 2015, S. 188).

6.3.2 Rekonstruktive Ereignisse und Erfahrungen als Datenmaterial

Nicht nur, aber insbesondere bei der Methode des narrativ-biographischen Interviews wird angenommen, dass durch die Erhebung von (spontanen) Narrationen die Möglichkeit besteht, eine engere Verbindung zwischen der aktuellen Kommunikation und dem damaligen Erleben sowie den entstandenen Handlungsorientierungen des Erzählenden herzustellen als mit anderen Befragungsformen (Küsters, 2009, S. 23). Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass das im Interview Erzählte nicht als identisch mit dem „Tatsächlichen“ (Erfahrungen/Ereignisse) betrachtet werden kann, da Berichte über eigenes Erleben immer auch bereits eine Konstruktion dieses Erlebten darstellen⁴³ (Flick, 2014, S. 237). Bereits die Interviewten und nicht erst die Forschenden deuten ihre erlebte Realität, interpretieren die

⁴² Gemäss Kuckartz (2016) ist es wichtig, eine möglichst genaue Beschreibung der gebildeten Kategorien in einem Kategorienleitfaden festzuhalten. Der Kategorienleitfaden der vorliegenden Analyse steht den Begutachtenden in elektronischer Form zur Verfügung.

⁴³ Die Theorie hinter diesem Paradigma wird in der Fachliteratur als Konstruktivismus bezeichnet: Das was der Mensch als objektive Wirklichkeit ansieht, ist primär das Ergebnis einer (sozialen) Konstruktion (Misoch, 2015, S. 26).

ihnen gestellten Fragen zu dieser Realität und beantworten sie vor dem Hintergrund dieser Realitätskonstruktion. Dies geschieht auf der Grundlage ihrer subjektiven Wahrnehmungen und Erinnerungen sowie ihres Bemühens um eine positive, in sich stimmige Selbstdarstellung (ebd., S. 119). Das Erzählen der Biografie ist somit eine nachträgliche Strukturierungsleistung, die heute anders ausfallen kann als gestern, denn je nach aktueller Lebenslage verschiebt sich der Fokus des Blicks auf die Vergangenheit. Diese subjektive Färbung ist jedoch nicht störend, sondern erwünscht; der Fokus qualitativer Forschung liegt auf der Erfassung von subjektiven Sichtweisen und Sinnkonstruktionen (Misoch, 2015, S. 38). Es ist die gemeinsame Hauptintention qualitativer Forschung, „Lebenswelten von ‚innen heraus‘ ... zu beschreiben“ (Flick, Kardorff & Steinke, 2000, S. 14), also die (jeweilige) soziale Wirklichkeit in der Perspektive der Individuen zu rekonstruieren. Folglich vermitteln Interviews immer nur subjektive Beschreibungen der Wirklichkeit, eine objektive Wirklichkeit existiert in diesem Zusammenhang nicht. Dennoch lassen sich aus solchen bewusst ausgewählten, vielleicht sogar geschönten Schilderungen der Interviewten Rückschlüsse auf wichtige Aspekte des handlungsleitenden Selbstverständnisses ziehen: „Für die Überprüfung der Übereinstimmung von Denken und Handeln kann das Interview wenig leisten. Für die Aufhellung der Selbstdeutung der handlungsorientierenden, kognitiven und emotionalen Prozesse aber bleibt es eine unverzichtbare Informationsquelle, da sich innere Prozesse nicht durch Beobachtung erfassen lassen“ (Heiner, 2010, S. 234).

6.3.3 Grenzen der Kategorienbildung durch die qualitative Inhaltsanalyse

Obwohl die regelgeleitete Systematik der Datenauswertung der Qualitativen Inhaltsanalyse zu einer intersubjektiven Nachvollziehbarkeit (Kapitel 6.4) und zu einer erwünschten Reduktion des erhobenen Datenmaterials beiträgt, führt das Verfahren auch zu nicht zu leugnenden Nachteilen. Diese lassen sich vielleicht am besten unter den Begriff der „Gestaltzerstörung“ zusammenfassen (Rosenthal, 2014, S. 55). Im Auswertungsverfahren werden einzelne Textstellen aus dem Gesamtzusammenhang des Textes herausgenommen, anderen, von der Forscherin konstruierten Sinnzusammenhängen zugeordnet (Kategorienbildung) und dabei aus dem Sinnzusammenhang ihrer Entstehung herausgelöst (ebd.). Das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse bewegt sich somit eher an der Oberfläche eines Forschungsproblems und eignet sich deshalb nur bedingt für eine explorativ-interpretative Erschließung des Materials (Flick, 2014, S. 416 – 417). Um Motive tiefergehend zu erforschen, hätte sich als Alternative die biographische Fallrekonstruktion nach Rosenthal⁴⁴ angeboten. Mit diesem Verfahren lässt sich auch der latente Gehalt des Textes, der zwischen den Zeilen liegt, nachvollziehen und die Bedeutung einzelner Textseg-

⁴⁴ Nachzulesen bei Rosenthal (2014).

mente im Gesamtzusammenhang des Textes rekonstruieren (Rosenthal, 2014, S. 55 – 56). Das Vorgehen nach Rosenthal führt jedoch zu einer Vermehrung des Textmaterials – zu kurzen Passagen des Datenmaterials werden in der Regel seitenlange Interpretationen verfasst (Flick, 2014, S. 387). Ausserdem eignet sich der Ansatz gemäss Rosenthal (2014) primär für die Auswertung (rein) narrativer Interviews und weniger für die Auswertung von leitfadengestützten Passagen, deshalb wurde das Verfahren nach Rosenthal für die Auswertung des vorliegenden Datenmaterials im Rahmen einer Master-Thesis als ungeeignet erachtet (S. 139). Inspiriert durch die Vorgehensweise der biographischen Fallrekonstruktion wurde in der vorliegenden Untersuchung jedoch stärker darauf geachtet, die kodierten Interviewausschnitte in ihrem jeweiligen biographischen Kontext zu lesen und zu interpretieren. Im Zusammenhang mit dem Auswertungsprozess bleibt abschliessend zu sagen, dass die Auswertung bzw. Codierung des Textmaterials, anders als im idealtypischen Fall vorgesehen, lediglich durch die Autorin erfolgte (Kuckartz, 2016, S. 105). Folglich gilt es zu beachten, dass die Auswertung sowie auch die nachfolgende Diskussion und Interpretation der Ergebnisse vergleichsweise stark durch die subjektive Perspektive der Autorin beeinflusst sind.

6.4 Gütekriterien

Die Frage, welchen Gütekriterien die qualitative Forschung genügen soll, wird in der Forschungsliteratur häufig diskutiert und gilt gemäss Flick (2014) nach wie vor als nicht beantwortet (S. 487). Folgt man Steinke (2012) lassen sich drei Positionen identifizieren: „Quantitative Kriterien für qualitative Forschung“, „eigene Kriterien qualitativer Forschung“ und „postmoderne Ablehnung von Kriterien“ (S. 319 – 321). Die klassischen Qualitätskriterien quantitativer Forschung *Validität*, *Reliabilität* und *Objektivität* sind ihrer Meinung nach auf qualitative Forschungsdesigns nicht anwendbar, da diese für andere Methoden und vor dem Hintergrund anderer Methodologien, Wissenschafts- und Erkenntnistheorien entwickelt wurden. Die Ablehnung von Qualitätskriterien birgt jedoch die Gefahr von Beliebigkeit und Willkür und hätte Probleme für die Anerkennung der qualitativen Forschung zur Folge (ebd., S. 322). Gemäss Steinke führt daher kein Weg an der Ausarbeitung eigener Gütekriterien vorbei. Sie schreibt weiter, dass sich Kriterien qualitativer Sozialforschung nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Fragestellung, Methode und der Spezifik des Untersuchungsgegenstandes bestimmen lassen und bietet einen Katalog mit Gütekriterien an, an dem sich qualitative Forschung orientieren kann (S. 323). Aus diesem Katalog wurden drei Kriterien ausgesucht, die für die vorliegende Untersuchung als sinnvoll erachtet werden. Es sind dies die Kriterien der *intersubjektiven Nachvollziehbarkeit*, der *Indikation des Forschungsprozesses* sowie der *Relevanz*. Im Folgenden wird begründet, weshalb diese Kriterien ausgewählt und wie diesen Punkten Rechnung getragen wurde.

Um dem Gütekriterium der *intersubjektiven Nachvollziehbarkeit* möglichst gerecht zu werden, wurden nicht nur die methodischen Teilschritte des Samplings, des Feldzugangs, der Datenerhebung und der Datenauswertung ausführlich dargelegt, es wurde dabei auch transparent über Herausforderungen sowie Entscheidungen für die jeweiligen Vorgehensweisen informiert. Der Untersuchungsprozess wird an verschiedenen Stellen der Master-Thesis kritisch reflektiert (Kapitel 6.3 & 8.6) und es werden Gütekriterien dargelegt, denen die Untersuchung genügen soll. Sowohl im Theorie- als auch im Ergebnisteil wurde Wert auf eine präzise Angabe aller Informationsquellen gelegt: Alle Zitate im Ergebnisteil sind mit einem Code versehen, der eine Überprüfung im Datenmaterial ermöglicht – die vollständigen Transkripte stehen den Begutachtenden in elektronischer Form zur Verfügung. Auf die Interpretation der Daten innerhalb einer Forschungsgruppe (eine weitere Möglichkeit der Herstellung intersubjektiver Nachvollziehbarkeit), musste aufgrund der Anlage als Einzelarbeit verzichtet werden. Die *Indikation des Forschungsprozesses* beinhaltet unter anderem Überlegungen zur Wahl des qualitativen Forschungsdesigns, der Methodenwahl, der gewählten Transkriptionsregeln und der Samplingstrategie. In den Ausführungen zum methodisch Vorgehen sind entsprechende Überlegungen und Begründungen dazu zu finden. Aussagen zur *Relevanz* der Fragestellung für die Soziale Arbeit sind schliesslich in der Einleitung, im Kapitel zum Stand der Forschung, in der abschliessenden Ergebnisdiskussion sowie in den Schlussfolgerungen zu finden. Weitere von Steinke vorgeschlagene Gütekriterien waren aufgrund des gewählten Forschungsdesigns sowie mit den vorhandenen Ressourcen nicht sinnvoll anwendbar und wurden daher aus pragmatischen Gründen nicht angewendet.

7 Empirische Ergebnisse

Anhand der im Kapitel 6.2 beschriebenen Auswertungsmethode, der *inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse* nach Kuckartz (2016), wurden zusätzlich zu den sechs deduktiv abgeleiteten Hauptkategorien zwei weitere, induktiv gebildete, Themenkomplexe ermittelt und ins Kategoriensystem aufgenommen. Wie bereits ausgeführt, kann qualitative Sozialforschung völlig neue und unerwartete Zusammenhänge entdecken und ist damit in ihren Ergebnissen offener als die hypothesenprüfende Sozialforschung. Die insgesamt acht Themenkomplexe geben die Strukturierung der nachfolgenden Ergebnisdarstellung vor:

- Ausbildung, beruflicher und politischer Werdegang
- Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen
- Mobilisierende Netzwerke
- Politisierende Ereignisse
- Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement
- Persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln
- Vereinbarkeit von Parteipolitik und Sozialer Arbeit (induktiv gebildet)
- Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden (induktiv gebildet)

Zu Beginn werden die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner anhand eines Kurzbeschreibs ihres beruflichen und politischen Werdegangs vorgestellt. Die darauffolgenden Kapitel widmen sich Schritt für Schritt der Entstehung sowie der biographischen Entwicklung des aktiven parteipolitischen Engagements. Zum Schluss folgen die Ergebnisse zu den induktiv gebildeten Hauptkategorien. Diese beinhalten Äusserungen zur Vereinbarkeit des parteipolitischen Engagements mit der jeweiligen beruflichen Tätigkeit in der Sozialen Arbeit sowie Einschätzungen der Befragten zum gegenwärtigen politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden.

Alle Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitpunkt der Befragung zwischen April bis August des Jahres 2016. Wie in Kapitel 6.3 erläutert, erfasst die Ergebnisdarstellung die Sinnkonstruktionen und Handlungen aus der Perspektive der Untersuchungsgruppe. Die nachfolgenden Ergebnisse liefern somit keine Daten über tatsächliche Lebensverläufe parteipolitisch aktiver Sozialarbeitenden, sondern müssen als Rekonstruktion individueller Engagementverläufe verstanden werden. Zur Veranschaulichung werden die Ergebnisse mit Originalzitate der Interviewten angereichert.

[REDACTED]

b) Soziale Schicht

Die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner wurden im Verlaufe des Interviews gebeten, sich selber einer sozialen Schicht (Bevölkerungsgruppe) zuzuordnen. Die folgende schichtspezifische Zuordnung orientiert sich demnach lediglich an den subjektiven Einschätzungen der Befragten.⁴⁸ Sie beziehen sich bei der jeweiligen Zuordnung einerseits auf ihre Herkunftsfamilie sowie auf ihre Lebenssituation zum Zeitpunkt, als sie das erste politische Amt übernommen haben⁴⁹. Frau G, Frau E und Herr F geben an, aus einer Herkunftsfamilie zu stammen, die sie zur Mittelschicht zählen. Frau C, Frau D und Frau A ordnen ihre Herkunftsfamilie der Unterschicht zu. Herr B verbindet seine Herkunftsfamilie mit der oberen Mittelschicht. Zum Zeitpunkt der Übernahme des ersten politischen Amtes, geben Frau E und Herr F an, zur Mittelschicht zu gehören. Frau G, Frau C und Frau D zählen sich zur unteren Mittelschicht und Herr B zur oberen Mittelschicht. Frau A erklärt,

⁴⁸ Zur objektiven Überprüfung des sozioökonomischen Status der Befragten wurden keine Daten (z. B. zum Einkommen) erhoben. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist die Erhebung der subjektiven Sichtweise der Befragten (S. 29).

⁴⁹ Die Befragten berücksichtigen in ihren Überlegungen primär das jeweilige verfügbare finanzielle Einkommen.

dass sie sich zum Zeitpunkt der Übernahme ihres ersten politischen Amtes unterschiedlichen Schichten zugehörig gefühlt habe.

7.2 Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen

Die Hauptkategorie *Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen* fasst zusammen, wann und wie die Befragten zum ersten Mal mit dem Thema Politik in Berührung kommen. Dabei steht die Analyse der Sozialisationserfahrungen der Interviewten im Zentrum. Die Aussagen beziehen sich auf die Phase ihres Lebens vor dem aktiven parteipolitischen Engagement.

7.2.1 „Einerseits bin ich genetisch vorbelastet, mein Vater war in der Politik“ – politisches Interesse und Engagement in der Herkunftsfamilie

Bei der Analyse der Interviews fällt bereits nach kurzer Zeit auf, dass die Mehrheit der Befragten auf die Frage⁵⁰ nach der Entstehung ihres politischen Engagements mit ihrer Erzählung deutlich vor Beginn ihres parteipolitischen Engagements einsetzen und frühe Einflüsse ihrer Kindheit und Jugend, vor allem aus ihren Herkunftsfamilien, hervorheben. So eröffnet Frau E ihre Erzählung wie folgt: *„Ich habe mich politisch engagiert, weil ich aus einem Haus komme, in dem man immer über Politik geredet hat und auch politische Diskussionen geführt hat“* (Z. 6 – 7). Auch Herr B, Frau C und Herr F stammen aus Herkunftsfamilien, in denen das Thema Politik eine zentrale Rolle eingenommen hat. Die drei Interviewten haben gemeinsam, dass mindestens ein Elternteil selbst ein politisches Amt bekleidet hat und sie dadurch bereits in ihrer Kindheit und Jugend mit der Thematik konfrontiert worden sind:

Herr B: *„Ich fange mit der Geschichte ganz weit vorne an, mein Vater war schon politisch aktiv und ich habe als Kind ziemlich viel mitbekommen. Er hat mich an Veranstaltungen mitgenommen, er hat oft seine Reden daheim geübt ... so bin ich mindestens mal in das ganze Feld reingekommen“* (Z. 6 – 11).

Frau C: *„Einerseits bin ich genetisch vorbelastet, mein Vater war in der Politik am Ende meiner Schulzeit, habe ich das sehr nahe mitgekriegt, was es bedeutet hat und wie er seine politische Arbeit gemacht hat. Und natürlich gab es auch viele Gespräche über politische Themen“* (Z. 6 – 13).

⁵⁰ Die Befragung beginnt, wie in Kapitel 6.1 beschrieben, mit einem narrativen, breit ausgerichteten Erzählimpuls.

Herr F: *„Ich bin in einem politischen Haushalt aufgewachsen, mein Vater war lange in der Parteipolitik aktiv. Er war unter anderem auch Schulrat und Gewerkschafter. ... Das habe ich als Kind immer toll und spannend gefunden. Meine Mutter ... war auch immer in einer Gewerkschaft dabei, nicht in einer Partei, aber sonst politisch sehr interessiert und engagiert“* (Z. 7 – 12).

7.2.2 *„Sie war eine Power-Frau“ – politisches Interesse im Kontext von Bildungsinstitutionen*

Dass erste Berührungspunkte zur Politik nicht bei allen Befragten bereits in der Herkunftsfamilie stattgefunden haben, zeigen die Gespräche mit Frau A, Frau G und Frau D.

Frau D erinnert sich an ein spezifisches Ereignis während der Berufsmaturität, das ihr Interesse geweckt hat: *„Wir haben über ein politisches Thema gesprochen und mein Lehrer hat gesagt, wenn jetzt am nächsten Sonntag Abstimmungstermin wäre und ihr könntet abstimmen, also die Stimmberechtigten, was würdet ihr sagen?“* (Z. 29 – 31). Sie habe in diesem Moment realisiert, dass sie aufgrund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit in der Schweiz nicht zu den Stimmberechtigten gehört: *„Das hat mich massiv gestört. Ich glaube, das war wirklich die Initialzündung, dass ich gefunden habe, hey, ich rede hier, ich lebe hier, ich gehe hier zur Schule und ich darf nicht mitreden“* (Z. 32 – 43). Sie fügt hinzu, dass sich ihr Interesse an der Politik zu einem späteren Zeitpunkt, während ihrem Studium zur Sozialarbeiterin, verstärkt habe. Dies führt sie weniger auf Studieninhalte als auf Personen zurück: *„Ich hatte einen Kollegen, der politisch aktiv war, der mit mir studiert hat und habe dann im Studium auch viele Leute kennengelernt, die in politischen Vereinen aktiv waren“* (Z. 76 – 78). Auch Frau G, der *„Politik nicht einfach so in die Wiege gelegt“* (Z. 6) wurde, erzählt, dass sie während ihrer Ausbildung zur Sozialarbeiterin ein Interesse für politische Themen entwickelt habe. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang, ähnlich wie Frau D, primär Personen, insbesondere die damalige Rektorin der höheren Fachschule, die gemäss Aussagen von Frau G selbst in der Parteipolitik aktiv gewesen sei: *„Zu diesem Zeitpunkt bin ich vielleicht auch das erste Mal mit einer Politikerin, die wirklich aktiv war, in Berührung gekommen ... dadurch wurde mir auch der enge Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik bewusst“* (Z. 99 – 102). Dass die Rektorin für Frau G eine zentrale Rolle eingenommen hat, wird mit folgendem Zitat deutlich(er): *„Sie war eine ‚Power-Frau‘ und sie hat mich damals wirklich begeistert“* (Z. 196 – 197). Auch Herr B erwähnt im Zusammenhang mit der Entstehung seines politischen Engagements Personen aus Bildungsinstitutionen: *„Unser Geschichtslehrer in der ‚Kanti‘, ... der sehr politinteressiert war, hat mich sehr geprägt, er hat uns immer angeregt zu diskutieren“* (Z. 138 – 139). Frau A beginnt ihre Erzählung damit, dass sie bereits als Jugendliche in einer Jugendgruppe

engagiert gewesen und dort das erste Mal mit dem Thema Politik in Berührung gekommen sei: *„Wir wurden angefragt, ob wir zu den Themen zweite Generation vereinfachtes Einbürgerungsverfahren und generell, dass Ausländer und Ausländerinnen auf Gemeindeebene oder auf Kantonsebene mitbestimmen können, etwas machen möchten“* (Z. 9 – 11).

7.3 „Es war eine sehr politische Zeit“ – politisierende Ereignisse

Frau E und Frau G, zwei der drei älteren Interviewpartnerinnen der vorliegenden Befragung, verweisen während ihrer Erzählung zur Entstehung ihres politischen Engagements auf ein spezifisches politisches Ereignis: Sie berichten von der neuen Frauenbewegung in der Schweiz, die Anfang der 1970er Jahre entstand: *„Damals, nach den 68er Jahren, als sich auch die Beziehungswelt stark verändert hat, als die Frauen auch mutiger waren auszusteigen ... ‚Weg aus den Fesseln‘ und ‚Mein Bauch gehört mir‘ und solche Sätze waren damals aktuell und das hat mich natürlich sehr bewegt. ... Ich bin eine Frau der Frauenbewegung“* (Frau E, Z. 72 – 78). Frau E fügt hinzu, dass sie sich während ihrer Ausbildung zur Sozialpädagogin stark für die Frauenbewegung engagiert habe und erinnert sich: *„Es war wirklich eine sehr politische Zeit damals“* (Z. 79). Frau G schildert, dass sie nach ihrer Ausbildung zur Sozialarbeiterin am ersten Frauenstreiktag (1991) teilgenommen habe und dies gleichzeitig auch ihre erste politische Aktion gewesen sei, an die sie sich erinnern könne. Sie betont in diesem Zusammenhang, dass sie ihre damalige Tätigkeit als Sozialarbeiterin und Stellenleiterin einer Familienplanungsstelle als „ganz stark frauenpolitisch“ erlebt habe (Z. 30). So habe es zu dieser Zeit mehrere Abstimmungen zur Legalisierung vom Schwangerschaftsabbruch sowie zur Mutterschaftsversicherung gegeben und sie und ihre Mitarbeitenden seien immer wieder angefragt worden, an politischen Podien zu diesen Abstimmungen teilzunehmen.

7.4 „Es hat mich immer irgendwie gezogen, mich zu engagieren“ – mobilisierende Netzwerke

Aus den Interviews wird ersichtlich, dass dem parteipolitischen Engagement bei allen Befragten freiwillige, ehrenamtliche Aktivitäten (primär in Vereinen, Verbänden und Jugendgruppen) vorausgehen. So berichtet Frau C von ihrem lebensphasenspezifischen Engagement in einem Jugendverband, als Vorstandsmitglied eines Vereins bis zu ihrem langjährigen Engagement *„in einer höheren Funktion“* innerhalb einer Gewerkschaft. Sie resümiert: *„Es hat mich immer irgendwie gezogen, mich zu engagieren“* (Z. 291). Auch die übrigen Interviewpartnerinnen und Interviewpartner haben sich teilweise bereits in ihrer Kindheit und Jugend aktiv ehrenamtlich engagiert, sei dies zum Beispiel im „Blauring“ sowie in Jugendgruppen (Frau A), in kulturellen Vereinen (Herr F und Herr B) oder in Studierendenorganisationen (Frau E und Frau G). Die Mehrheit der Befragten hat schliesslich

auch im Erwachsenenalter aktive Funktionen in Vereinen und Verbänden übernommen. Frau A schildert, sie sei lange Zeit Vorstandsmitglied einer (regionalen) Sektion eines Berufsverbandes Sozialer Arbeit gewesen. Frau G erwähnt ihr Engagement in einer thematischen Arbeitsgruppe desselben Berufsverbandes, welche inhaltlich einen engen Bezug zu ihrem damaligen Arbeitsfeld in der Familienplanung aufgewiesen habe. Später sei daraus ein eigenständiger Verband geworden, indem Frau G aktiv im Vorstand mitgearbeitet habe. Herr F erzählt, dass er eine Zeit lang *„aktiv an der Front einer Gewerkschaft“* (Z. 33) mit dabei gewesen sei und Frau D verweist an mehreren Stellen im Interview auf diverse ehrenamtliche Aktivitäten im Rahmen von verschiedenen Vereinen.

Bei der Analyse der Textstellen betreffend das ehrenamtliche Engagement wird deutlich, dass einige der Befragten ihr jeweiliges Engagement ausserhalb der Parteipolitik in den Interviews häufig bereits als politische Aktivitäten bezeichnen. Ebenfalls schildern einige, dass dadurch ihr Interesse an der Parteipolitik geweckt worden sei. So erwähnt Frau C in Zusammenhang mit ihrem gewerkschaftlichen Engagement: *„Unsere Gruppe von Sozialarbeitenden ... hat sich immer auch für die Klienten und Klientinnen eingesetzt, also es war damals eigentlich auch schon ein politisches Engagement innerhalb der Gewerkschaft“* (Z. 580 – 582). Sie fügt hinzu, dass sie dadurch intensiv mit parteipolitisch aktiven Personen in Kontakt gekommen sei, weshalb sie sich auch für die Parteipolitik zu interessieren begann. Frau A, die erwähnt, dass sie im Rahmen ihrer Vorstandstätigkeit in einem Berufsverband, *„das war ja auch politische Arbeit“* (Z. 33), regelmässig dessen Tätigkeiten an einer Fachhochschule vorgestellt habe, erzählt: *„Ich habe dann jeweils immer aufgezeigt, wie wichtig sozialpolitisches Engagement für die Soziale Arbeit ist. Wie wichtig wirklich alle drei Ebenen sind, also Mikro-, Meso- und Makroebene, wenn man in der Sozialen Arbeit tätig ist. (...) Und diese Unterrichtsblöcke haben mir selber immer wieder verdeutlicht, das wäre wirklich wichtig, eigentlich auch für mich. Wenn man wirklich etwas erreichen möchte, müsste man auch direkt in der Politik Einfluss nehmen“* (Z. 33 – 37). Ähnlich wie Frau C, fügt die Sozialpädagogin hinzu, dass sie durch ihr Engagement im Berufsverband viele parteipolitisch aktive Personen kennengelernt habe, dadurch habe sie *„Schritt für Schritt“* ein Netzwerk aufgebaut. Schliesslich scheint auch Frau D ihrem aktiven und von ihr selbst als politisch bezeichneten Vereinsengagement in Hinblick auf ihr weiteres Engagement in einer politischen Partei eine zentrale Rolle zuzuweisen: *„Als ich dort reingekommen bin in diese Vereine, habe ich mich auch angefangen zu interessieren für die konkrete politische Arbeit in Parteien, weil ich dort auch viele Personen kennengelernt habe, die selber schon in einer Partei waren“* (Z. 79 – 81).

7.5 Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement

Während in den vorherigen Kapiteln erste Berührungspunkte mit dem Thema Politik sowie das (politische) Engagement der Befragten ausserhalb der Parteipolitik thematisiert werden, steht in den folgenden Ausführungen die Analyse des Einstiegs ins aktive parteipolitische Engagement im Vordergrund. In einem ersten Schritt wird dabei der Parteibeitritt in den Fokus gerückt, denn die passive Mitgliedschaft in einer Partei stellt argumentationslogisch die Voraussetzung für ein aktives parteipolitisches Engagement dar.

7.5.1 „Komm, das wäre doch etwas“ – Motive für einen Parteibeitritt

Es fällt auf, dass die Mehrheit der Befragten in Zusammenhang mit ihrem Parteibeitritt Drittpersonen erwähnt, die bei ihrer Entscheidung für eine Mitgliedschaft eine zentrale Rolle gespielt haben. So schildert Herr F: *„Damals wurde ich von einem Vorstandsmitglied der [Name einer Partei] angefragt, ob ich der [Name einer Partei] beitreten würde, ... das hat bei mir dieses Interesse an der Parteilarbeit ausgelöst“* (Z. 18 – 21). Im weiteren Verlaufe des Gesprächs erwähnt Herr F: *„Wenn ich zurückblicke, warum ich überhaupt in die Politik gekommen bin, war das bei mir ein wichtiger Punkt, dass es Leute gab, ... die gesagt haben, komm, das wäre doch etwas“* (Z. 324 – 326). Auch Frau D wurde gemäss eigenen Angaben von einem Kollegen, der mit ihr Soziale Arbeit studiert hat und Mitglied einer Partei ist, ermuntert: *„Komm doch einmal bei der [Name einer Partei] reinschauen“* (Z. 95 – 96) und so sei sie anschliessend in die Partei eingetreten. Frau G erwähnt in Zusammenhang mit ihrem Parteibeitritt erneut die politisch aktive Rektorin der höheren Fachschule (S. 46): *„Sie war wichtig, vor allem weil sie als Rektorin der ‚Soz‘ auch politisch aktiv war, das war wichtig auch für meine Politisierung. Sie hat sicher einen grossen ‚Schub‘ gegeben, ... dass ich dann selber einer Partei beigetreten bin und aktiv wurde in der Politik“* (Z. 187 – 195). Für Herrn B, der bereits im Jugendalter einer Partei beigetreten ist, haben primär seine Herkunftsfamilie sowie sein soziales Umfeld eine zentrale Rolle gespielt, um sich für einen Beitritt zu entscheiden: *„Man war so aufgewärmt (...) weil mein Vater schon politisch aktiv war und mein Umfeld auch so interessiert war, war dies dann wirklich der Schritt, um zu sagen, ich will mich auch ‚committen‘, zu sagen, also gut ich bekenne Farbe und trete in eine Partei ein“* (Z. 115 – 118).

In den Erzählungen von Frau A, Frau C und Frau E sind in Bezug auf den Parteibeitritt keinerlei Hinweise auf einen Einfluss von Drittpersonen ersichtlich. Frau A erzählt, dass sie aufgrund ihrer Bekanntschaften durch den Berufsverband einige „[Name einer Partei]-Leute“ von sich aus angesprochen habe, um zu fragen: *„Wie denn das so ist, wie man in eine Partei reinkommt“* (Z. 65). Frau E, die gemäss eigenen Angaben schon immer gewusst hat, dass sie sich einer Partei anschliessend wird, entschied sich nach ihrem Studi-

um dazu, diesen Schritt zu verwirklichen. Auf Nachfrage, warum sie sich für den Beitritt in eine politische Partei entschieden hat, erklärt Frau E, dass sie während ihres Engagements in der Frauenbewegung (S. 47) festgestellt habe: *„Wenn du etwas bewegen willst, musst du in die Strukturen rein. Damals in den 68er-Jahren hiess es zwar, alles ausserhalb der Strukturen machen, den Kampf ansagen und das hat mir nicht so eingeleuchtet, weil ich hatte einfach das Gefühl, wenn man etwas verändern will, muss man das innerhalb des Systems machen, in der institutionellen Politik“* (Z. 387 – 390).

7.5.2 „Es ging um ein Engagement für die Sozialpolitik“ – Wahl der Partei

Es fällt auf, dass alle Befragten in einer Partei des linken politischen Spektrums politisieren, obwohl dies keine Voraussetzung dargestellt hat, um im Sampling aufgenommen zu werden. Gefragt nach Beweggründen für die Wahl der jeweiligen Partei erwähnen die weiblichen Interviewten primär das Feld der Sozialpolitik. Beispielhaft dazu ein Zitat von Frau C: *„Es ging mir vor allem um ein Engagement für die Sozialpolitik. Damals war der Slogan der [Name einer Partei], „klar sozial“, also Sozialpolitik in einem breiten Sinne ist einfach ein zentrales Thema“* (Z. 300 – 301). Frau G und Frau D begründen die Wahl der Partei mit dem jeweiligen Erfahrungshintergrund aus der Sozialen Arbeit. Dazu exemplarisch ein Zitat von Frau G: *„Ich wollte mich für die sozialpolitischen Anliegen einsetzen, weil ich aus diesem Feld der Sozialen Arbeit komme und dort viel Erfahrung mitbringe. Ich hatte das Gefühl, die [Name einer Partei] ist die Partei, die sich für die sozialpolitischen Themen einsetzt“* (Z. 179 – 182). Frau A, Frau C und Frau D haben gemeinsam, dass ihnen aufgrund ihres Hintergrunds aus der Sozialen Arbeit die Verpflichtung für die Menschenrechte sowie für Soziale Gerechtigkeit sehr wichtig war – auch deshalb hätten sie sich für die jeweilige Partei entschieden.

Herr F und Herr B, die sich im Vergleich zu den anderen Befragten bereits früh einer Partei angeschlossen haben, betonen primär den Einfluss der Herkunftsfamilie auf ihren Entschluss: *„Ob [Name einer Partei] oder nicht, das war für mich nie eine Frage ..., aber das hängt vielleicht auch ein bisschen mit meinem familiären Hintergrund zusammen“* (Herr F, Z. 74 – 76). Herr B, der sich während der Mittelschule einer Partei angeschlossen hat erwähnt, dass er als junge Person in der ersten Partei wenig ernst genommen, eher „belächelt“ worden sei und sich deshalb dazu entschieden hätte, eine neue Partei zu gründen: *„Das war vermutlich auch so ein bisschen Zeitgeist, also meine Generation, die sagt, man baut lieber etwas Eigenes auf, statt sich in ein gemachtes Nest zu legen“* (Z. 29 – 30).

7.5.3 Schlüsselereignisse in der Sozialen Arbeit – Motive zur Übernahme eines politischen Amtes

Wie begründen die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner ihren Schritt ins aktive parteipolitische Engagement? Gefragt nach den Motiven wird deutlich, dass die Übernahme eines politischen Amtes bei der Mehrheit der Interviewten enge Bezüge zu ihrer jeweiligen Tätigkeit in einem Handlungsfeld der Sozialen Arbeit aufweist.

a) „Da kommt man nicht mehr weiter“ – begrenzte Einflussnahme in der Einzelfallarbeit

Frau C, die zum Zeitpunkt ihrer Kandidatur für ihr erstes politisches Amt auf kantonaler Ebene als Sozialarbeiterin im Spitalkontext tätig war, erzählt: *„Ausschlaggebend, dass ich in die aktive Politik eingestiegen bin war, ich habe in meinem Beruf ... sehr früh festgestellt, dass die Soziale Arbeit, die sich hauptsächlich mit Einzelfällen, das heisst mit Fallarbeit befasst, dass die Probleme, die unsere Klienten haben, und wir als Sozialarbeitende versuchen sie zu unterstützen und zu beraten, dass diese Probleme oft einen engen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen haben“* (Z. 55 – 59). Sie habe bemerkt, dass es eine Ebene gibt, *„auf der wir in unserer Funktion als Sozialarbeitende nichts bewirken können“* (Z. 64). Als Beispiel führt sie aus, dass sie in ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin immer wieder mit Klientinnen und Klienten zu tun gehabt hätte, die trotz Sozialversicherungen nicht über die Runden gekommen seien, da es im System der Sozialversicherungen Lücken gäbe – das habe primär mit politischen Rahmenbedingungen zu tun. Das Thema Sozialversicherungen sei dann auch ein wichtiger Grund gewesen, weshalb sie schliesslich für ein zweites politisches Amt im Nationalrat kandidiert habe: *„Ich habe zunehmend gemerkt, von der Sozialarbeit her, die sozialpolitischen Themen sind auf nationaler Ebene, darüber wird national entschieden, vor allem die Sozialversicherungsfragen. Dann habe ich festgestellt, dass ich eigentlich gerne dort mitarbeiten und mitgestalten würde“* (Z. 113 – 115). Sie mache nach wie vor sehr gerne Fallarbeit, betont jedoch: *„Ich will eigentlich, dass diese Leute mich nicht brauchen, sondern, dass sie auch ohne mich ein gutes Leben führen können und Chancen haben“* (Z. 643 – 645). Frau E begründet ihren Entscheid für die Übernahme ihres ersten politischen Amtes im Kantonsrat ähnlich wie Frau C. Sie habe während ihrer damaligen Tätigkeit auf der Familienberatungsstelle festgestellt, dass sie ihre Arbeit nicht machen könne, wenn sie die Perspektive nur auf das Individuum richte: *„Wenn du das gleiche Problem bei Einzelpersonen immer wieder siehst, dann ist es ein gesellschaftliches Problem, dann musst du eine strukturelle und somit politische Veränderung einleiten. Also es braucht in der Sozialen Arbeit die Arbeit am Individuum und es braucht Arbeit an den Rahmenbedingungen, das hängt für mich einfach zusammen“* (Z. 62 – 65). Auch Frau E nennt ein konkretes Beispiel aus ihrer Praxis: *„Viele alleinerziehende*

Frauen, die aufgrund wirtschaftlicher Probleme die Familienberatung aufgesucht haben, bei diesen Frauen ging es immer um das Thema Alimente und man hat gesehen, dass das ein Machthebel ist für die Väter, dass diese dann einfach nicht zahlen und die Frauen in die Armut treiben“ (Z. 170 – 174). Ihr sei dann immer stärker bewusst geworden, dass sie bei solchen Fällen auf politischer Ebene aktiv werden müsse, um damit auch an den Rahmenbedingungen etwas verändern zu können. Frau G schildert, dass sie als Sozialarbeiterin in der Einzelfallarbeit immer wieder an Punkte gestossen sei, an denen sie festgestellt habe: „Da kommt man nicht mehr weiter“ (Z. 244). Sie habe viele Situationen erlebt, in denen sich die Klientel noch so anstrengt hätten: „Wenn es das System nicht zulässt, ... dann geht es nicht“ (Z. 247 – 249). Sie habe sich deshalb entschieden, selbst politisch aktiv zu werden: „Wenn man wirklich etwas am System verändern will, dann läuft es halt bei uns über die Politik, über die Parlamente“ (Z. 238 – 239). Frau G betont an mehreren Stellen im Interview, dass ihr Einstieg in die aktive Parteipolitik stark durch ihre berufliche Tätigkeit beeinflusst worden sei: „Andere haben vielleicht ein spezielles Erlebnis, treffen die richtigen Leute und bei mir hatte es wirklich viel mit meinem Beruf als Sozialarbeiterin zu tun“ (Z. 84 – 86). Ähnlich wie Frau C, Frau E und Frau G begründet auch Frau A ihre Kandidatur für ein politisches Amt im Stadtparlament unter anderem mit den folgenden Worten: „Wenn man wirklich etwas erreichen möchte, müsste man eigentlich auch direkt in der Politik mitarbeiten. ... Weil man auf der politischen Ebene einfach auch mehr erreichen kann als in der Einzelfallarbeit“ (Z. 86 – 90.).

b) „Sprachrohr“ sein – Interessensvertretung der Klientel

Frau A berichtet, dass sie sich im Rahmen ihrer Vorstandstätigkeit für einen Berufsverband Sozialer Arbeit intensiv mit dem Thema Sozialhilfe auseinandergesetzt und dabei festgestellt habe: *„Diese Personengruppe kann sich selber wenig verteidigen, kann wenig kämpfen und ich war dann der Meinung, für diese Personengruppe braucht es ein Sprachrohr Mich für diese Anliegen einzusetzen, das hat mich dann überzeugt und ich habe gefunden, dafür möchte ich mich auf politischer Ebene aktiv engagieren“ (Z. 257 – 262). Um ihre Aussage zu verdeutlichen, schildert Frau A ein Beispiel: „Wenn ich ein Auto kaufe, kann ich entscheiden, was für ein Auto ich kaufen möchte und ich als Kunde kann sagen, diese Qualität passt mir nicht. Als Sozialhilfeempfänger hast du diese Möglichkeit nicht, du kannst nicht sagen der Sozialarbeiter macht schlechte Arbeit oder mit diesen Finanzen komme ich nicht zurecht, also du kannst es schon sagen, aber du hast keine Chance, deswegen wird die Leistung nicht besser“ (Z. 723 – 727). Auch Frau G führt aus, dass sie sich primär als „Vertreterin von ... Klientinnen und Klienten“ (Z. 394), die selber keinen Zugang zur Politik haben oder ihre Anliegen nicht selber artikulieren können, aktiv auf*

politischer Ebene einsetzen wollte, da sie aufgrund ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin ein hohes Bewusstsein für die sozialpolitischen Anliegen von „Randgruppen“ habe. Sie sei täglich in Kontakt mit Personen *„über die man sonst in der Politik einfach entscheidet“* (Z. 522 – 523). Beide, Frau G und Frau A begründen ihr Einstieg explizit damit, dass es für sie zum Auftrag der Sozialen Arbeit gehöre, sich auch auf politischer Ebene für die Klientel einzubringen: *„Für mich war klar, wir haben als Sozialarbeitende den Auftrag auch auf politischer Ebene für die Klientel zu schauen, dass sie einen Platz in unserer Gesellschaft haben“* (Z. 476 – 478). Frau D verbindet ihr aktives parteipolitisches Engagement nicht wie die übrigen Interviewten direkt mit ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit. Sie erwähnt, dass sie primär durch ihr als politisch bezeichnetes Engagement im Rahmen von Vereinen festgestellt habe, dass sie auch parlamentarisch vertreten sein muss, um *„direkt mitreden“* und die Sozial- und Integrationspolitik *„mitprägen“* zu können. Sie fügt hinzu, dass sie primär Migrantinnen und Migranten auf politischer Ebene eine Stimme geben wollte, da sie selber auch Migrantin sei: *„Ich glaube es war wirklich stark die politische Arbeit, die ich schon ausserhalb der Partei angefangen habe zu machen, vor allem in den Vereinen, die mich motiviert hat auf parteipolitischer Ebene einzusteigen und für ein Mandat zu kandidieren“* (Z. 102 – 104).

c) *„Die Soziale Arbeit hat zu meinem weiteren politischen Engagement beigetragen“*

Bei Herr B und Herr F, die gegenwärtig beide in einem Exekutivamt tätig sind, stellt sich im Verlaufe des Interviews heraus, dass sie schon sehr früh parteipolitisch aktiv wurden und ihr erstes politisches Amt übernommen haben. Herr F, der zeitgleich mit seinem Parteibeitritt auch direkt sein erstes politisches Amt im Stadtparlament übernommen hat, schildert, dass er sein Motiv erst im Verlaufe seines aktiven Engagements entwickelt habe: *„Das war eigentlich erst der Start, dann hat es mir den Ärmel reingenommen ... es hat mich immer mehr fasziniert und immer mehr gepackt und das Interesse wurde immer grösser“* (Z. 25 – 28). Beide Befragten thematisieren während des Interviews primär ihre Motivlagen für ihr derzeitiges Amt in der Exekutive. Herr F betont, dass primär seine Erfahrung aus der Praxis als Sozialarbeiter in der Jugendarbeit eine entscheidende Rolle gespielt habe, um für ein politisches Amt als Stadtrat und Vorsteher eines Sozialdepartementes zu kandidieren: *„Dadurch, dass ich dieses Studium ... gemacht habe und lange Zeit in der Jugendarbeit tätig war, hat sich dieses Departement für mich sehr angeboten, weil ich im sozialen Bereich einfach viel Erfahrung mitbringe und deshalb habe ich dann auch gefunden, dieses Amt ist ein nächster Schritt, der mich reizt und interessant wäre“* (Z. 255 – 258). Herr B erwähnt, dass er bereits seine Rolle in seiner Tätigkeit als Sozialarbeiter und Projektberater im Altersbereich als *„extrem politisch“* erlebt habe: *„Ich habe Projekte durchgeführt in*

den Gemeinden und habe die Gemeinden beraten in Altersarbeitsthemen. Ich habe mit all diesen Gemeinderäten zu tun gehabt ich habe eigentlich die Alterspolitik von diesen Gemeinden geprägt“ (Z. 177 – 187). Auch er weist, ähnlich wie Herr F, darauf hin, dass seine berufliche Erfahrung seine Kandidatur für ein Amt in der Exekutive entscheidend beeinflusst habe: „Die Soziale Arbeit hat zu meinem weiteren politischen Engagement beigetragen“ (Z. 71 – 72). Auf Nachfrage erklärt Herr B: „Das Amt entsprach genau meinem Interessengebiet der Sozialarbeit, Schwerpunkt Altersarbeit, Quartierentwicklung, also Gemeinwesenarbeit. Ausgerechnet dieses Amt ist frei geworden, das bringt einen überhaupt einmal auf die Idee, dass man sich das überlegen könnte“ (Z. 297 – 300). Er habe sich im Wahlkampf aufgrund seines beruflichen Hintergrunds als Sozialarbeiter thematisch sehr gut positionieren können, das sei ideal gelaufen.

7.5.4 „Ich konnte mich gar nicht beteiligen“ – Hindernisse auf dem Weg zum aktiven parteipolitischen Engagement

Die Analyse des Datenmaterials hinsichtlich möglichen Hindernissen, die es auf dem Weg zum aktiven parteipolitischen Engagement zu überwinden gilt, hat nur wenige Ergebnisse hervorgebracht. Der Kategorie *Hindernisse* konnten lediglich aus dem Interview mit Frau A einige Textstellen zugewiesen werden. Frau A, die sich bereits als Jugendliche aktiv in Vereinen engagiert hat, erwähnt, dass sie sich zwischen ihrem Vereins- sowie parteipolitischen Engagement über lange Zeit „gar nicht mehr“ für Politik bzw. politisches Engagement interessiert habe. Auf Nachfrage erklärt sie: „Mein Interesse war weg, weil ich konnte mich gar nicht beteiligen, weil ich den Ausländerpass hatte, das war für mich eine Hürde“ (Z. 223 – 224). Sie habe lange Zeit gezögert, sich einbürgern zu lassen, da sie das ganze Verfahren als „degradierend“ empfunden habe. Während ihres aktiven Engagements in einem Berufsverband der Sozialen Arbeit sei ihr politisches Interesse schliesslich (erneut) geweckt worden (S. 48) und daraufhin habe sie beschlossen: „Wenn ich mich einbürgern lasse, dann nur, um politisch aktiv zu werden“ (Z. 47).

7.6 Persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln

Der Themenkomplex *persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln* fasst Fähigkeiten bzw. Kompetenzen für politisches Handeln zusammen, welche die Interviewten persönlich mitbringen und für ihr politisches Handeln als wichtig erachten. Nachfolgend werden die entsprechenden Ergebnisse entlang der induktiv gebildeten Subkategorien dargelegt.

7.6.1 „Es sind eigentlich sehr ähnliche Fähigkeiten wie in der Sozialen Arbeit“ – Kompetenzen aus der Ausbildung und Berufspraxis

Es fällt auf, dass die Befragten primär Fähigkeiten bzw. Kompetenzen aufzählen, die sie mit ihrer Ausbildung oder praktischen Tätigkeit in der Sozialen Arbeit in Verbindung bringen. Dies verdeutlicht ein Zitat von Frau D, die parallel zu ihrer politischen Tätigkeit als Sozialarbeiterin in einer kantonalen Verwaltung tätig war: *„Ich glaube wirklich, es sind eigentlich sehr ähnliche Fähigkeiten wie in der Sozialen Arbeit, die ich auch für die politische Arbeit brauche“* (Z. 328 – 330). Auf Nachfrage konkretisiert Frau D, dass sie auf politischer Ebene keine Probleme habe in Auseinandersetzung zu gehen, sich gut durchsetzen könne und wisse, wie sie mit Konflikten umgehen müsse – Fähigkeiten, die sie primär in der Praxis als Sozialarbeiterin erworben habe. Frau G äussert sich ähnlich, wenn sie erzählt, dass sie in ihrer Tätigkeit als Stadtparlamentarierin insbesondere von ihrer *„breiten Ausbildung in der Gesprächsführung“* (Z. 385) profitiere und überzeugt sei, dass sie durch diese Techniken, die sie in ihrer Ausbildung zur Sozialarbeiterin erlernt habe, auch im Gespräch mit politisch anders denkenden Personen geduldiger sein könne und wisse wie man nachfragt: *„Ich lasse mich nicht so schnell abschrecken oder einschüchtern, also ich denke diese Ausbildung, diese spüre ich wirklich, die bringt mir viel für meine politische Tätigkeit“* (Z. 388 – 389). Auch Frau E erwähnt, dass sie in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit gelernt habe, Gespräche zu führen und entsprechend zu argumentieren. Sie sei überzeugt, dass gut ausgebildete Kommunikationsfähigkeiten auf politischer Ebene einen grossen Pluspunkt darstellen würden. Dieser Meinung schliesst sich auch Frau A an und erzählt, dass sie in der Sozialen Arbeit stark sensibilisiert worden sei, darauf zu achten, welche Zielgruppe sie vor sich hat und wie kommuniziert werden müsse, *„und das lernt man natürlich in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit, zu realisieren, aha, welche Zielgruppe hast du vor dir und entsprechend zu reagieren und vor allem auch zu argumentieren“* (Z. 365 – 367) – diese Fähigkeit habe sich als hilfreich für die politische Arbeit herausgestellt. Frau A und Frau E sind sich ausserdem einig, dass sie in ihrer politischen Tätigkeit von der Fähigkeit des systemischen Denkens profitieren. Systemisches Denken sei in der Politik *„extrem gefragt“* (Frau E, Z. 529), da man das politische System mit seinen Eigenheiten verstehen müsse. Frau E und Frau D fügen schliesslich hinzu, dass sie ihr vertieftes Wissen aus der Sozialen Arbeit zu den Themen Gruppendynamik und Konflikte als hilfreich für die politische Tätigkeit empfinden: *„Wenn du den Widerstand in der Politik zu früh oder an einem falschen Ort hast, bringst du ihn fast nicht mehr weg“* (Frau E, Z. 547 – 548). Schliesslich fasst die ehemalige Regierungsrätin zusammen: *„Ich habe gemerkt, wenn du so einen Weg machst, aus der Sozialen Arbeit in die Politik gehst, da haben wir schon einiges anzubieten und da bringen wir eigentlich viele grundlegende Kompetenzen bereits mit ... Gruppendynamik, Prozessgestaltung, Konflikt-*

bearbeitung, Kommunikation und das systemische Denken ist sehr wichtig und das lernt man in unserer Ausbildung, das hat sehr viel mit der Sozialen Arbeit zu tun“ (Frau E, Z. 738 – 743).

Herr F und Herr B, die beide auf kommunaler Ebene in der Exekutive tätig sind, verweisen anders als die übrigen Interviewten zusätzlich auf Methoden aus der Sozialen Arbeit, die sie in ihrer politischen Tätigkeit nutzen würden. So schildert Herr F, dass er erst vor Kurzem in einem Gespräch festgestellt habe *„dass das, was ich mir an Kompetenzen und Methoden angeeignet habe im Studium der Soziokultur, dass das eigentlich sehr nahe ist an dem, was ich als Politiker machen und können muss“* (Z. 348 – 350). Er führt aus, dass es in der Soziokulturellen Animation primär darum gehe, die Bevölkerung, Quartiere und Gruppen von Menschen *„mitzunehmen, abzuholen, zu motivieren, und zu schauen, wie können sie sich einbringen, Methoden der Partizipation also, damit man am Schluss zu einer Lösung kommt“* (Z. 353 – 355), und das sei in der Politik eigentlich genau dasselbe. Auch auf politischer Ebene müsse er weite Kreise überzeugen und motivieren können, wenn er Mehrheiten generieren wolle: *„Ich profitiere in meiner politischen Tätigkeit sehr von meinem Hintergrund aus der Sozialen Arbeit“* (Z. 259 – 260). Schliesslich resümiert Herr F, der sich zum Zeitpunkt des Interviews als „Vollzeitpolitiker“ bezeichnet: *„Obwohl ich weg bin aus der Praxis, merke ich, ich bin eigentlich mit dem, was ich jetzt mache, als Politiker, immer noch recht nahe an der Sozialen Arbeit, einfach auf einer anderen Ebene“* (Z. 350 – 352). Herr B, der ähnlich wie Herr F ebenfalls Vorsteher eines Sozialdepartementes ist, nennt als Beispiel die Quartierentwicklung als Teil seines Aufgabenfeldes, in der es stark um Methoden des Empowerments und Methoden der Partizipation gehe, um die Menschen zu erreichen, miteinzubeziehen und zu motivieren, *„also das sind Grundelemente und Methoden der Sozialen Arbeit, die ich auch für meine politische Arbeit nutze“* (Z. 543 – 544). Auch an weiteren Stellen im Interview verweist Herr B auf inhaltliche Parallelen zwischen seinem Beruf als Sozialarbeiter und seinem Amt als Stadtrat: *„Zuerst Soziale Arbeit in [Name einer Organisation im Altersbereich] und dann war der Schritt zur Stadt inhaltlich eigentlich gar nicht mehr so gross“* (Z. 212 – 213). Er resümiert: *„In meinem Amt als Stadtrat kann ich jetzt genau das umsetzen, was ich beruflich und von der Ausbildung her mitgenommen und gelernt habe“* (Z. 93 – 95).

7.6.2 „Ich bin eine Gruppenfrau“ – Offenheit und Teamfähigkeit

Unabhängig von Ausbildung und Berufspraxis der Sozialen Arbeit nennen die Befragten weitere Fähigkeiten, die sie für die politische Tätigkeit mitbringen und als wichtig erachten. So erwähnen Frau A und Herr B, dass sie gegenüber anderen Menschen offen und interessiert seien: *„Die Tatsache, dass ich offen bin, dass mich der Mensch interessiert, dass*

ich eigentlich sehr zugänglich bin. Ich glaube, das ist auch ein Vorteil in der Politik, jetzt aus meiner Sicht, dass ich eigentlich mit sehr vielen verschiedenen Leuten reden kann“ (Z. 277 – 286). Frau D, Frau G und Frau E sind sich einig, dass soziale Kompetenzen, wie zum Beispiel die Fähigkeit im Team zu arbeiten, wichtig seien: „Man muss mit Menschen arbeiten, die gewählt sind, sei es jetzt in deiner Partei oder einer anderen Partei, also man muss wirklich mit anderen zusammenarbeiten können und teamfähig sein“ (Frau D, Z. 319 – 321). Frau E unterstreicht diese Aussage: „In der politischen Arbeit bist du im System drin, du hast eine wichtige Rolle, du kannst viel anschieben, aber wirklich nicht alleine“ (Z. 590 – 591). Sie fügt hinzu, dass sie schon immer eine „Gruppenfrau“ (Z. 597) gewesen sei und es ihr aus diesem Grund nicht so schwergefallen sei, Nähe zu den Menschen zu schaffen. Die Kunst in der Politik sei jedoch, „Nähe zu schaffen, ohne sich Vereinnahmungen zu lassen“ (Frau E, Z. 600 – 601).

7.6.3 Durchhaltevermögen und professionelle Distanz

Frau D, Herr F, Frau G und Frau E sind sich einig, dass man für die politische Tätigkeit Geduld und Durchhaltevermögen mitbringen müsse, da politische Prozesse teilweise sehr langwierig sein können: „Wenn man das Gefühl hat, man kann hier reinkommen und „zack“ alles verändern, das geht nicht“ (Frau G, Z. 467). Frau G schildert, man müsse bereit sein, sich einzulassen und man dürfe sich nicht zu schnell entmutigen lassen. Auch Frau E ist überzeugt: „Menschen, die in der Politik sind, müssen viel ‚Schnuff‘ für diese Prozesse haben, sonst geht es nicht“ (Z. 575 – 576). Frau A und Herr F sind der Meinung, dass es wichtig ist, sich professionell abgrenzen zu können. Herr F berichtet in diesem Zusammenhang, dass es in regelmässigen Abständen viel Kritik gäbe und er vielleicht auch deshalb gut für ein Engagement in der Parteipolitik geeignet sei, weil er sich professionell abgrenzen könne: „Man darf das Ganze nicht zu nahe an sich ranlassen und Kritik und Widerstände nicht persönlich nehmen, sonst macht man das nicht lange mit“ (Z. 308 – 309). Auch Frau E, die insgesamt während über dreissig Jahren in der Parteipolitik aktiv war, erwähnt, dass sie es kaum so lange in der Politik ausgehalten hätte, wenn sie immer alles „1:1 genommen hätte“ denn, „dann gehst du kaputt“ (Z. 505).

7.6.4 Selbstbewusstsein und politisches Interesse

Frau E und Herr B sind der Meinung, dass Mut und Selbstbewusstsein wichtige Voraussetzungen für politisches Handeln darstellen würden: „Was ich sehr wichtig finde, was ich auch mitbringe, ist das Thema Mut“ (Herr B, Z. 521 – 522). Selbstbewusst für Dinge einzustehen und etwas durchzuziehen „egal, ob es politischen Widerstand gibt“ (Herr B, Z. 528 – 529). Frau E beschreibt sich in diesem Zusammenhang als „Risikofreudige“: „Ich habe immer gedacht, mir kann nichts passieren“ (Z. 639 – 640). Schliesslich erwähnen alle

Befragten, dass sie ein ausgeprägtes Interesse für politische Fragen und Themen mitgebracht hätten. Dazu exemplarisch ein Zitat von Frau G: *„Man muss wirklich viel Interesse mitbringen für die Politik, sonst ‚verleidet‘ es einem ganz schnell“* (Z. 465 – 466).

7.7 Vereinbarkeit Parteipolitik und Soziale Arbeit

Während der Auswertung des Interviewmaterials hat sich unerwartet ein neuer Themenkomplex herauskristallisiert: Die Befragten haben sich (unaufgefordert) ausführlich dazu geäußert, inwiefern sich ihr aktives Engagement in der Parteipolitik mit der jeweiligen beruflichen Tätigkeit in der Sozialen Arbeit vereinbaren lässt. Im Sinne einer ergebnisoffenen Auswertung (Kapitel 6.2) hat die Autorin entschieden, eine neue Hauptkategorie *Vereinbarkeit Parteipolitik und Soziale Arbeit* zu bilden, diese in das Kategoriensystem aufzunehmen und das gesamte Datenmaterial erneut durchzuarbeiten, um die entsprechenden Aussagen zu bündeln. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser induktiv gebildeten Kategorie vorgestellt.

7.7.1 „Es hat sich gegenseitig immer sehr reichhaltig beeinflusst“ – Parteipolitik und Soziale Arbeit als ideale Kombination

a) Soziale Arbeit als „Triebfeder“ für das politische Engagement

Frau E, die während ihres Engagements in der aktiven Parteipolitik lange Zeit in der Praxis der Sozialen Arbeit tätig war, betont: *„Das war eine optimale Kombination, diese zwei Tätigkeiten“* (Z. 103). Die beiden Bereiche hätten sich ihrer Meinung nach *„gegenseitig immer sehr reichhaltig beeinflusst“* (Z. 656). So bezeichnet sie ihre praktische Erfahrung aus ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin an einer Stelle im Interview als „Triebfeder“ für ihre Aktivitäten auf politischer Ebene. Auf Nachfrage führt sie aus: *„Als Triebfeder, damit meine ich (...) das Wissen aus der Praxis in der Sozialen Arbeit, man hat auf politischer Ebene etwas in der Hand, wenn man sich engagiert, wenn man das Individuelle und das System zusammendenkt“* (Z. 671 – 673). Auch Frau C, die neben ihrem Amt als Nationalrätin nach wie vor als Sozialarbeiterin tätig ist, bezeichnet die Parallelität der beiden Tätigkeiten, ähnlich wie Frau E, als „ideale Kombination“: *„Was ich in der politischen Arbeit mache und in der Sozialarbeit, ich finde, das ist auch eine ganz gute Verbindung und zwar auf beide Seiten“* (Z. 165 – 167). Frau C schildert ausführlich, dass sie insbesondere im Rahmen der Kommissionsarbeit⁵¹ immer wieder mit konkreten Beispielen aus ihrer sozialarbeiterischen Praxis argumentieren und ihre Ausführungen somit für andere politische Entscheidungsträ-

⁵¹ Kommissionen sind nach Themen (z. B. Rechtsfragen, Sozialpolitik) geordnet und befassen sich mit der Vorberatung von Gesetzen. Sie bieten Raum, um vertieft zu diskutieren, Sachfragen zu klären, sowie auch Expertinnen und Experten und betroffene Kreise anzuhören (Schweizerische Bundeskanzlei, 2016, S. 30).

ger auch „greifbarer“ machen könne. Sie erzählt in diesem Zusammenhang von einer IV-Revision auf nationaler Ebene, bei der sie sich intensiv eingebracht und festgestellt habe: *„Hier habe ich etwas zu bieten und zwar mehr als andere, weil zu diesem Thema hatte ich einfach viel Wissen, aus der Ausbildung einerseits aber andererseits natürlich vor allem durch meine sozialarbeiterische Tätigkeit in der Praxis“* (Z. 338 – 340). Dadurch habe sie sich Respekt verschafft, auch über die Parteigrenzen hinaus, bei Angehörigen anderer Parteien: *„Ich habe gemerkt, die Leute hören mir zu, weil sie merken, dass ich weiss, wovon ich rede“* (Z. 343 – 344). Auch Frau A erwähnt, dass sie vor allem in Einzelgesprächen mit anderen Politikerinnen und Politikern mit ihrem fachlichen Hintergrund aus der Sozialen Arbeit differenziert argumentieren und damit auch überzeugen könne. Sie ergänzt jedoch, dass Argumentationen aus der Sozialen Arbeit auf politischer Ebene *„nicht immer verhebet“* (Z. 373). Auf Nachfrage führt Frau A aus: *„Also, dass es zum Beispiel wichtig und entscheidend ist für eine Person, wenn sie nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig ist, diese Argumentation ist zwar wichtig in der Sozialen Arbeit, dort ist dieser Blickwinkel auf den Einzelfall zentral“* (Z. 373 – 375). In der Politik müsse jedoch stärker der gesellschaftliche Aspekt betont werden, im Sinne von: *„Was bringt es der Gesellschaft, wenn viele Personen nicht mehr abhängig sind von der Sozialhilfe“* (Z. 377 – 378).

b) Politische Engagement als „Bereicherung“ für die Soziale Arbeit

Die Befragten scheinen nicht nur auf politischer Ebene von ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit zu profitieren, sondern auch umgekehrt. So erwähnt Frau D, dass sie durch ihre politische Arbeit ein viel stärkeres Bewusstsein dafür entwickelt habe, dass politische Entscheidungen starke Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin hätten. Sie habe sich deshalb auch in ihrer sozialarbeiterischen Tätigkeit, die sie nicht im selben Kanton ausgeführt hat, in dem sie politisch aktiv ist, zunehmend informiert, welche politischen Geschäfte aktuell sind, *„weil ich diese Seite durch meine politische Tätigkeit auch sehr gut kennengelernt habe und gewusst habe, dass man immer beobachten muss, was politisch abläuft, ... weil das auch wieder eine Auswirkung hat auf die eigene Tätigkeit in der Sozialen Arbeit“* (Z. 287 – 290). Sie fügt an, dass auch Mitarbeitende von ihrer „politischen Sensibilität“ profitiert hätten: *„Ich habe noch eine andere Sicht reingebracht, wenn es zum Beispiel um Öffentlichkeitsarbeit ging, das war sicher auch eine Bereicherung für die anderen“* (Z. 315 – 316). Ähnlich äussern sich auch Frau A und Herr F, die erwähnen, dass sie durch ihre politische Tätigkeit das politische System – den „Überbau“ (Herr F, Z. 198) bzw. die „Metaebene“ (Frau A, Z. 471) der Sozialen Arbeit – kennengelernt hätten und dadurch auch stärker darauf sensibilisiert worden seien, wie sich politische Auswirkungen in der beruflichen Tätigkeit auswirken. Ähnlich wie Frau D ist schliesslich auch Frau A der Meinung, dass ihr breites Wissen über politische Prozesse für die

Mitarbeitenden in ihrer Organisation hilfreich sei: Wenn zum Beispiel ein Vorstoss beantwortet werden müsse, wisse sie genau, worauf bei der Formulierung speziell zu achten sei, damit die Argumentation auf politischer Ebene *„nicht schräg ankommt“* (Z. 477).

Einige der Befragten erwähnen, dass die aktive politische Tätigkeit Kompetenzen und Fähigkeiten fordere und fördere, die auch in der Sozialen Arbeit von Nutzen seien und eine Kombination der beiden Aktivitäten nicht zuletzt deshalb *„eine Bereicherung“* sei. Frau C, die parallel zu ihrer politischen Tätigkeit im Nationalrat als Sozialarbeiterin in einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde tätig ist, erwähnt, dass sie in der Politik gelernt habe, ihre *„Position zu vertreten, zu verhandeln ‚hinstehen‘ können, auftreten können ... in Auseinandersetzung gehen können“* (Z. 418 – 426) – davon habe sie auch in ihrem beruflichen Alltag immer wieder stark profitiert. Zur Illustration erzählt Frau C, dass sie erst kürzlich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit unvorbereitet ein Plädoyer halten musste: *„Ich konnte in dieser Situation situativ das machen, was ich machen musste und das hätte ich wahrscheinlich nicht geschafft, wenn ich nicht so viel Erfahrung mit Auftritten hätte, bei denen man zum Teil sehr spontan sein muss und spontan argumentieren muss“* (Z. 473 – 475). Auch Herr B, der vor der Übernahme seines politischen Amtes als Stadtrat lange Zeit gleichzeitig bei einer Organisation im Altersbereich und als Stadtparlamentarier aktiv war, betont, dass seine politischen Fähigkeiten für seine berufliche Aktivität von zentraler Bedeutung gewesen seien. So hätte er beim Beraten von Gemeinden oft auch politisch argumentieren und herausfinden müssen, wie die jeweiligen Personen *„ticken“* und auf welche Argumente sie ansprechen: *„Um das zu beherrschen, muss man sich politisch in die Lage von jemandem versetzen können, und merken, aha, auf was hört die Person, was ist ihr wichtig, das habe ich in der Politik gelernt“* (Z. 273 – 275). Er fügt an dieser Stelle hinzu, dass seine parteipolitische Aktivität und damit verbunden seine Kenntnisse über das politische System sowie sein grosses Interesse für die Politik entscheidend dazu beigetragen hätten, dass er diese Stelle als Sozialarbeiter damals überhaupt bekommen habe.

7.7.2 *„In der Stadt politisieren und in der Stadt arbeiten ist heikel“* – Parteipolitik und Soziale Arbeit als Gratwanderung

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Parteipolitik und Sozialer Arbeit lassen sich in den Daten auch Äusserungen finden, die darauf hinweisen, dass die Kombination nicht nur als *„ideal“* eingeschätzt wird. So bezeichnet Frau A die Parallelität ihrer beruflichen Tätigkeit als Leiterin einer staatlichen Tagesbetreuung und ihrer politischen Tätigkeit als Stadtparlamentarierin an einer Stelle im Interview als *„Gratwanderung“*. Da sie aufgrund ihres politischen Amtes über *„Insider-Wissen“* verfüge, müsse sie sich jeweils immer gut überlegen, welche Informationen sie weitergebe – auf beide Seiten: *„Ich komme dann fast in den*

Zwiespalt, weil ich muss immer wieder schauen, wie positioniere ich mich“ (Z. 493 – 494). Dies sei vor allem auch gegenüber der übergeordneten Leitung nicht immer einfach, da sie „hie und da“ über der Leitung stehe, auch was die Entscheidungen anbelange: „Ich bin in einem Gefäss drin, wo sie [die Leitung] nicht drin sein kann“ (Frau A, Z. 483 – 484). Herr F, der vor der Übernahme seines Amtes als Stadtrat längere Zeit in der Jugendarbeit gearbeitet und im Stadtparlament politisiert hat, erzählt: „Ich hatte in diesem Sinne immer ein bisschen eine spezielle Rolle in der Jugendarbeit man ist nicht irgendwie freischaffend oder freiwillig tätig, sondern in einem Anstellungsverhältnis bei der Stadt und gleichzeitig sitzt man bei dieser Stadt auch im Parlament“ (Z. 160 – 168). Er setzt an dieser Stelle hinzu: „Ich weiss nicht, ob das unbewusst vielleicht auch (...) ein bisschen erschwerend dazu gekommen ist, dass ich das System nicht wahnsinnig kritisch hinterfragt habe“ (Z. 169 – 170). Frau G äussert in diesem Zusammenhang: „In der Stadt politisieren und in der Stadt arbeiten ist heikel, wenn ich mich als Politikerin auch noch im sozialen Bereich engagiere“ (Z. 281 – 282). Sie untermauert ihre Aussage anhand einer konkreten Situation aus ihrer Praxis als Sozialarbeiterin in der Kinder- und Jugendhilfe, als sie im Zusammenhang mit einem ihrer Klienten einen Rekurs beim Sozialamt einlegen wollte. Das habe einen „Riesenwirbel“ verursacht: „Sie [Sozialarbeitende des Sozialamtes] haben dann auch gesagt zu mir, du hier als Politikerin und dann noch hier arbeiten“ (Z. 289 – 290). Sie sei nach dieser Situation verunsichert gewesen, was sie als Sozialarbeiterin überhaupt noch machen könne, nun da sie parallel dazu auch als Sozialpolitikerin aktiv sei. Sie erklärt, dass sie sich einerseits nicht „zurückbinden lassen“ wolle, wenn sie das Gefühl habe, dass sie sich für Klientinnen und Klienten auch auf politischer Ebene einsetzen müsse und dennoch müsse sie vorsichtig sein, weil die Kinder- und Jugendhilfe, bei der sie gegenwärtig als Sozialarbeiterin tätig ist, auch finanzielle Mittel von der Stadt bekomme.

Frau C und Frau D erinnern sich beide an Situationen, in denen ihr politisches Engagement bei einem staatlichen Arbeitgeber nicht erwünscht gewesen sei. Frau C erzählt, dass sie nach ihrer Ausbildung als Sozialarbeiterin Schwierigkeiten gehabt hätte, eine Stelle zu finden. Sie habe ein Praktikum als Sozialarbeiterin bei einer Gemeinde gemacht und wäre gerne dort geblieben, aber: „Mein politisches Engagement war wirklich der Grund dafür, warum man mich dort nicht wollte“ (Z. 196 – 197). Frau D berichtet, dass ihre Wahl in den Kantonsrat von ihren Vorgesetzten „befremdend“ zur Kenntnis genommen worden sei: „Das war für mich schon sehr irritierend, dass sie mir nicht einmal gratuliert haben“ (Z. 303 – 304). Die Sozialarbeiterin, die seit kurzem nicht mehr in der kantonalen Verwaltung tätig ist, fügt hinzu: „Ich weiss, dass sie jetzt bei meiner Nachfolge explizit darauf geachtet haben, dass die Person nicht politisch aktiv ist“ (Z. 312 – 313).

7.7.3 „Verschiedene Dinge unter einen Hut packen“ – zeitliche Vereinbarkeit

Einige der Befragten äussern sich auch zur zeitlichen Vereinbarkeit ihres parteipolitischen und sozialarbeiterischen Engagements. Dabei sind sie sich einig, dass die politische Arbeit sehr viel Zeit in Anspruch nimmt: *„Der Zeitaufwand ist hoch, wenn du es wirklich gut machen willst, brauchst du ziemlich viel Zeit“* (Frau A, Z. 331 – 332). Dies hat gemäss Frau A und Frau G vor allem damit zu tun, dass man sehr viel lesen müsse. Frau A, die als Sozialarbeiterin neben ihrem politischen Amt eine Leitungsposition innehat, erklärt, dass es für ihre Mitarbeitenden manchmal schwierig sei, wenn sie aufgrund ihres politischen Engagements abwesend sei: *„Und das ist hie und da schon noch frustrierend für sie, wenn sie wichtige Fragestellungen haben und warten müssen bis ich wieder zurück bin, das ist schwierig“* (Z. 533 – 535). Auch Frau C, die parallel zu ihrem politischen Amt im Nationalrat in einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde tätig ist, erwähnt, dass sie zwar Jahresarbeitszeit habe, die es ihr ermögliche, während den Sessionen flexibel zu sein. Dennoch stelle die zeitliche Koordination der beiden Tätigkeiten eine „riesen Herausforderung“ dar, *„gerade wenn es Krisensituationen sind, wenn es Klienten schlecht geht, ich viele Sachen zu erledigen habe, dann ist es manchmal schon ein bisschen schwierig“* (Z. 254 – 255). Frau G scheint die beiden Tätigkeiten zeitlich gut miteinander vereinbaren zu können. So erwähnt sie, dass es ihr wichtig sei, neben der Politik in der Sozialen Arbeit zu bleiben: *„Und das hat klar auch dieser Beruf in der Sozialen Arbeit ermöglicht, weil ich so flexibel sein kann, Teilzeit arbeiten kann. Man kann verschiedene Dinge unter einen Hut packen“* (Z. 616 – 617).

7.8 Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden

Die Befragten äussern sich während den Gesprächen immer wieder dazu, wie sie das gegenwärtige politische Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden einschätzen. Es scheint ihnen in diesem Zusammenhang auch ein Bedürfnis zu sein, auf mögliche Wege der politischen Einflussnahme jenseits der Parteipolitik hinzuweisen. Die Hauptkategorie *Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden* beantwortet nicht direkt die der vorliegenden Master-Thesis zugrundeliegende Fragestellung. Sie bietet jedoch einen zusätzliche Erkenntnisgewinn im weitgehend unerforschten Themengebiet „Soziale Arbeit und politisches Handeln“ (Kapitel 2.4), deshalb will die Autorin die entsprechenden Stellungnahmen der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner nicht vorenthalten und hat entschieden, diese unter einem neuen, induktiv gebildeten Themenkomplex in die Auswertung miteinzubeziehen. Die wichtigsten Aussagen der Kategorie werden genutzt, um die Darstellung der Ergebnisse abzurunden.

7.8.1 „Sie haben dann aber so eine ‚Opferhaltung‘“

Herr F, der in seinem Alltag als Stadtrat und Vorsteher eines Sozialdepartementes häufig mit Sozialarbeitenden in Kontakt steht, äussert: *„Im Alltag erlebe ich kein grosses Interesse für das politische Geschehen von Seiten der Sozialarbeitenden“* (Z. 278 – 279). Er führt weiter aus: *„Ich habe den Eindruck, dass es eigentlich nicht die Professionellen der Sozialen Arbeit sind, die eine starke Verbindung haben zur Politik, es sind einfach Einzelfiguren, Einzelpersonen, die rausstechen, ... aber es ist für mich nicht feststellbar, dass es eine grössere Mehrheit gibt, die sich für das politische Geschehen interessiert, geschweige denn engagiert“* (Z. 288 – 292). Auch Frau D kritisiert, dass die politische Dimension der Sozialen Arbeit den Fachkräften zu wenig bewusst sei. Sie macht ihre Einschätzung anhand einer eigenen Erfahrung aus dem Studium fest: *„Wenn es zum Beispiel darum ging, hey, es gibt eine Abstimmung zu einem Thema, zum Beispiel die Asylgesetzrevision, wir gingen für ein Referendum Unterschriften sammeln, dann hat es mich wirklich erstaunt, wie wenig Leute sich dafür interessiert haben und das Gefühl hatten, also mit Politik habe ich nichts am Hut, das hat nichts mit meiner Arbeit zu tun, ich arbeite mit dem Individuum, das geht mich nichts an“* (Z. 398 – 402). Herr B äussert sich ähnlich wie Frau D und erzählt, dass sich viele seiner Mitstudierenden nicht für die politische Dimension der Sozialen Arbeit interessiert hätten: *„Viele Leute waren so ein bisschen, ach, wir wollen jetzt doch einfach sozial tätig sein, was soll das alles die Politik, das braucht man gar nicht“* (Z. 245 – 246). Frau A hingegen, ist überzeugt davon, dass sich viele Sozialarbeitende bewusst darüber seien, dass die politischen Rahmenbedingungen ihren Handlungsspielraum einschränken würden: *„Sie haben dann aber so eine ‚Opferhaltung‘ und finden, ja, andere entscheiden halt darüber, ich kann da nichts machen“* (Z. 655 – 657). Dass Fachkräfte über schwierige Rahmenbedingungen „schimpfen“ (Herr B, Z. 258), selber jedoch nicht aktiv werden, erleben auch Herr B und Herr F. Herr F räumt an dieser Stelle ein, dass viele Sozialarbeitende in der Einzelfallarbeit stark ausgelastet seien, da die Falllast extrem hoch sei und: *„Dass man dann deshalb vielleicht nicht noch Lust hat, sich in der Freizeit auch noch mit diesen schwierigen sozialpolitischen Fragen auseinanderzusetzen“* (Z. 284 – 286).

Im Zusammenhang mit den Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement der Sozialarbeitenden weist ein Grossteil der Befragten auf die von ihnen wahrgenommenen gegenwärtigen politischen Entwicklungen hin. Frau A, Frau D, Frau G und Herr F betonen, dass es vor allem in Anbetracht der „sich verschärfenden“ politischen Entwicklungen zukünftig immer wichtiger werde, auch auf politischer Ebene für die Angebote der Sozialen Arbeit zu „kämpfen“. So berichtet Frau A, dass sie in ihrem politischen Alltag wahrnehme, dass das Thema Solidarität immer stärker hinterfragt werde: *„Der Gedanke,*

dass es da überhaupt gewisse Angebote braucht, dass es zum Beispiel Sozialhilfe braucht, das ist nicht mehr so selbstverständlich (...) und da muss man viel mehr kämpfen und sich einsetzen“ (Z. 681 – 683). Die Angriffe seien teilweise massiv und die Hauptstossrichtung vieler Parteien laute: „Sparen, und zwar massiv auf Steuerebene, das beutetet, dass die Einnahmen weniger werden für den Staat und somit auch für die Soziale Arbeit“ (Z. 680 – 683). Auch Herr F nimmt wahr, dass gegenwärtig eher der Trend sei „runterzufahren mit den Leistungen“ (Z. 479). Er erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die letzte Revision bei der Invalidenversicherung (IV) eine massive Auswirkung auf die Sozialhilfe gehabt hätte und viele Leute „rausgefallen“ seien: „Das mag es nicht noch einmal leiden, dass wir noch einmal so eine Übung haben“ (Z. 482 – 483). Frau G betont, dass für sie klar sei, dass Sozialarbeitende auch einen pädagogischen Auftrag hätten, „dass die Klientinnen und Klienten auch lernen müssen, dass nicht alles so geht, wie sie sich das vorstellen“ (Z. 541 – 542). Sie habe aber das Gefühl, dass gegenwärtig immer mehr erwartet werde, diese Menschen einfach „ruhig zu stellen“. Sie betont an dieser Stelle, dass sie über die letzten Jahre in ihrer politischen Tätigkeit beobachtet habe, dass der Spardruck zugenommen habe: „Überall wo der Geldhahn zugedreht wird, überall wo Gesetze irgendwo verschärft werden, überall wird abgebaut. ... Deshalb wäre es auch wichtig, dass man sich auch wieder stärker einsetzt vonseiten der Sozialen Arbeit, dass man dagegenhält“ (Frau G, Z. 552 – 555). Schliesslich äussert auch Frau D, dass man gegenüber dem System, das gegenwärtig „immer mehr in Richtung Repression geht, wo man immer mehr Kürzungen vornimmt“ (Z. 364 – 365) kritisch sein und sich politisch vermehrt einbringen müsse, da auch die Ressourcen für die sozialarbeiterische Tätigkeit politisch festgelegt würden: „Ich finde es wichtig, dass man nicht einfach als Mitläufer mit diesem System mitgeht, sondern, dass man diesem Ganzen auch Grenzen setzt“ (Frau D, Z. 367 – 396).

7.8.2 „Ich sage nicht, dass alle eine parteipolitische Karriere starten müssen“

Die Befragten bewerten ihr aktives Engagement in der Parteipolitik durchgehend positiv. So wird immer wieder betont, dass durch ein politisches Amt die Möglichkeit bestehe, sozialpolitische Themen mitzugestalten und auch Einfluss zu nehmen auf wichtige Entscheidungen: „Also ich habe das Gefühl man kann wirklich etwas erreichen in der Politik, auch als Einzelperson“ (Frau A, Z. 683 – 684). Herr F ist der Meinung, dass er als Stadtrat die Möglichkeit habe, Projekte mit Priorität zu behandeln und diesen zum Durchbruch zu verhelfen: „Am Schluss ist es so, dass man auch ein bisschen seinen eigenen Stempel aufdrücken kann, das ist sehr reizvoll“ (Z. 383 – 384). Frau E bringt ihre Haltung schliesslich wie folgt auf den Punkt: „Es gibt Spielfelder in der Politik, aber man muss es wagen, man muss Wege öffnen“ (Z. 523 – 524). Den Befragten scheint es dennoch wichtig zu betonen, dass sie ihr Engagement in der aktiven Parteipolitik nicht für den einzigen richti-

gen Weg halten, sich als Sozialarbeitende politisch einzubringen. Frau E, die grundsätzlich die Haltung vertritt, dass *„Leute, die im Bereich der Sozialen Arbeit tätig sind, eine Verantwortung haben, dass sie sich auch politisch engagieren“* fügt an dieser Stelle hinzu: *„Sie müssen nicht alle einer Partei beitreten, ‚will’s Gott‘ nicht“* (Z. 67 – 69). Hingegen sei es von zentraler Bedeutung, dass man sich zumindest mit politischen Prozessen und gesellschaftlichen Veränderungen auseinandersetze und sich dem politischen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der eigenen Tätigkeit bewusst sei. Dieser Meinung ist auch Frau A und sie fügt hinzu: *„Spätestens, wenn du auf der Leitungsebene bist, musst du schauen, woher deine Finanzen kommen und wer deine Rahmenbedingungen bestimmt“* (Z. 673 – 675). Herr F betont: *„Ich sage nicht, dass alle eine parteipolitische Karriere starten müssen so wie ich, ... man muss in der Regel auch ein bisschen für die Parteipolitik gemacht sein“* (Z. 472 – 473). Es gäbe auch andere Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Als Beispiel nennt Herr F den Berufsverband „AvenirSocial“, Gewerkschaften und Gruppierungen, die sich für Randgruppen einsetzen: *„Auch das ist meiner Meinung nach politisch“* (Herr F, Z. 317 – 318). Ebenfalls verweist Frau D auf die Möglichkeit, sich ehrenamtlich in Vereinen zu engagieren, da sie selbst lange Zeit in dieser Form politisiert habe. Sie ergänzt: *„Für mich beginnt es einmal damit, dass man sich an Wahlen und Abstimmungen beteiligt“* (Z. 478 – 479). Frau A bringt ein, dass die Möglichkeit bestehe, mit den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten, um diese für eine bestimmte Thematik zu sensibilisieren. Sie verweist ausserdem darauf, dass es auch innerhalb der beruflichen Tätigkeit die Möglichkeit gebe, Veranstaltungen zu organisieren, aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und in den Medien präsent zu sein. Dass auch unkonventionelles Engagement einen möglichen Weg der politischen Einflussnahme darstellt, dafür spricht sich Frau G aus: *„Auf die Strasse gehen und Stände machen“* (Z. 564). Sie fände es wichtig, dass sich insbesondere junge Leute politisch engagieren und auch *„ein bisschen aufmüpfig“* sind (Z. 569). Schliesslich ist Frau C überzeugt: *„Die Gesetze würden sicher etwas anders aussehen, wenn mehr Sozialarbeitenden diese mitgestalten würden“* (Z. 660 – 661).

8 Diskussion der Ergebnisse

Die vorliegende Untersuchung hat Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden zum Forschungsgegenstand. Leitend für die Untersuchung war die folgende Fragestellung: *Wie kommt es dazu, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren?* Zur Präzisierung der Hauptfragestellung wurden vor der Untersuchung die folgenden drei Unterfragestellungen festgelegt:

- Welches sind begünstigende, unterstützende Faktoren und Motive, die dazu führen, dass sich Sozialarbeitende aktiv in der Parteipolitik engagieren? Gilt es dabei auch Hindernisse zu überwinden, und welche sind diese?
- Welches sind, aus Sicht von parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden, wichtige Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln?
- Welcher berufliche und politische Werdegang liegt dem aktiven parteipolitischen Engagement von Sozialarbeitenden zugrunde?

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchung zusammenfassend dargestellt, in einen theoretischen Kontext gerückt, diskutiert und interpretiert. Dabei ist an dieser Stelle (erneut) darauf hinzuweisen, dass bislang keine vergleichbaren empirischen Ergebnisse zu Politisierungsprozessen von Sozialarbeitenden vorliegen, die zur Diskussion der Ergebnisse herangezogen werden können. Deshalb werden die Ergebnisse primär den in Kapitel 3 präsentierten Erklärungsansätzen bzw. Forschungsergebnissen aus der politischen Soziologie gegenübergestellt, um sie entsprechend einordnen zu können. Wo es sich anbietet, werden Bezüge zur im Theorieteil entfaltetten Perspektive betreffend das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik sowie zum gegenwärtigen Fachdiskurs betreffend die politische Dimension Sozialer Arbeit hergestellt. Bevor abschliessend ein Fazit gezogen und Anregungen für die Soziale Arbeit abgeleitet werden (Kapitel 9), wird der Untersuchungsprozess einer kritischen Reflexion unterzogen, um die Aussagekraft der Ergebnisse zu diskutieren.

8.1 Begünstigende und unterstützende Faktoren – politische Sozialisationsinstanzen und mobilisierende Netzwerke

Bei der Rekonstruktion der individuellen politischen Engagementverläufe der befragten Sozialarbeitenden wird deutlich, dass in keinem Fall nur ein einzelner Faktor für deren Politisierung verantwortlich war. Vielmehr wurde diese geprägt durch das spezifische Zusammenspiel verschiedener Einflüsse. Die jeweiligen Politisierungsprozesse erstrecken

sich über die Lebensphasen und sind bei allen Interviewpartnerinnen und -partnern eng mit ihren biografischen Lebensverläufen verbunden. Vergleicht man die beruflichen und politischen Werdegänge der Befragten in Kapitel 7.1, scheint es keine Homogenität zu geben. Die Befragten, die alle ein Studium in Sozialer Arbeit absolviert haben⁵², sind in allen drei Berufsfeldern der Sozialen Arbeit (Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Soziokulturelle Animation) sowie in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern tätig, bevor oder während sie parallel dazu in eine politische Partei eintreten und parteipolitisch aktiv werden. Obwohl die einzelnen Pfade der Politisierung dadurch auf den ersten Blick höchst individuell erscheinen, wird bei der Rekonstruktion der politischen Biografien ersichtlich, dass sich in den Politisierungsverläufen der Interviewten auch Gemeinsamkeiten und wiederkehrende Muster erkennen lassen.

In der ersten Phase, der ‚Vorphase‘ des parteipolitischen Engagements, sind die befragten Sozialarbeitenden noch nicht politisch aktiv (Kapitel 7.2). Es stehen Instanzen und Prozesse im Vordergrund, die wichtige Voraussetzungen für das spätere (partei-)politische Engagement schaffen. Die Bedeutung dieser Vorphase zeigt sich darin, dass ein Grossteil der Interviewten, nach der Entwicklung ihres politischen Engagements gefragt, deutlich vor Beginn des parteipolitischen Engagements einsetzen. So kann den Ergebnissen in Kapitel 7.2 entnommen werden, dass die Mehrheit der Befragten aus Herkunftsfamilien stammt, in denen häufig über Politik diskutiert wurde und/oder mindestens ein Elternteil selbst (partei-)politisch aktiv war. Dabei scheinen die Eltern zwar weniger zu konkretem Engagement angeregt, jedoch ein grundlegendes Interesse an politischen und gesellschaftlichen Vorgängen vermittelt zu haben. Dieses Ergebnis deckt sich mit Erkenntnissen aus der politischen Sozialisationsforschung, dass insbesondere die Eltern in der politischen Sozialisation eine zentrale Rolle einnehmen und das spätere Engagementverhalten von Kindern und Jugendlichen wesentlich prägen (Kapitel 3.1). Weiter wird in den Ergebnissen ersichtlich, dass auch Personen aus Bildungsinstitutionen, die selbst (partei-)politisch aktiv sind und/oder zu Diskussionen über politische Themen angeregt haben, bei einzelnen Befragten für das Wecken eines grundsätzlichen politischen Interesses ausschlaggebend waren. Es scheint, dass in Bezug auf eine Politisierung nicht nur Eltern als Verhaltensvorbilder wirken, sondern auch andere Personen aus dem sozialen Umfeld diese Rolle einnehmen können. Die Ergebnisse zum Einfluss von politischen Sozialisationsinstanzen auf die Politisierungsprozesse der hier befragten Sozialarbeitenden verdeutlichen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Politik erfolgen muss, damit ein politisches Interesse überhaupt entstehen kann (Kapitel 3.1). Die Ergebnisse in Kapitel 7.3 bestätigen bereits

⁵² Dies war ein Kriterium, um in Stichprobe der Untersuchung aufgenommen zu werden (Kapitel 6.1).

bestehende Erkenntnisse aus der politischen Partizipationsforschung, nämlich, dass sich auch politisierende Ereignisse auf das politische Interesse und die Engagementbereitschaft auswirken. So hängt die Politisierung von zwei der älteren Teilnehmerinnen der Befragung mit Aktivitäten der neuen Frauenbewegung in der Schweiz in den 70er-Jahren zusammen, an der sie mit unterschiedlicher Intensität teilgenommen haben. An dieser Stelle lässt sich zusammenfassend festhalten, dass das aktive parteipolitische Engagement der Interviewten nicht voraussetzungslos erfolgt: Der aktiven Beteiligung geht eine biografische Entwicklung voraus, welche die Person mit einem Grundstock an politischem Interesse ausstattet. Politisches Interesse, definiert als Teilaspekt von politischem Bewusstsein, wird in der politischen Partizipationsforschung als Vorstufe für politisches Engagement definiert (S. 24). Die primär durch den Einfluss von Sozialisationsinstanzen und politisierenden Ereignissen entstandene politische Handlungsbereitschaft der befragten Sozialarbeitenden kann folglich als *ein* Erklärungsfaktor für deren Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement gelten.

Aus der politischen Partizipationsforschung wurden in Kapitel 3.2 das „sozioökonomische Standardmodell politischer Partizipation“ (SES) sowie das darauf aufbauende „Civic Voluntarism Model“ (CVM) von Verba et al. (2001) vorgestellt, welches zur Erklärung von politischem Engagement auf die drei Aspekte *Ressourcen*, *individuelle Motive* und *mobilisierende Netzwerke* fokussiert. Es hat sich gezeigt, dass die im CVM postulierten Voraussetzungen von politischer Partizipation, in unterschiedlicher Gewichtung, auch bei den in der vorliegenden Untersuchung befragten Sozialarbeitenden für die Entstehung ihres aktiven parteipolitischen Engagements bedeutsam sind. Eine Übereinstimmung besteht insbesondere in Bezug auf den Erklärungsfaktor *mobilisierende Netzwerke*. In verschiedenen Studien der politischen Partizipationsforschung wurde gezeigt, dass die Beteiligung an Formen konventioneller politischer Partizipation durch soziales, ehrenamtliches Engagement bzw. Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Gruppen gefördert wird. Die Ergebnisse in Kapitel 7.4 zeigen, dass auch die hier befragten Sozialarbeitenden im Vorfeld ihres parteipolitischen Engagements auf vielfältige Art und Weise ehrenamtlich engagiert waren; *aktive* Mitgliedschaften in Vereinen, Gewerkschaften und/oder Berufsverbänden lassen sich, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, aus allen Interviews herauskristallisieren. Dabei bezeichnen die Befragten diese Aktivitäten ausserhalb der Parteipolitik häufig bereits als politisches Engagement, was darauf hindeutet, dass die Vereine und Verbände, in denen sie aktiv waren, auch politische Ziele verfolgen bzw. verfolgt haben. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Erkenntnis aus der Partizipationsforschung, dass sich insbesondere *aktive* Mitgliedschaften in *politisch ausgerichteten* Vereinen und Verbänden begünstigend auf konventionelle politische Partizipationsformen auswirkt. Die Ergebnisse zeigen weiter, dass

mehrere der Befragten durch dieses soziale bzw. ehrenamtliche und politisch ausgerichtete Engagement in Kontakt mit parteipolitisch aktiven Personen gekommen sind, die sie nicht selten dazu ermuntert haben, in eine Partei einzutreten. Auch diese Erkenntnis entspricht in anderen Studien beschriebenen Befunden, wonach insbesondere der Parteibeitritt durch parteipolitisch aktive Drittpersonen angeregt wird. Die Befragten sind jedoch, entgegen der Befunde aus der politischen Partizipationsforschung, in allen sozialen Herkunftsschichten zu finden: Die Mehrheit ordnet sich bei der Übernahme des (ersten) politischen Amtes der unteren Mittelschicht bzw. der Mittelschicht zu (S. 44 – 45). Die in der Partizipationsforschung aufgestellte These, dass sich primär Personen aus höheren Schichten politisch engagieren, trifft für die vorliegende Untersuchung folglich nicht zu.

Neben begünstigenden und unterstützenden Faktoren wurde in der vorliegenden Untersuchung analysiert, ob es Hindernisse gegeben hat, welche die Interviewten auf dem Weg zum parteipolitischen Engagement überwinden mussten. Wie im Ergebnisteil dargelegt, konnte einzig in einem Interview ein Hinweis auf ein *strukturelles Hindernis* identifiziert werden (Kapitel 7.5.4). Die Aussage einer Interviewpartnerin, dass sie aufgrund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit weder das aktive noch das passive Wahlrecht ausüben konnte bzw. sich dazu zuerst einbürgern lassen musste, verdeutlicht, dass neben dem Willen zur politischen Partizipation auch die entsprechenden strukturellen Möglichkeiten zur politischen Beteiligung vorhanden sein müssen (Kapitel 4). Dass im übrigen Datenmaterial keine weiteren Hindernisse herausgestellt werden konnten, heisst nicht, dass es in den Engagementverläufen der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner keine gegeben hat. Es kann auch bedeuten, dass die Hindernisse in den Interviews nicht thematisiert oder während der Analyse des Datenmaterials nicht als Hindernisse erkannt bzw. nicht als solche interpretiert wurden (Kapitel 8.6).

8.2 Politisierungsimpulse aus der Berufspraxis

Ein zentraler Teil der vorliegenden Untersuchung widmet sich der Fragestellung, welche Motive dem aktiven parteipolitischen Engagement von Sozialarbeitenden zugrunde liegen. Auch Verba et al. (2001) messen dem Aspekt der *individuellen Motive* eine hohe Bedeutung zu (Kapitel 3.2). In der Partizipationsforschung werden Motive häufig quantitativ über den Indikator des politischen Interesses erhoben. Um die individuellen Motive der befragten Sozialarbeitenden tiefergehend zu erforschen, wurde in der vorliegenden Untersuchung eine qualitative Erhebungsmethode angewendet: Den Befragten wurde in einem nicht-standardisierten Interview die Möglichkeit geboten, ihre individuellen Motive erzählend und möglichst ohne strukturierende Interventionen von Seiten der Interviewerin darzulegen (Kapitel 6.1). Betrachtet man die genannten Beweggründe, die in Kapitel 7.5 dargelegt

sind, wird eine (weitere) Gemeinsamkeit in den Politisierungsverläufen der befragten Sozialarbeitenden erkennbar: Der Entscheid, den Schritt von der passiven Parteimitgliedschaft ins aktive parteipolitische Engagement zu vollziehen und somit für ein politisches Amt zu kandidieren, liegt bei der Mehrheit der Befragten in ihrer jeweiligen beruflichen Tätigkeit, das heisst in ihrer praktischen Tätigkeit als Sozialarbeitende, begründet. Obschon mit der Berufspraxis der Sozialen Arbeit verbunden, lassen sich die konkreten Motive der Befragten nicht einfach unter einem einzigen Stichwort zusammenfassen und diskutieren. So wurden die entsprechenden Äusserungen zu den Motivlagen bereits während der Auswertung drei verschiedenen (induktiv gebildeten) Subkategorien zugeordnet.

Vorwegzunehmen ist, dass bereits bei der Betrachtung der Beweggründe für die Wahl einer politischen Partei ersichtlich wird, dass sich die Mehrheit der Befragten in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung ihres politischen Engagements primär an ihrer beruflichen Tätigkeit zu orientieren scheint. Sie stellt die Beschäftigung mit dem Thema Sozialpolitik ins Zentrum, mit der Begründung, in diesem Gebiet aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit über ein breites Erfahrungswissen zu verfügen. Für einen Teil der Befragten hat in einem weiteren Schritt insbesondere die Feststellung, dass sich die Problemlagen von Klientinnen und Klienten in der Einzelfallarbeit nur begrenzt bearbeiten lassen, entscheidend dazu beigetragen, für ein politisches Amt zu kandidieren. Dies mit der Begründung, auf sozialpolitischer Ebene „mehr erreichen“ bzw. auch strukturelle und damit politische Ursachen der Probleme bearbeiten zu können (S. 52). Dieses Ergebnis ist für die vorliegende Untersuchung insofern von Bedeutung, als sich an dieser Motivlage die enge Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik widerspiegelt, die in Kapitel 2.1 eingehend diskutiert wird. Einerseits wird der gemeinsame Bezugspunkt Sozialer Arbeit und Sozialpolitik – soziale Probleme – sichtbar, andererseits weisen die Motive auch auf die im Theorieteil erläuterte unterschiedliche Herangehensweise von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit an diesen gemeinsamen Gegenstand hin. Im Weiteren wird die Motivlage ersichtlich, sich primär als „Sprachrohr“ für die Anliegen der Klientinnen und Klienten in ein politisches Gremium wählen zu lassen, mit der Argumentation, dass die Interessensvertretung auf politischer Ebene (auch) zum professionellen Auftrag der Sozialen Arbeit gehört. Darin spiegelt sich insbesondere der Begründungszusammenhang des politischen Auftrags Sozialer Arbeit aus dem Konzept der Lebensweltorientierung, welches die Einmischung Sozialer Arbeit auf unterschiedlichen politischen Ebenen primär als „parteiliche Vertretung“ lebensweltlicher Erfahrungen und Probleme der Klientel definiert (S. 14). Diese beiden Motivlagen betrachtend kann interpretiert werden, dass die Befragten ihre jeweilige berufliche Tätigkeit in der Sozialen Arbeit in einem (sozial-)politischen Kontext verorten und die im Theorieteil begründete, „doppelte Aufgabenstellung“ der Sozialen Arbeit (Heiner, 2010) wahrnehmen,

indem sie auf parteipolitischer Ebene aktiv werden bzw. ein politisches Amt übernehmen. Dass die Befragten dabei aufgrund ihrer teilweise bereits frühen Prägung für politische Themen (Kapitel 8.1) bzw. aufgrund ihres ausgeprägten politischen Interesses womöglich eine Sensibilität für die politische Dimension Sozialer Arbeit mitgebracht haben, darf angenommen werden.

Schliesslich weisen die Ergebnisse in Kapitel 7.5 darauf hin, dass auch die Motive der männlichen Befragten, für ihr derzeitiges politisches Amt in der kommunalen Exekutive zu kandidieren, in einem engen Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit als Sozialarbeitende stehen. So überschneiden sich die Äusserungen der beiden Befragten insofern, als dass primär das Vorhandensein ihrer Fachkompetenzen aus der Ausbildung sowie aus der Berufspraxis der Sozialen Arbeit die Übernahme ihres jeweiligen Exekutivamtes angeregt hat. Mit der Übernahme des Exekutivamtes geben die Befragten ihren Beruf als Sozialarbeitende auf, um sich in verstärkter Masse den Aufgaben des politischen Amtes zuzuwenden. In den Äusserungen von Herr F finden sich in diesem Zusammenhang jedoch Hinweise darauf, dass sein parteipolitisches Engagement dennoch in enger Beziehung mit der Sozialen Arbeit steht: *„Obwohl ich weg bin aus der Praxis, merke ich, ich bin eigentlich mit dem, was ich jetzt mache, als Politiker, immer noch recht nahe an der Sozialen Arbeit, einfach auf einer anderen Ebene“* (S. 56). An dieser Stelle bleibt die Frage offen, in welcher Rolle die Befragten auf politischer Ebene agieren. Werden sie durch und durch zu Politikerinnen und Politikern, oder verstehen sie sich nach wie vor als Professionelle der Sozialen Arbeit? Das Datenmaterial der Interviews liefert Hinweise darauf, die jedoch in der vorliegenden Untersuchung nicht zu einem aussagekräftigen Ergebnis verdichtet werden konnten. Hier stösst die Auswertungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse, die eher an der Oberfläche verbleibt, an ihre Grenzen (Kapitel 8.6). Das Datenmaterial müsste hinsichtlich dieser Fragestellung mithilfe einer tiefergehenden Auswertungsmethode weiter analysiert werden.

8.3 Zum Nutzen von Kompetenzen aus der Sozialen Arbeit auf politischer Ebene

Die Ergebnisse zu persönlichen Fähigkeiten der Befragten, die sie für ihr jeweiliges politisches Handeln als wichtig erachten, wurden in Kapitel 7.6 präsentiert und sind insofern überraschend, als dass die Befragten primär Kompetenzen aufzählen, die sie sich in der Ausbildung sowie auch in der Berufspraxis der Sozialen Arbeit angeeignet haben. Es wird deutlich, dass dabei weniger eine grosse Anzahl verschiedener Kompetenzen, sondern wiederholt dieselben genannt werden: Besonders häufig heben die Befragten ausgeprägte *Kommunikations-* sowie *Konfliktfähigkeiten* hervor. Zunächst lässt sich festhalten, dass auch Verba et al. (2001), wie in Kapitel 3.2 dargelegt, davon ausgehen, dass ausgeprägte

Kommunikationsfähigkeiten, als Teil des Erklärungsfaktors *Ressourcen*, eine zentrale Voraussetzung für eine Teilnahme am politischen Diskurs darstellen (Kapitel 3.2). Das Ergebnis könnte folglich ein Hinweis darauf sein, dass Sozialarbeitende primär durch ihre Ausbildung, aber auch durch ihre Berufspraxis über einzelne grundlegende Kompetenzen verfügen, welche (auch) für ein Agieren auf parteipolitischer Ebene eingesetzt werden können. Mit Blick auf die Ergebnisse in Kapitel 7.7.1 wird deutlich, dass einige der Befragten umgekehrt auch in ihrer Berufspraxis von Fähigkeiten profitieren, die sie sich in ihrer politischen Tätigkeit angeeignet haben. Ausgehend davon kann an dieser Stelle interpretiert werden, dass sich Fähigkeiten auf beiden Ebenen sinnvoll ergänzen. Die Ergebnisse in diesem Themenkomplex betrachtend, zeigt sich ausserdem ein Unterschied zwischen den Aussagen der Befragten, die gegenwärtig in einem Legislativamt und den Aussagen der Befragten, die in einem Exekutivamt tätig sind. So verweisen die Interviewten, die ein Exekutivamt bekleiden, zusätzlich auf spezifische *Methoden* der Sozialen Arbeit wie zum Beispiel Methoden des Empowerments, die sie auch in ihrer politischen Tätigkeit nutzen.

8.4 Parteipolitik und Soziale Arbeit als „ideale Kombination“ und „Gratwanderung“

Die Ergebnisse zur *zeitlichen Vereinbarkeit* von Parteipolitik und Sozialer Arbeit zeigen, dass überreinstimmend mit Erkenntnissen aus der politischen Partizipationsforschung (Kapitel 3.2), genügend *zeitliche Ressourcen* eine wichtige Voraussetzung darstellen, damit ein Engagement auf parteipolitischer Ebene überhaupt möglich ist. Mit Blick auf das Forschungsinteresse der vorliegenden Untersuchung sind jedoch primär die Aussagen der Befragten zur ‚*inhaltlichen Vereinbarkeit*‘ von Sozialer Arbeit und Parteipolitik bedeutsam. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten die Kombination der beiden Tätigkeiten durchaus ambivalent wahrnehmen: Einerseits wird deutlich, dass ein Teil der Interviewten in der politischen Tätigkeit vom Erfahrungswissen aus der Berufspraxis profitiert, welches auf politischer Ebene bzw. in den jeweiligen politischen Gremien als fachliche Expertise durchaus gefragt zu sein scheint. Andererseits weisen die Ergebnisse auf Loyalitätskonflikte einzelner Befragten mit ihrem Arbeitgeber hin, insbesondere dann, wenn beide Tätigkeiten am gleichen Ort ausgeübt werden und der Staat (gleichzeitig auch) der Arbeitgeber ist. Weiter zeigen die Ergebnisse, dass das parteipolitische Engagement einzelner Interviewten bei Vorgesetzten explizit nicht erwünscht bzw. erlaubt oder auf Ablehnung gestossen ist. Auch wenn es nur wenige Äusserungen dieser Art sind, können diese darauf hingedeutet werden, dass politisches Engagement von Sozialarbeitenden keineswegs unumstritten ist und skeptisch bis ablehnende Positionen, im Sinne der in Kapitel 2.2 beschriebenen Stellungnahmen, nach wie vor existieren. An dieser Stelle bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, ob primär die spezifische Form der politischen Partizipation, das heisst, das Engagement in einer politischen Partei, diese ablehnenden Reaktionen hervorruft oder ob

ähnliche Erfahrungen auch bei anderen Formen politischer Beteiligung festgestellt werden können. Dieser Frage mit einer weiterführenden und grösser angelegten Untersuchung nachzugehen wäre insofern interessant, als dass damit empirische Erkenntnisse darüber generiert werden könnten, welche Meinung die Praxis der Sozialen Arbeit gegenüber dem politischen Auftrag Sozialer Arbeit bzw. dem politischen Handeln von Sozialarbeitenden vertritt.

8.5 Viele politische Einflussmöglichkeiten – wenig politisches Engagement

Die Ergebnisse betreffend die Einschätzungen der Interviewten zum gegenwärtigen politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden stehen, wie erläutert, nicht direkt in Zusammenhang mit der zugrundeliegenden forschungsleitenden Fragestellung. Sie tragen jedoch innerhalb der weitgehend unerforschten Thematik der vorliegenden Master-Thesis *Soziale Arbeit und politisches Handeln* zu einem erweiterten Erkenntnisgewinn bei. Die primär mit aktuellen (gesellschafts-)politischen Entwicklungen verbundenen Forderungen der Befragten nach einem aktiveren politischen Engagement von Sozialarbeitenden decken sich mit Stellungnahmen aus dem gegenwärtigen Fachdiskurs der Sozialen Arbeit, die in Kapitel 2.3 dargelegt werden. Es wird jedoch deutlich, dass ein Teil der Befragten, anders als die im Theorieteil referierten Autorinnen und Autoren davon ausgeht, dass sich die Professionellen durchaus bewusst sind, dass politische Rahmenbedingungen ihre Arbeitsbedingungen beeinflussen bzw. einschränken, aber dennoch kein politisches Engagement daraus resultiert. Daraus ergibt sich eine weiterführende Forschungsfrage, die in Kapitel 9.2 erläutert wird. Die Ergebnisse zu möglichen Wegen der politischen Einflussnahme sowie damit verbunden die jeweiligen individuellen Engagementverläufe der Befragten betrachtend kann schliesslich festgehalten werden, dass sich in der Schweiz, wie in Kapitel 4 beschrieben, (auch) für Sozialarbeitende eine Fülle an Möglichkeiten bietet, um am politischen Diskurs aktiv teilzunehmen.

8.6 Kritische Reflexion des Untersuchungsansatzes

Bevor aus der oben geführten Diskussion und Interpretation der Ergebnisse ein Fazit gezogen sowie Anregungen für die Soziale Arbeit abgeleitet werden, erfolgt an dieser Stelle ein kritischer Blick auf den Untersuchungsprozess sowie damit verbunden auf die Ergebnisse der Forschungsarbeit, um die Grenzen des gewählten Ansatzes aufzuzeigen. Die bereits diskutierten Grenzen des Untersuchungsansatzes in Kapitel 6.3 geben dabei ergänzend Anlass für eine kritische Reflexion.

Die Autorin hat sich mit der vorliegenden Master-Thesis einer Thematik angenommen, welche sowohl theoretisch wenig behandelt als auch empirisch noch weitgehend uner-

forscht ist. Im Zentrum der Untersuchung stehen die individuellen Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden und damit deren subjektive Erfahrungen und Sichtweisen. Dies spiegelt sich in der methodischen Herangehensweise wieder: Es wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt, da sich qualitative Methoden insbesondere für noch unerforschte Gebiete eignen (Kapitel 6.1). Die Entscheidung, die Erhebungsform des narrativ-biographischen Interviews mit der Erhebungsform des Leitfadeninterviews zu triangulieren, hat sich als hilfreich und geeignet herausgestellt. Insbesondere der narrative Erzählimpuls zu Beginn des Interviews hat den Interviewten ermöglicht, (möglichst) ohne Einschränkungen darzulegen, wie sie selbst ihr politisches Engagement begründen. Dies war für die zugrundeliegende explorative Fragestellung von zentraler Bedeutung. Die leitfadengestützten Aspekte haben dazu beigetragen, die notwendige Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, was sich vor allem für die nachfolgende Auswertung des Datenmaterials mittels der qualitativen Inhaltsanalyse als erleichternd herausgestellt hat. Die Methode der *inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse* nach Kuckartz (2016) hat sich in der Phase der Datenaufbereitung und -auswertung im Rahmen einer Master-Thesis als durchaus nützlich und geeignet erwiesen, da sie regelgeleitet, komprimierend und resümierend arbeitet und somit auch den Umfang des Datenmaterials entsprechend reduziert. Dabei hat insbesondere die Möglichkeit der induktiven Kategorienbildung die erforderliche Ergebnisoffenheit zugelassen – es konnten damit auch unerwartete bzw. ‚neue‘ thematische Aspekte in die Auswertung miteinbezogen werden. Dennoch hat das Auswertungsverfahren auch Herausforderungen mit sich gebracht: Es stellte sich als schwieriges und aufwendiges Unterfangen heraus, insbesondere aus den narrativen Teilen der Interviews (trennscharfe) Kategorien zu bilden und gleichzeitig den je spezifischen Engagementverläufen der Befragten gerecht zu werden. Die individuellen politischen Biografien bis ins Detail zu rekonstruieren war mittels der gewählten Auswertungsmethode nicht möglich. Mit dem Verfahren der Kategorienbildung ist zwangsläufig eine Komplexitätsreduktion des Datenmaterials verbunden, da die Bedeutung der jeweiligen Textelemente kaum in Beziehung zu dessen Kontext analysiert werden kann. Dies hat sich entsprechend einschränkend auf die Ergebnisse ausgewirkt. Eine sequenzielle und damit textvermehrnde Methode, wie zum Beispiel die biographische Fallrekonstruktion nach Rosenthal (2014) (Kapitel 6.3.3) hätte womöglich vertiefte Ergebnisse zu Tage gebracht, da sich dadurch mit grosser Wahrscheinlichkeit zusätzliche Erklärungsfaktoren für das parteipolitische Engagement der Befragten gezeigt hätten. Weitere Einschränkungen in Bezug auf die Qualität der Ergebnisse resultieren aus den bereits erläuterten Punkten in Kapitel 6.3: Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung können nicht auf sämtliche parteipolitisch aktive Sozialarbeitende generalisiert werden. Sie beziehen sich auf ein kleines Sample, bestehend aus sieben parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden, welche den unter Kapitel 6.1.2

vorgestellten Auswahlkriterien entsprechen. Zudem nimmt einerseits die Subjektivität der Interviewten Einfluss auf die Qualität der Daten und andererseits ist die Auswertung und Interpretation der Daten in hohem Masse durch die subjektive Perspektive der Autorin beeinflusst.

Für eine weitere Untersuchung dieser Art wäre es in Bezug auf die Gültigkeit der erhobenen Daten sinnvoll, die Ergebnisse kommunikativ zu validieren. Das heisst, statt ‚nur‘ die anonymisierten Transkripte der Interviews auch die primären Ergebnisse der Auswertung den Interviewten rückzuspiegeln und sie gemeinsam mit ihnen zu diskutieren, um abzusichern, dass die Interpretationen auch stimmig sind. Werden die befragten Personen in den Auswertungsprozess miteinbezogen, kann dies für die Interpretation der Daten bereichernd und aufschlussreich sein. Es ist allerdings zu beachten, dass auch dieses Vorgehen Nachteile für die forschende Person mit sich bringt, da einerseits der Zeitaufwand dafür erheblich ist und andererseits damit gerechnet werden muss, dass, je nach Rückmeldungen der Befragten, die jeweiligen Ergebnisse noch einmal angepasst, ergänzt bzw. reduziert werden müssen. Im begrenzten zeitlichen Rahmen einer Master-Thesis wäre dieses Vorgehen aus Ressourcengründen nur schwierig zu bewerkstelligen. Mit den vorliegenden Ergebnissen kann trotz den in Kapitel 6.3 ausgeführten und hier ergänzend diskutierten Einschränkungen, welche die gewählte Forschungsmethodik mit sich bringt, einen Beitrag im Forschungsfeld der Sozialen Arbeit erbracht werden. Das qualitative Forschungsdesign erlaubt, erste ‚empirische Schlaglichter‘ auf unterschiedliche Aspekte der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden zu werfen, um somit dem Umstand abzuhelpfen, dass dazu bislang weder theoretische Konzepte noch empirische Ergebnisse vorliegen.

9 Schlussbetrachtungen

Was lässt sich vor dem Hintergrund der forschungsleitenden Fragestellung in Verbindung mit den theoretischen Herleitungen und den Ergebnissen der empirischen Analyse abschliessend festhalten? Im Folgenden werden zuerst die wichtigsten Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zusammenfassend dargestellt, um im Anschluss einen Ausblick auf weitere Forschungsfragen zu geben. Zum Schluss werden aus den zentralen Erkenntnissen der vorliegenden Untersuchung Anregungen für die Soziale Arbeit abgeleitet.

9.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Wie kommt es dazu, dass sich Sozialarbeitende aktiv parteipolitisch engagieren? Zur Bearbeitung der forschungsleitenden Fragestellung wurden in der vorliegenden Master-Thesis anhand einer empirischen, qualitativ angelegten Untersuchung die Politisierungsprozesse von sieben Sozialarbeitenden analysiert, die auf unterschiedlichen Staatsebenen der Schweiz ein politisches Amt ausüben. Die Ergebnisse der Analyse liefern erste Hinweise darauf, welche Erklärungsfaktoren und Motive für die Herausbildung einer politischen Handlungsbereitschaft von Sozialarbeitenden eine zentrale Rolle spielen. Aus den Ergebnissen lassen sich zudem erste Anhaltspunkte ableiten, welche Fähigkeiten für ein Agieren von Sozialarbeitenden auf parteipolitischer Ebene erforderlich sind. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassend dargestellt.

Dass die jeweilige berufliche Tätigkeit in einem Handlungsfeld der Sozialen Arbeit bei den Interviewten deutlich zum Entschluss beitragen hat, für ein politisches Amt in der Legislative und/oder Exekutive zu kandidieren, mag überraschen. Die Soziale Arbeit scheint politisierender und politiknäher zu sein, als man womöglich auf den ersten Blick vermuten würde. Die Rekonstruktion der individuellen biografischen Engagementverläufe der befragten Sozialarbeitenden zeigt jedoch, dass die Entwicklung des aktiven parteipolitischen Engagements ein längerer, voraussetzungsreicher Prozess darstellt, der neben individuellen Motiven sowie spezifischen Fähigkeiten insbesondere eine Einbindung in mobilisierende Netzwerke erfordert, die politisches Engagement anregen. So verfügen alle Befragten bereits vor dem Einstieg in das aktive parteipolitische Engagement über ein ausgeprägtes politisches Interesse sowie eine Aufgeschlossenheit gegenüber Partizipationsverhalten im Allgemeinen. Es zeigt sich, dass dieses politische Interesse primär durch politische Sozialisationsinstanzen geweckt sowie durch ehrenamtliches Engagement in Form von aktiven Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Gruppierungen weiter verstärkt wird. Insbesondere Kontakte zu (partei-)politisch aktiven Personen im sozialen Umfeld scheinen ein bestimmtes Mobilisierungsvermögen mit sich zu bringen. Somit lässt sich als eine zentrale Erkenntnis der vorliegenden Untersuchung festhalten, dass die Politisierungsprozesse der

befragten Sozialarbeitenden nicht von alleine ‚aus einer Person heraus‘ entstehen, sondern durch verschiedene Impulse ‚von aussen‘ angeregt werden. Weiter zeigt die Analyse des Datenmaterials, dass die Befragten in ihrer jeweiligen politischen Tätigkeit von Kompetenzen profitieren, die sie sich primär in der Sozialen Arbeit angeeignet haben. Dies ist für die vorliegende Untersuchung insofern bedeutsam, als dass es ein Hinweis darauf sein könnte, dass Sozialarbeitende primär durch ihre Ausbildung, aber auch durch ihre Berufspraxis, über einzelne grundlegende Kompetenzen verfügen, welche (auch) für ein Agieren auf (partei-)politischer Ebene eingesetzt werden könn(t)en. Die Ergebnisse der explorativ angelegten Untersuchung liefern neben ersten Anhaltspunkten zur Entstehung von parteipolitischem Engagement bei Sozialarbeitenden auch Hinweise zur Vereinbarkeit von Parteipolitik und Sozialer Arbeit. Es zeigt sich, dass ein Nebeneinander der beiden Tätigkeiten, je nach Umständen, sowohl als eine gewinnbringende, als auch mit Schwierigkeiten verbundene Kombination wahrgenommen wird.

9.2 Ausblick auf weitere Forschungsfragen

In Bezug auf Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden lässt sich eine Forschungslücke identifizieren. Die vorliegende Untersuchung bildet einen ersten Schritt, diese zu bearbeiten. Angesichts der häufig beklagten Politikabstinenz Sozialer Arbeit im aktuellen Fachdiskurs, die sich auch in einzelnen Äusserungen der befragten Sozialarbeitenden widerspiegelt, erscheint es wünschenswert, die Forschungsbemühungen in diesem Bereich zukünftig zu intensivieren. Aus der vorliegenden Untersuchung ergeben sich weitere Forschungsfragen, die nachfolgend aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung liefern Hinweise darauf, dass sich Sozialarbeitende trotz Unzufriedenheit(en) mit politischen Rahmenbedingungen, die sich einschränkend auf ihre Arbeitsbedingungen auswirken, kaum politisch engagieren. Daneben wird deutlich, dass eine Kombination von Parteipolitik und Sozialer Arbeit von den Befragten unter bestimmten Umständen als schwierige Kombination wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund kann die weiterführende Fragestellung abgeleitet werden, ob mögliche Loyalitätskonflikte mit dem Arbeitgeber und/oder fehlende Unterstützung des (partei-)politischen Engagements vonseiten des Arbeitgebers hemmende Faktoren bzw. Hindernisse darstellen, die einer Teilnahme von Sozialarbeitenden am politischen Diskurs im Wege stehen. Um weitere Faktoren zu identifizieren, die ein politisches Engagement von Sozialarbeitenden begünstigen, würde es sich in diesem Zusammenhang anbieten, in einer weiterführenden Untersuchung der „gegenteiligen“ Fragestellung der vorliegenden Untersuchung nachzugehen und zu analysieren, weshalb sich Sozialarbeitende *nicht* politisch engagieren. Falls sich dabei tatsächlich konkrete Hindernisse identifizieren lassen, könnten

daraus, im Umkehrschluss, womöglich weitere unterstützende Faktoren für ein politisches Engagement von Sozialarbeitenden abgeleitet werden. Da die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung primär für die spezifische Form des *partei*politischen Engagements von Sozialarbeitenden gelten, wäre es in einem weiteren Schritt sinnvoll, die Forschungsbemühungen auch auf weitere Formen politischer Beteiligung auszudehnen. Damit könnten differenzierte(re) Ergebnisse zur Entstehung von politischem Engagement bei Sozialarbeitenden sowie auch zu erforderlichen Fähigkeiten für ein Agieren auf politischer Ebene generiert werden. Da zum politischen Bewusstsein sowie auch zum politischen Engagement von Sozialarbeitenden bislang kaum empirische Daten vorliegen, wäre es ausserdem wünschenswert, mittels einer grösser angelegten Untersuchung Anhaltspunkte dafür zu generieren, wie es tatsächlich um das politische Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden steht.

9.3 Fazit und Anregungen für die Soziale Arbeit

Zunächst gilt es an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, dass der in den letzten Jahren teilweise stark umstrittene politische Auftrag Sozialer Arbeit im gegenwärtigen Fachdiskurs vermehrt Zustimmung erfährt und skeptisch bis ablehnende Positionen damit eher in den Hintergrund rücken. Verschiedene Autorinnen und Autoren fordern, primär aufgrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen, eine aktive(re) Beteiligung der Professionellen am politischen Diskurs. Im Anschluss daran dürfte die Erkenntnis der vorliegenden Untersuchung, dass eine Politisierung von Sozialarbeitenden primär durch verschiedene Impulse ‚von aussen‘ angeregt wird, die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin insofern interessieren, als dass auch sie selbst das politische Engagement von Sozialarbeitenden vorantreiben könnte. Insbesondere die Hochschulen, die Aus- und Weiterbildung wären prädestiniert dazu, da sie die späteren Praktikerinnen und Praktiker ausbilden. In der Ausbildung wird der Grundstein für die Tätigkeit gelegt, wird Wissen über Gegenstand, Funktionen, Aufgaben, Theorien und Methoden Sozialer Arbeit vermittelt. Dabei könnte auch die politische Dimension der Profession verstärkt thematisiert, diskutiert und in den Fokus gerückt werden, um damit ein politisches Interesse und Bewusstsein zu vermitteln bzw. anzuregen, welches, wenig überraschend, auch bei den Befragten der vorliegenden Untersuchung eine wesentliche Grundvoraussetzung für ihr aktives (partei-)politisches Engagement darstellt. Die Erkenntnis, dass Kompetenzen aus der Ausbildung sowie aus der Berufspraxis der Sozialen Arbeit (auch) auf politischer Ebene genutzt werden, kann als weitere Anregung dienen. So könnte bereits in der Aus- und Weiterbildung von Sozialarbeitenden explizit darauf hingewiesen werden, dass spezifische Fähigkeiten aus der Sozialen Arbeit sowohl für ein Agieren auf der Ebene des Individuums als auch auf der politischen Ebene nutzbar gemacht werden können.

Neben ersten empirischen Erkenntnissen und Anhaltspunkten zu Politisierungsprozessen von Sozialarbeitenden dienen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung nicht zuletzt auch als exemplarisches Beispiel dafür, dass sich Soziale Arbeit, durch das Engagement einzelner Berufsangehöriger, aktiv am (sozial-)politischen Diskurs beteiligt. Die hier befragten Sozialarbeitenden machen ihr Wissen aus der Praxis für die Politik zugänglich, indem sie sich aktiv in einer politischen Partei engagieren. Deren fachliche Expertise scheint dabei, folgt man den Äusserungen einzelner Interviewten, auf politischer Ebene durchaus gefragt. Dies verdeutlicht, dass es für Professionelle der Sozialen Arbeit gewinnbringend und motivierend sein kann, die enge Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik nicht primär als Einschränkung, sondern als Chance zu begreifen: Die Perspektive eines wechselseitig aktiven Verhältnisses zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik, das auf gegenseitigem Bedarf basiert, bietet Sozialarbeitenden eine Fülle an Möglichkeiten die Rahmenbedingungen ihres Handelns für sich und ihre Klientel aktiv mitzugestalten. Aus der Erkenntnis, dass die Befragten in ihrem politischen Handeln nicht nur von spezifischen Fähigkeiten, sondern auch von ihrem breiten Erfahrungswissen aus der Berufspraxis profitieren, lässt sich festhalten: Will sich Soziale Arbeit als politische Akteurin begreifen und damit (auch) ihren politischen Auftrag wahrnehmen, so scheint es, als dass sie über einzelne zentrale Voraussetzungen zur aktiven Teilnahme am politischen Diskurs bereits verfügt. Vor dem Hintergrund der Feststellung, dass die Soziale Arbeit immer in politische Kontexte eingebunden ist, verdeutlichen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung letztlich auch die generelle Wichtigkeit, sich als Professionelle der Sozialen Arbeit aktiv in den politischen Diskurs einzubringen, denn:

„Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen“ (Graffiti an einer Berner Mauer).

Literaturverzeichnis

- Abramovitz, Mimi. (1993). Should all Social Work Students be educated for Social Change? *Pro. Journal of Social Work Education*, 29(1), 6 – 12.
- Althammer, Jörg W. & Lampert, Heinz. (2014). *Lehrbuch Sozialpolitik* (9. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Horlacher, Cornelius & Rathgeb, Kerstin. (2012). *Kritik der Sozialen Arbeit. Kritische Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer.
- AvenirSocial. (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. Bern: AvenirSocial.
- Bäcker, Gerhard, Naegele, Gerhard, Bispnick, Reinhard, Hofemann, Klaus & Neubauer Jennifer. (2010). *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung* (5. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Bakic, Josef, Diebäcker, Marc & Hammer, Elisabeth. (2008). Vorwort. In Josef Bakic, Marc Diebäcker & Elisabeth Hammer (Hrsg.), *Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch* (S. 7 – 10). Wien: Löcker.
- Benz, Benjamin. (2010). Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In Benjamin Benz, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit* (S. 317 – 336). Wiesbaden: VS.
- Benz, Benjamin. (2013). Politische Interessensvertretung in der Sozialen Arbeit. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schöning, Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 70 – 84). Weinheim: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin, Rieger, Günter, Schöning, Werner & Többe-Schukalla, Monika. (2013). *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin, Rieger, Günter, Schöning, Werner & Többe-Schukalla, Monika. (2014). *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin & Rieger, Günter. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Weisbaden: Springer.
- Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ulrich, Benz, Benjamin & Schütte, Johannes D. (2017). *Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung* (4. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Böhnisch, Lothar & Schröer, Wolfgang. (2012). *Sozialpolitik und Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bommes, Michael & Scherr, Albert. (2012). *Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe* (2. Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.
- BSV. (2011). *Sozialpolitik*. Gefunden unter <http://www.bsv.admin.ch/themen/gesellschaft/00072/?lang=de>
- BFS. (2016). *Die Bevölkerung der Schweiz 2015*. Neuchâtel: BFS.

- Bütow, Birgit, Chassé, Karl August & Lindner, Werner. (2014). *Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit*. Opladen: Barbara Budrich.
- Carigiet, Erwin. (2003). Sozialpolitik. In Erwin Carigiet, Ueli Mäder & Jean-Michel Bonvin (Hrsg.), *Wörterbuch der Sozialpolitik* (S. 301 – 302). Zürich: Rotpunktverlag.
- Claussen, Bernhard & Geissler, Rainer. (1996). *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. Opladen: Leske + Budrich.
- Dahme, Heinz-Jürgen, Trube, Achim, & Wohlfahrt, Norbert. (2008). Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. In Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.), *Soziale Arbeit in Gesellschaft* (S. 268 – 275). Wiesbaden: VS.
- Dausien, Bettina. (2002). Biographie und/ oder Sozialisation? Überlegungen zur paradigmatischen und methodischen Bedeutung von Biographie in der Sozialisationsforschung. In Margret Kraul & Winfried Marotzki (Hrsg.), *Biographische Arbeit. Perspektiven erziehungswissenschaftlicher Biographieforschung* (S. 65 – 91). Opladen: Leske + Budrich.
- Dischler, Andrea. (2014). 'Das Soziale ist politisch'. Politischer Auftrag in der Lehre Sozialer Arbeit. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure Handlungsfelder und Methoden* (S. 106 – 120). Weinheim: Beltz Juventa.
- Duff, Daniela. (2014). Leben mit Menschenrechten, Leben für Menschenrechte. Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession – was bedeutet dies für die Rolle der Sozialen Arbeit, für die Professionellen der Sozialen Arbeit, aber auch für die Zivilgesellschaft? *SozialAktuell*, 14(12), 20 – 22.
- Eberhardt, Cathy. (1995). Jane Addams (1860 – 1935). In Franz Hamburger (Hrsg.), *Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit. Band 9*. Rheinfelden: Schäuble.
- Eberli, Armin & Müller, Martin. (2014). Re-Politisierung der Sozialen Arbeit. Eine kritische Auseinandersetzung mit der politischen Rolle der Sozialen Arbeit in der Gesellschaft. *SozialAktuell*, 14(12), 10 – 13.
- EKM. (2015). *Politische Partizipation*. Gefunden unter <https://www.ekm.admin.ch/ekm/de/home/buergerrecht---citoyennete/Citoy/pol-part.html>
- Engelke, Ernst, Spatscheck, Christian & Borrmann Stefan. (2009). *Die Wissenschaft Soziale Arbeit. Werdegang und Grundlagen* (3. Aufl.). Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Epple, Ruedi & Schär, Eva. (2015). *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900 - 2000*. Zürich: Seismo.
- Flick, Uwe. (2011). Triangulation. In Gertrud Oelerich, Hans-Uwe, Otto (Hrsg.), *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Studienbuch* (3. Aufl., S. 323 – 328). Wiesbaden: Springer.
- Flick, Uwe. (2014). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (6. Aufl.). Hamburg: Rowohlt.
- Flick, Uwe, Kardorff, Ernst, & Steinke, Ines. (2000). Was ist qualitative Forschung. Einleitung und Überblick. In Uwe Flick, Ernst Kardorff & Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 13 – 29). Hamburg: Rowohlt.

- Galuske, Michael & Rietzke, Tim. (2008). Aktivierung und Ausgrenzung. Aktivierender Sozialstaat, Hartz-Reformen und die Folgen für Soziale Arbeit und Jugendberufshilfe. In Roland Anhorn, Frank Bettinger, Johannes Stehr (Hrsg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit* (2. Aufl., S. 399 – 416). Wiesbaden: Springer.
- Geissler, Rainer. (1995). Politische Sozialisation in der Familie. In Bernhard Claussen & Rainer Geissler (Hrsg.), *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch* (S. 51 – 70). Opladen: Leske + Budrich.
- Gil, David G. (2006). *Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter*. Bielefeld: Kleine.
- Greiffenhagen, Sylvia. (2002). Politische Sozialisation. In Sylvia Greiffenhagen & Martin Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2. Aufl., S. 407 – 418). Wiesbaden: Westdeutscher.
- Groenemeyer, Axel. (2012). Soziologie sozialer Probleme - Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In Günter Albrecht & Axel Groenemeyer (Hrsg.), *Handbuch Soziale Probleme. Band 1, Band 2* (2. Aufl., S. 17 – 116). Wiesbaden: VS.
- Grunwald, Klaus & Thiersch, Hans. (2004). Das Konzept Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – einleitende Bemerkungen. In Klaus Grunwald & Hans Thiersch (Hrsg.), *Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern* (S. 13 – 40). Weinheim: Juventa.
- Güntner, Simon & Langer, Andreas. (2014). Sozialarbeitspolitik zwischen Professionspolitik und Gesellschaftsgestaltung. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 238 – 254). Weinheim: Beltz Juventa.
- Haller, Dieter, Jäggi, Florentin & Beiser, Christian. (2014). Wirkungen der Sozialhilfe. Unterstützungsprozesse und ihre Effekte. *impuls*, 14(1), 14 – 19.
- Heiner, Maja. (2010). *Soziale Arbeit als Beruf. Fälle – Felder – Fähigkeiten* (2. Aufl.). München: Ernst Reinhardt.
- Helfer, Franziska & Saxer, Stéfanie. (2014). *Die politische Funktion der Sozialen Arbeit. Ein Vergleich des Verständnisses und der Umsetzung in der Praxis der Berufsfelder der Sozialen Arbeit*. Bern: Edition Soziothek.
- Helfferich, Cornelia. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews* (4. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Holtmann, Everhard. (2000). Politisches Mandat. In Everhard Holtmann (Hrsg.), *Politik-Lexikon* (3. Aufl., S. 546 – 546). Wien: Oldenbourg.
- Hopf, Christel & Hopf, Wulf. (1997). *Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim: Juventa.
- Hurrelmann, Klaus. (2006). *Einführung in die Sozialisationstheorie*. Weinheim: Beltz.
- Kaase, Max. (2000). Partizipation. In Everhard Holtmann (Hrsg.), *Politik-Lexikon* (3. Aufl., S. 466 – 470). Wien: Oldenbourg.

- Kaase, Max. (2002). Politische Beteiligung. In Martin Greiffenhagen & Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2. Aufl., S. 349 – 354). Wiesbaden: Westdeutscher.
- Kaina, Viktoria & Römmele, Andrea. (2009). Einleitung. Politische Soziologie und der leere Platz im Buchregal – Eine kurze Geschichte von Identitätssuche und Selbstbehauptung. In Viktoria Kaina & Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (S. 7 – 16). Wiesbaden: VS.
- Kelle, Udo & Kluge, Susann. (2010). *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Kissler, Leo. (2007). *Politische Soziologie. Grundlagen einer Demokratiewissenschaft*. Konstanz: UVK.
- Krapp, Andreas. (1992). Das Interessenskonstrukt. Bestimmungsmerkmale der Interessenshandlung und des individuellen Interesses aus Sicht einer Person-Gegenstands-Konzeption. In Andreas Krapp & Manfred Prenzel (Hrsg.), *Interesse, Lernen, Leistung. Neuere Ansätze der pädagogisch-psychologischen Interessensforschung*. Münster: Aschendorff.
- Kröger, Danny. (2013). Vom Labeling Approach zur Lebensweltorientierten Sozialen Arbeit – und wie weiter? Ein Beitrag zur Werkgeschichte von Hans Thiersch. In Wolfram Stender und Danny Kröger (Hrsg.), *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit* (S. 205 – 236). Hannover: Blumhardt.
- Kuckartz, Udo. (2016). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (3. Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.
- Kuhn, Hans-Peter. (2000). *Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kunz, Volker & Gabriel, Oscar W. (2000). Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation? In Ulrich Druwe, Steffen Kühnel & Volker Kunz (Hrsg.), *Kontext, Akteur und Strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften* (S. 47 – 74). Opladen: Leske + Budrich.
- Kurmann, Sarah. (2014). Soziale Arbeit und Politik. Ein Deutungsversuch aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In Marcel Meier Kressig, Christian Reutlinger, Steve Stiehler, Christina Vellacott & Annegret Wigger (Hrsg.), *"da müemer emal genau aneluege". Erinnerungsspuren zur Sozialen Arbeit in der Ostschweiz* (S. 150 – 153). St. Gallen: FHS St. Gallen.
- Küsters, Ivonne. (2009). *Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Lallinger, Manfred & Rieger, Günter. (2007). Vorwort. In Manfred Lallinger & Günter Rieger, (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (S. 7 – 14). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Laux, Annika. (2011). Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt? In Tim Spier, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher & Katharina Rohrbach (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland* (S. 61 – 78). Wiesbaden: Springer.

- Lindenau, Mathias. (2016). Mut zur Politik! Soziale Themen als (neues) Politikum – zwischen Fremdansprüchen und fachlichem Selbstverständnis. *SozialAktuell*, 16(5), 32 – 33.
- Lorenz, Walter. (2006). Soziale Arbeit als angewandte Sozialpolitik – eine europäische Perspektive. In Karin Böllert, Peter Hansbauer, Brigitte Hasenjürgen & Sabrina Langenohl (Hrsg.), *Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit* (S. 261 – 271). Wiesbaden: VS.
- Lüdemann, Christian. (2001). Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlusstheorien am ALLBUS 1998. In Achim Koch, Martina Wasmer & Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 43 – 72). Opladen: Leske + Budrich.
- Lüssi, Peter. (2001). *Systemische Sozialarbeit. Praktisches Lehrbuch der Sozialberatung*. Wien: Haupt.
- Massing, Peter. (2012). Politisches Handeln – Versuch einer Begriffserklärung. In Georg Weiseno & Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 257 – 270). Opladen: Barbara Budrich.
- Matter, Sonja. (2011). *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900 – 1960)*. Zürich: Chronos.
- Maus, Friedrich. (2016). Soziale Arbeit ist (k)ein Instrument neoliberaler Politik?! In Carsten Müller (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* (S. 79 – 93). Wiesbaden: Springer.
- Mayring, Philipp. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (12. Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Mäder, Ueli. (2009). Draussen im Drinnen: Integration durch Ausschluss? In Fabian Kessl & Hans-Uwe Otto (Hrsg.), *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven* (S. 35 – 52). München: Juventa.
- Merten, Roland. (2001). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Wiesbaden: Springer.
- Merten, Roland. (2007). Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen. Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (S. 53 – 68). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Meyer, Thomas. (2010). *Was ist Politik?* (3. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Misoch, Sabina. (2015). *Qualitative Interviews*. Berlin: De Gruyter.
- Moser, Mentona. (1986). *Ich habe gelebt*. Zürich: Limmat.
- Mühlum, Albert. (1982). *Sozialpädagogik und Sozialarbeit – Eine vergleichende Darstellung zur Bestimmung ihres Verhältnisses in historischer, berufspraktischer und theoretischer Perspektive*. Frankfurt am Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

- Mühlum, Albert. (2007). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (S. 15 – 30). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Mühlum, Albert. (2009). Soziale Arbeit als Agens der Politik. Über Sozialpolitik und über Sozialpolitik hinaus. *Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete*, 09(9), 326 – 332.
- Müller, Carsten, Mührel, Eric & Birgmeier, Bernd. (2016). *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle*. Wiesbaden: Springer.
- NASW. (2016). Adocacy. Gefunden unter <https://www.socialworkers.org/advocacy/>
- Neller, Katja. (2002). Politisches Interesse. In Martin Greiffenhagen & Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2. Aufl., S. 489 – 493). Wiesbaden: Westdeutscher.
- Niedermayer, Oskar. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Olk, Thomas. (2008). Soziale Arbeit und Sozialpolitik - Notizen zu einem ambivalenten Verhältnis. In Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.), *Soziale Arbeit in Gesellschaft* (S. 287 – 298). Wiesbaden: VS.
- Olk, Thomas. (2009). Transformation im deutschen Sozialstaatsmodell. In Fabian Kessl, & Hans-Uwe Otto (Hrsg.), *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnose, Problematisierungen und Perspektiven* (S. 23 – 34). Weinheim: Juventa .
- Olk, Thomas, Müller, Siegfried & Otto, Hans-Uwe. (2000). Sozialarbeitspolitik in der Kommune. Argumente für eine aktive Politisierung der Sozialarbeit (zuerst 1981). In Ullrich Gintzel & Johannes Münder (Hrsg.), *Jahrbuch der Sozialen Arbeit 2000. Herausragende Beiträge des 20. Jahrhunderts* (S. 60 – 87). Münster: Votum.
- Panitzsch-Wiebe, Becker, Bjarne & Kunstreich, Timm. (2014). *Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen*. Opladen: Barbara Budrich.
- Patzelt, Werner J. (2013). *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung* (7. Aufl.). Passau: richard rothe.
- Pickel, Susanne. (2012). Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger. Ein Blick auf die Empirie. In Georg Weissenro & Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 39 – 57). Opladen: Barbara Budrich.
- Powell, Fred. (2001). *The Politics of Social Work*. London: SAGE Publications.
- Priller, Eckhard. (2010). Stichwort: Vom Ehrenamt zum zivilgesellschaftlichen Engagement. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 13(2), 195 – 213.
- Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika. (2014). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch* (4. Aufl.). München: Oldenbourg.
- Rieger, Günter. (2006). Weniger Staat, mehr Politik. Soziale Arbeit als politischer Unternehmer. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 153(6), 90 – 93.

- Rieger, Günter. (2007). Politisierung als professionelle Herausforderung. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (S. 85 – 108). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Rieger, Günter. (2010). Das Mandat für eine angewandte Sozialpolitik. Ein Wegweiser zu einer politischen Professionalisierung der Sozialen Arbeit. *SozialAktuell*, 10(7+8), 10 – 14.
- Rieger, Günter. (2012). Die Politik Sozialer Arbeit und ihre Disziplin. *standpunkt : sozial*, 12(1+2), 23 – 29.
- Rieger, Günter. (2014). Soziallobbying und Politikberatung. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monike Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 329 – 350). Weinheim: Beltz Juventa.
- Rieger, Günter & Lallinger, Manfred (2007). *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell*. Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Rippl, Susanne. (2015). Politische Sozialisation. In Klaus Hurrelmann, Ulrich Bauer, Matthias Grundmann & Sabine Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung* (S. 733 – 752). Weinheim: Beltz.
- Rohrbach, Katharina. (2012). *Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Parteibeitritts, der Aktivität und des Parteiaustritts*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Rosenthal, Gabriele. (2014). *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung* (4. Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.
- Schaarschuch, Andreas. (2003). Am langen Arm. Formwandel des Staates, Staatstheorie und Soziale Arbeit im entwickelten Kapitalismus. In Hans G. Homfeldt & Jörgen Schulze-Krüdener (Hrsg.), *Akteure und Settings Sozialer Arbeit* (S. 36 – 65). Hohengehren: Schneider.
- Schetsche, Michael. (2014). *Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Schmid, Walter. (2011). Konfliktträchtige Schnittmengen. Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. *SozialAktuell*, 11(6), 19 – 21.
- Schmid, Walter. (2013). Besonderheiten der Schweizer Sozialpolitik. In Anna Maria Riedi, Michael Zwilling, Marcel Meier Kressig, Petra Benz Bartoletta & Doris Aebi Zindel (Hrsg.), *Handbuch Sozialwesen Schweiz* (S. 419 – 427). Bern: Haupt.
- Schmidt, Manfred G. (2010). *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner.
- Schmocker, Beat. (2006). *Definition Soziale Arbeit*. Gefunden unter http://www.avenirsocial.ch/cm_data/defsozarbeitifswiassw.pdf
- Schmocker, Beat. (2011). *Soziale Arbeit und ihre Ethik in der Praxis. Eine Einführung mit Glossar zum Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz*. Bern: AvenirSocial.
- Schönig, Werner. (2013). Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 32 – 53). Weinheim: Beltz Juventa.

- Schönig, Werner. (2014). Kommunalpolitik in der Sozialen Arbeit. In Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 43 – 61). Weinheim: Beltz Juventa.
- Schreier, Margrit. (2014). *Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten*. Gefunden unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewFile/2043/3636>
- Schweizerische Bundeskanzlei. (2016). *Der Bund kurz erklärt*. Bundesamt für Bauten und Logistik: Bern.
- Seithe, Mechthild. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Seithe, Mechthild. (2014). Repolitisierung und sozialpolitische Einmischung Sozialer Arbeit. In Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker & Timm Kunstreich (Hrsg.), *Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen* (S. 39 – 50). Opladen: Barbara Budrich.
- Stark, Christian. (2007). Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit. In Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (S. 69 – 84). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Staub-Bernasconi, Silvia. (1995). *Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international. oder: vom Ende der Bescheidenheit*. Wien: Haupt.
- Staub-Bernasconi, Silvia. (1998). Soziale Arbeit als ‚Menschenrechtsprofession‘. In Armin Wöhrle (Hrsg.), *Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit. Positionen in einer Phase der generellen Neuverortung und Spezifika in den neuen Bundesländern* (S. 305 – 332). Pfaffenweiler: Centaurus.
- Staub-Bernasconi, Silvia. (2007). *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft*. Bern: Haupt.
- Staub-Bernasconi, Silvia. (2013). Kritische Soziale Arbeit – ohne auf eine Politisierungsphase Sozialer Arbeit warten zu müssen. In Wolfram Stender & Danny Kröger (Hrsg.), *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit* (S. 37 – 80). Hannover: Blumhardt.
- Steinbrecher, Markus. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden: Nomos.
- Steinke, Ines. (2012). Gütekriterien qualitativer Forschung. In Uwe Flick, Ernst von Kardorff & Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (9. Aufl., S. 319 – 331). Hamburg: Rowohlt.
- Stender, Wolfram & Kröger, Danny. (2013). *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit*. Hannover: Blumhardt.
- Thiersch, Hans. (2000). Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit – als radikalisiertes Programm (eine Skizze). In Siegfried Müller & Heinz Sünker (Hrsg.), *Soziale Arbeit – Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven* (S. 529 – 546). Neuwied: Luchterhand.
- Thiersch, Hans. (2014). Soziale Arbeit in den Herausforderungen des Neoliberalismus und der Entgrenzung von Lebensverhältnissen. In Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker & Timm Kunstreich (Hrsg.), *Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen* (S. 323 – 340). Opladen: Barbara Budrich.

- van Deth, Jan W. (2009). Politische Partizipation. In Viktoria Kaina & Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 141 – 162). Wiesbaden: VS.
- Vatter, Adrian. (2014). *Das politische System der Schweiz*. Baden: Nomos.
- Verba, Sidney, Lehman Schlozman, Kay & Brady, Henry E. (2001). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics* (3. Aufl.). Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, Angelika & Remer-Bollow, Uwe. (2017). *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- von Spiegel, Hiltrud. (2011). *Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit* (4. Aufl.). München: Ernst Reinhardt.
- Wagner, Thomas. (2008). Die Politik der Sozialen Arbeit. Überlegungen zur politischen Produktivität Sozialer Arbeit jenseits des Mandatsbegriffs. *Neue Praxis*, 08(6), 631 – 644.
- Wagner, Thomas. (2013). *Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns*. Wiesbaden: Springer.
- Wegmüller, Andrea. (2015). *Politisches Handeln der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Untersuchung der Haltung von Sozialarbeitenden zu politischem Handeln der Sozialen Arbeit*. Bern: Edition Soziothek.
- Wendt, Wolf Rainer. (2017a). *Geschichte der Sozialen Arbeit 1. Die Gesellschaft vor der sozialen Frage. 1750 bis 1900* (6. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Wendt, Wolf Rainer. (2017b). *Geschichte der Sozialen Arbeit 2. Die Profession im Wandel ihrer Verhältnisse* (6. Aufl.). Wiesbaden: Springer.
- Westle, Bettina. (2001). Politische Partizipation und Geschlecht. In Achim Koch, Martina Wasmer & Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 131 – 168). Opladen: Leske + Budrich.
- Wigger, Annegret. (2010). Fachliche Professionalität – geringe politische Handlungskompetenz. Die politische Dimension der Sozialen Arbeit in Praxis und Ausbildung. *SozialAktuell*, 10(7+8), S. 15 – 17.
- Wyss, Kurt. (2011). *Workfare. Staatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus* (3. Aufl.). Zürich: edition 8.

Anhang

Der Anhang umfasst die folgenden Dokumente⁵³:

- Die *Einverständniserklärung der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner*⁵⁴ (Anhang 1, S. 90).
- Den *thematischen Interviewleitfaden*, der vor der Befragung verschickt wurde (Anhang, 2, S. 91)
- Den *Interviewleitfaden* (Anhang 3, S. 92 – 93).
- Die *Transkriptionsregeln* für das Transkribieren der Interviews (Anhang 4, S. 94)
- Das *Kategoriensystem* (Haupt- und Subkategorien) (Anhang 5, S. 95 – 96)
- Die *persönliche Erklärung der Studierenden* zur Master-Thesis (Anhang 6, S. 97).

⁵³ Die vollständigen Transkripte sowie der Kodierleitfaden stehen den Begutachtenden in elektronischer Form zur Verfügung.

⁵⁴ Die unterschriebenen Exemplare liegen der Autorin vor.

Anhang 1

Einverständniserklärung zur Erhebung und Verwendung der Forschungsdaten

Projekt

Forschungsprojekt: Interview im Rahmen einer Masterthesis (Master in Sozialer Arbeit - Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich)

Thema: Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren

Interviewerin: Kathrin Amann

Interviewdatum:

Rahmenbedingungen

- Das Gespräch wird mittels eines digitalen Aufnahmegerätes aufgezeichnet und im Anschluss verschriftlicht / transkribiert.
- Die Aufnahme wird nach Abschluss der Masterthesis gelöscht.
- Vor der Verwendung der Daten für die Auswertung wird eine Bewilligung des Transkripts vonseiten der Interviewpartnerin, des Interviewpartners eingeholt.

Anonymisierung der Interviewdaten

Bitte kreuzen Sie den von Ihnen gewünschten Anonymisierungsgrad an:

Ich verzichte auf eine Anonymisierung

- Meine persönlichen Daten dürfen in der Masterthesis ohne Einschränkung verwendet werden.

Ich wünsche eine Teil-Anonymisierung:

- Direkte Identifizierungsmerkmale werden aus den Forschungsdaten entfernt: Namen und Ortsangaben.
- Angaben zu meiner Ausbildung, meinem beruflichen und politischen Werdegang sowie der gegenwärtigen beruflichen und politischen Tätigkeit (Amt) dürfen aufgrund des expliziten Forschungsinteresses verwendet werden.

→ Folglich lassen sich unter Umständen Rückschlüsse auf meine Identität ziehen.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich mit der Teilnahme am Interview, unter den oben erwähnten Bedingungen, einverstanden bin.

Vorname, Nachname: _____

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Anhang 2

Thematischer Interviewleitfaden⁵⁵

Gerne möchte ich mich mit Ihnen während unseres Gesprächs über die folgenden Themen unterhalten:

- Ausbildung, beruflicher und politischer Werdegang
- Soziales, ehrenamtliches Engagement (z. B. Verbände, Vereine)
- Motive/Beweggründe für den Parteibeitritt
- Motive/Beweggründe für die Übernahme eines politischen Amtes
- Reiz an der politischen Tätigkeit/Demotivierendes an der politischen Tätigkeit
- Persönliche Voraussetzungen/Kompetenzen für die politische Tätigkeit

⁵⁵ Der thematische Leitfaden wurde jeweils zeitnah vor dem Interview an die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner versendet.

Anhang 3

Erhebungsinstrument: Interviewleitfaden

Einführung Interview

- „Warming-Up“
- Dank für die Teilnahmebereitschaft
- Vorstellung Person und Projekt
- Rahmenbedingungen und Vorgehen erklären
 - Gespräch wird Schweizerdeutsch geführt
 - Über die ungefähre Gesprächsdauer informieren
 - Auf Aufnahmegerät hinweisen
 - Über die Erstellung von Notizen während des Gesprächs informieren
 - Darauf hinweisen, dass Fragen vonseiten der Interviewerin nicht beantwortet werden müssen: „Sie erzählen mir was Sie möchten und verschweigen mir auch, was Sie möchten.“
- Einverständniserklärung (bereits vorab zugesendet) unterschreiben lassen oder entgegennehmen und allfällige Fragen dazu klären
- Offene Fragen vonseiten der interviewten Person klären

1. Interviewteil – narrativer Erzählimpuls

Sie wissen, ich interessiere mich für die Wege von Sozialarbeitenden in die Politik. Deshalb interessiert mich auch Ihr Weg. Bitte erzählen Sie mir, wie es im Laufe Ihres Lebens dazu gekommen ist, dass Sie sich politisch engagieren.

Bitte erzählen Sie von Anfang an, bis alles, was Ihrer Meinung nach in diesem Zusammenhang wichtig sein könnte, erzählt ist. Sie können sich dazu so viel Zeit nehmen wie Sie möchten.

2. Interviewteil – Thematischer Interviewleitfaden

- (Aus-)Bildung (Zeitraum, Ort, Studienrichtung)
- Beruflicher Werdegang
- Politischer Werdegang
- Erste politische Aktivität
- Politisierende Ereignisse
- Soziales, ehrenamtliches Engagement (Mitgliedschaft(en) in Vereinen, Verbänden, Gruppen)

- Aktive und passive Mitgliedschaften und Art der Vereine, Verbände, Gruppen
- Motive für den Parteieintritt
- Motive für die Übernahme eines politischen Amtes
- Hindernisse auf dem Weg zum parteipolitischen Engagement
- Persönliche Voraussetzungen/Kompetenzen für das politische Handeln
- Reiz an der politischen Tätigkeit
- Demotivierendes an der politischen Tätigkeit
- Einfluss von Sozialisationsinstanzen (Familie, (Hoch-)Schule, Peers)
- Soziale Schicht (Bevölkerungsgruppe)

Abschluss

- Welche weiteren Aspekte gibt es, die Ihnen im Zusammenhang mit den besprochenen Themen wichtig erscheinen, die bisher aber nicht angesprochen wurden?
Möchten Sie noch etwas ergänzen, was Ihnen sonst noch eingefallen ist?
- Darf ich nachfragen, falls noch wichtige Fragen im Nachhinein auftauchen, die vergessen gegangen sind?

Feedback und weiteres Vorgehen

- Nun noch zu einer Frage, die in erster Linie für mich als Forscherin wichtig ist: Dies ist meine erste Forschungsarbeit, deshalb wäre es wichtig für mich, von Ihnen ein kurzes Feedback zu erhalten, was ich für das nächste Interview noch besser machen kann?
- Haben Sie noch Fragen an mich?
- Dank für die Teilnahme- und Auskunftsbereitschaft
- Präsent übergeben
- Weiteres Vorgehen klären (Transkripte zur Überprüfung des Inhalts innerhalb von max. sieben Tagen nach dem Gespräch)

Anhang 4

Transkriptionsregeln für die computergestützte Auswertung in Anlehnung an Kuckartz (2016, S.167 – 168).

- Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert.
- Die Sprache und Interpunktion wird leicht geglättet, d.h. an das Schriftdeutsch angenähert.
- Die Transkripte werden gemäss Einverständniserklärung, einheitlich anonymisiert.
- Deutliche, längere Pausen werden durch Auslassungspunkte (...) markiert.
- Besonders betonte Begriffe werden durch Unterstreichungen gekennzeichnet.
- Zustimmungende bzw. bestätigende Lautäusserungen der Interviewer (Mhm, Aha etc.) werden nicht mit transkribiert.
- Einwürfe der jeweils anderen Person werden in Klammern gesetzt.
- Lautäusserungen der befragten Person, welche die Aussage unterstützen oder verdeutlichen (etwa Lachen oder Seufzen), werden in Klammern notiert.
- Die interviewende Person wird durch ein „I:“, die befragte Person durch ihr Kürzel gekennzeichnet (z. B. A:), das während dem Forschungsprozess festgelegt wurde.
- Jeder Sprecherwechsel wird durch zweimaliges Drücken der Enter-Taste, also einer Leerzeile zwischen den Sprechern deutlich gemacht, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

Anhang 5

Überblick über das Kategoriensystem (Haupt- und Subkategorien)

Hinweise zur Gestaltung des Kategoriensystems

- Hauptkategorien werden **fett** markiert
- Induktiv gebildete Kategorien werden **farbig** hervorgehoben
- Subsubkategorien werden kleiner geschrieben
- „In-vivo-Codes“ (Codes, die aus der Sprache der Interviewten übernommen werden) werden mit einem * markiert

Ausbildung, beruflicher und politischer Werdegang

Beruflicher Werdegang

Politischer Werdegang

(Hoch-)Schule

Soziale Schicht

Herkunftsfamilie

Zeitpunkt Übernahme des ersten politischen Amtes

Prägungen durch politische Sozialisationsinstanzen

Familie

(Hoch-)Schule

Politisierende Ereignisse

Neue Frauenbewegung

Mobilisierende Netzwerke

Passiv-Mitgliedschaft Verein, Verband, Gruppe

Vereinsaktivität

Verbandsaktivität

Aktivität in Gruppe

Einstieg ins aktive parteipolitische Engagement

Motive Parteibeitritt

Mobilisierende Drittpersonen

Intrinsische Motivation

Motive Wahl einer Partei

Thema Sozialpolitik

Familiäre Hintergründe*

Motive Übernahme eines politischen Amtes

Begrenzte Einflussnahme in der Einzelfallarbeit

Sprachrohr*

Überschneidung Fachkompetenzen

Hindernisse

Ausländische Staatsangehörigkeit

<p>Persönliche Fähigkeiten/Kompetenzen für politisches Handeln</p> <p>Fähigkeiten/Kompetenzen aus der Sozialen Arbeit</p> <p>Sozialkompetenzen</p> <p>Mut</p> <p>Selbstbewusstsein</p> <p>Professionelle Distanz</p> <p>Durchhaltevermögen</p>
<p>Vereinbarkeit von Parteipolitik und Sozialer Arbeit</p> <p>Ideale Kombination*</p> <p>Gratwanderung*</p> <p>Zeitliche Vereinbarkeit</p>
<p>Einschätzungen zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden</p> <p>Geringes politisches Interesse und/oder Engagement</p> <p>Opferhaltung*</p> <p>Gesellschaftspolitische Entwicklungen</p> <p>Möglichkeiten politischer Einflussnahme</p>
<p>Sonstiges</p>